

MÄRZ 1985

11

auf-
genommen



NEUE ZEIT

Institut der Zollverwaltung der DDR
"HEINRICH RAU"
1501 Plötzin, Ortst. Plessow 2
Postfach 600
Fachbibliothek

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

VERANTWORTUNG
FÜR DIE
ZUKUNFT

PLIES

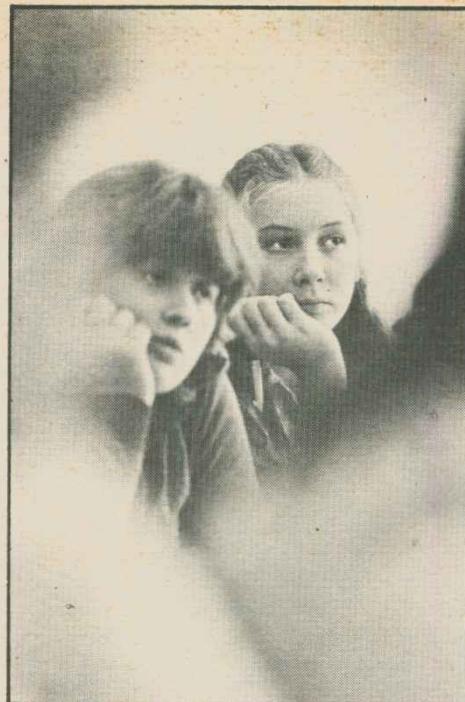
1500 9003 1529
ZOLLEKRW-BI

14159 11 151 394 347

Die berufspraktische Ausbildung ist ein wichtiger Bestandteil des sowjetischen Schulwesens, wichtig vor allem, weil sich die Art der Arbeit, zu der unsere Jugend herangeschult wird, geändert hat. Sie wird immer mehr zur Kopfarbeit. Daher die höheren Anforderungen an die Kenntnisse des heutigen Arbeiters und an seine Eignung. In einem Planjahr fünf allein haben 12,5 Millionen — zwei Drittel des Nachwuchses — an solchen Schulen ganz verschiedene Berufe erlernt und können jetzt programmgesteuerte Maschinen bedienen oder sind Automechaniker, Bauarbeiter, Köche, Elektrotechniker, Schneider, Metallurgen usw. geworden.

Auf den Fotos sehen Sie Schüler der Berufsschule Nr. 7 in Wladimir, einer Stadt, die auch für ihre Traktoren bekannt ist. Die Fabrikmarke „Traktorenwerk Wladimir“ kennen die Bauern in vielen Ländern. Für diesen Betrieb bildet die Schule Nr. 7, eine von mehr als 7500 solcher Schulen im Land, Nachwuchskräfte aus.

Die sowjetische Berufsschulung blickt auf reiche pädagogische Erfahrungen zurück, die neuerdings auch in anderen Ländern



Literaturstunde



Unterricht
in Betriebstechnologie

Die Werkstätten
sind hochmodern
eingerichtet



benutzt werden. In den Berufsschulen der UdSSR lernen junge Menschen aus vielen sozialistischen sowie aus Entwicklungsländern.

Aufsätze werden besprochen

Fotos: W. Kornejew



GUTES GELINGEN!

Am 12. März beginnen in Genf die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Nuklear- und Weltraumwaffen. Diese Verhandlungen haben große Bedeutung. Es bietet sich eine — sei es auch problematische, unglaublich schwierige und noch entfernte, aber epochale Möglichkeit, eine Einstellung des Wettrüstens auf der Erde zu erreichen und seine Ausdehnung auf den Weltraum zu vereiteln. Das haben sich die UdSSR und die USA vorgenommen und zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht. Dazu haben sie sich vor der Welt verpflichtet und auch dazu, eine Nuklearkatastrophe zu verhüten.

Womit sind die beiden Partner in Genf zum Start angetreten?

Wiederholt hat die sowjetische Führung erklärt, sie werde konstruktiv und gutwillig verhandeln, um eine ehrliche Einigung herbeizuführen, keine einseitigen Vorteile anzustreben und dem Prinzip der Gleichheit und gleichen Sicherheit zu genügen. Die UdSSR hat nichts gesagt oder getan, was die Atmosphäre zu Beginn der Verhandlungen getrübt hätte und diese von Anfang an erschweren könnte.

Anders in den USA. Noch war die Tinte an den Unterschriften unter der Vereinbarung der beiden Mächte nicht getrocknet, daß sie zusammenhängend, komplex an die Lösung der Probleme der Weltraum- und der Kernwaffen herangehen würden, da suchte man in Washington schon, sie anders zu interpretieren, um die Debatte über das Weltraumthema wenn nicht zu vermeiden — was die UdSSR natürlich nicht dulden würde —, so in den Hintergrund zu schieben. Man ging daran, eine neuerliche "Position der Stärke" aufzutürmen, weil man meint, daß nur so mit der UdSSR zu verhandeln sei. Man begann, Pessimismus zu wecken und den Geist der Konfrontation heraufzubeschwören.

Der Verteidigungs- und der Außenminister der USA erschienen zusammen im Verteidigungsausschuß, im US-Senat, um "das Programm des Präsidenten für die Modernisierung der strategischen Waffen" durchzuboxen. Die neuen Waffensysteme betrachtet man auch als Trümpfe bei den Verhandlungen. Viele nüchtern denkende Politiker der USA zweifeln an der Ratsamkeit und Fruchtbarkeit einer solchen Einstellung. Außenmi-

nister Shultz hat gelegnet, daß die neuen Militärprogramme als "Trümpfe bei den Verhandlungen" angesehen werden. Gleich darauf aber hat er erklärt, daß sie "ein obligates Element jener Kraft sind, auf die man sich stützt, wenn man etwas aushandelt." Das soll einer verstehen! Im gleichen Tonfall leugnete der stellvertretende Pressesekretär des Weißen Hauses, Larry Speakes, die Absicht, aus den neuen Waffensystemen einen "Trum pf bei den Verhandlungen" zu machen, und er nannte schon den Ausdruck überhaupt dumm. Leider aber gelten die Waffen als Trümpfe. Wer könnte folgendem Ausspruch des US-Chefdelegierten in Genf, M. Kampelmans, nicht zustimmen, daß "der Status von Supermächten uns nicht unbedingt superklug gemacht hat"?

Allerdings ist Kampelman nicht nur für die Gewaltmethode, sie ist bei den US-Diplomaten gang und gäbe. Er sprach von der "großen Verantwortung der Diplomatie, deren Ziel die Gewährleistung des Friedens ist. Das ist der Gipfel der politischen Kunst." Sehr richtig. Mit richtigen Aussprüchen ist es aber nicht getan, wenn ihnen die politische Praxis nicht entspricht.

In der Tat, wie gedenkt man in Washington, den Genfer diplomatischen Gipfel zu ersteigen? Mit modernsten Waffen ausgerüstet? Oder im Raumzug für Sternenkriege?

Die UdSSR hat andere Vorstellungen von der politischen Kunst. Es ist Aufgabe der Staaten, einen Erfolg in Genf nicht durch neue Aggressionsprogramme und zweifelhafte Vorhaben gleicher Ordnung, durch böswillige Verletzung geltender Verträge und Abkommen zu erschweren, sondern ihn zu gewährleisten.

Die UdSSR ist bereit, Zurückhaltung zu üben, und fordert dazu auch andere auf. Sie ist bereit, nicht nur eine für die Verhandlungen günstige Atmosphäre aufrechtzuerhalten, sondern auch eine Reihe von Maßnahmen zu treffen, die in Genf zum Fortschritt beitragen können. Was für welche? Einfrieren der Kernarsenale und ein vollständiger und allgemeiner Stopp der Kernwaffentests. Nach dem Beispiel der UdSSR die Verpflichtung aller anderen Kernmächte, nicht als erste Kernwaffen einzusetzen; ein Beschuß über die Verhaltensnormen und einen Kodex über friedliche Beziehungen unter den Nuklearmächten; Unterzeichnung des von den sozialistischen Staaten vorgeschlagenen Vertrags über den Verzicht auf militärische Gewalt überhaupt; Einstellung der Raketenstationierung in Europa.

Bei einem großen Vorhaben wünscht man einander gewöhnlich gutes Gelingen. Wünschen also auch wir ein gutes Gelingen der Verhandlungen, in die die Menschheit ihre Hoffnung auf eine Welt ohne Kriege und ohne Waffen setzt.

POST

Die UdSSR setzt sich konsequent dafür ein, eine Militarisierung des Weltraums zu verhindern. Das Wettrüsten hat ein Stadium erreicht, da ihm unbedingt Einhalt geboten werden muß. Die Verhandlungen in Genf werden wohl schwierig sein, aber Ost und West müssen sich zusammensetzen, um die nukleare Gefahr zu bannen. Zwischen den drei Aspekten, die nach Meinung der UdSSR bei den Verhandlungen komplex diskutiert werden müssen, besteht ein direkter Zusammenhang. Das ist grundsätzlich wichtig. Schön wäre es, wenn der Dialog UdSSR-USA über die Reduzierung von Kernwaffen und die Nichtmilitarisierung des Weltraums das Verhältnis zwischen beiden Großmächten auch im allgemeinen verbesserte. Schon die Tatsache, daß dieser Dialog beginnt, ist ein gutes Omen und läßt auf die Rückkehr zur internationalen Entspannung hoffen.

Gerd WEDEMEYER
Wiesbaden, BRD

Ein sehr schöner Artikel von Herrn Nino Pasti in Heft 5/85. Wenn mehr Artikel namhafter westlicher Friedensfreunde veröffentlicht werden, so glaube ich, daß selbst die stursten Anhänger von Pershings und Cruise Missiles in Westeuropa letzten Endes verstehen werden, wie gefährlich deren Stationierung ist. Die überzeugenden Tatsachen, die Herr Pasti nennt, sind keineswegs "Propaganda" und auch nicht durch die imaginäre "sowjetische Bedrohung"wegzureden. Gerade Tatsachen, die Logik selbst zeugen davon, daß ein Land niemanden bedroht, das sich verpflichtet hat, auf einen nuklearen Erstschlag zu verzichten, und für die Liquidierung aller Massenvernichtungsmittel, die Auflösung der Militärblöcke und die Verminderung der Armeen eintritt.

J. MARISHNIK
Kriwoi Rog, Ukr. SSR

In Heft 52/84 las ich mit großem Interesse I. Blitschenkos Kommentar und in Heft 2/85 L. Makarewitschs Beitrag "Bestelltes Getrommel". Ich bin über das Schicksal Sergej Antonows, der schon seit vier Jahren in einem italienischen Gefängnis ist, schwer beunruhigt. Meine Herren italienische Untersuchungsrichter, Sie haben auch nicht einen Beweis dafür, daß der Bulgar Sergej Antonow schuldig wäre. So einen Beweis kann es gar nicht geben. Warum dann einen Unschuldigen im Gefängnis halten? Wo bleibt Ihre Menschlichkeit und Ihr Schutz der Menschenrechte, den Sie so gern im Munde führen? Ich glaube, alle aufrichtigen Menschen der Welt sind, unabhängig von ihren ideologischen Überzeugungen, einfach verpflichtet, sich für Antonows Freilassung einzusetzen. Vielleicht müßte man ein internationales Komitee zu seinem Schutz gründen. Auf jeden Fall dürfen wir keine Zeit verlieren. Es ist ja klar, daß der Ausschuß des Europäischen Parlaments für Menschenrechte in Strasbourg und ähnliche Organisationen nichts unternehmen werden, um ihn freizubekommen.

Njamaagin TUWSCHINTUGS
Ulan-Bator, Mongolei

NEUE ZEIT

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK

Nr. 11 MÄRZ 1985

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Stellv. Chefredakteur), J. GUDKOW (Verantw. Sekretär), V. GU-STSCHEIN, A. PIN, B. PISTSCHIK (Stellv. Chefredakteur), W. RUBZOW, I. TROFIMOWA, V. TSCHERNIAWSKI (Stellv. Chefredakteur), M. TSCHERNOUSSOW, D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe:
R. KRESTJANINOW

Gestaltung: A. Garenin

IN DIESEM HEFT:

Gutes Gelingen! (Wort des Redakteurs)	1
Konstantin Tschernenko beantwortet einen Brief von USA-Kriegsveteranen	4
W. Lomeiko — Was ich selber denk' und tu'	5
J. Karelow — Im Dienste des Friedens	7
W. Boikow — Die Zivilisation bewahren	8
J. Rumjanzew — Pakistan. Wie im Drehbuch für einen Stummfilm	8
D. Wolski — In einer Geschenkpackung (NZ-Standpunkt)	9
L. Jelissejew — Westberlin. Gebrechen einer Stadt	10
A. Baryschew — Auch eine Antwort! (Kommentar)	11
Zum 40. Jahrestag des Sieges. Großersterörer „Taschkent“	12
W. Dolgow, N. Smirnowa — Nikaragua. Revolutionäre Frauen	14
A. Uswatow — Bekanntes und Geheimes (Kommentar)	15
Notizen ♦ Glossen	16
V. Gustschin — Achtung! Umweltterror	18
V. Gussenkov — Frankreich. Kontinuierlicher Kurs	23
L. Charkow — SFRJ. Dorf, wo der Yadar fließt	24
J. Bobrow — Die Gnade des Lebens	26
M. Ponomarjow — Armee der Revanche (Geschichte und Gegenwart)	27
L. Kruglow — Lehren von „Guernica“ (Kultur und Politik)	29
L. Michailow — Was Jim Knox meint	30
L. Mletschin — Diskussion mit dem Leser	31
PS	32



Wir gratulieren unseren Leserinnen zum Internationalen Frauentag. Alle Frauen haben zahlreiche Probleme, das wichtigste aber ist heutzutage die Bannung der Gefahr eines Kernwaffenkriegs. Dieses Jahr kommt die UNO-Dekade der Frau (1976-1985) zum Abschluß. In den 10 Jahren haben auf Initiative der IDFF und anderer demokratischer Organisationen Tausende Veranstaltungen stattgefunden und dazu beigetragen, den Kampf der Massen für soziale Gerechtigkeit und die Aktionen der Frauen gegen die Aufstellung der neuen amerikanischen Massenvernichtungswaffen in Westeuropa zu intensivieren Foto: O. Salas (Kuba)

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau
Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, italienischer, polnischer und tschechischer Sprache

ANSCHRIFT DER REDAKTION: UdSSR, 103782 GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja Plostschad. Rufnummern: 229-88-72, 209-07-67 (Auskünfte). Telex: 411164a NEWT SU, 411164b NEWT SU, 411164c NEWT SU, Telegrammadresse: Neue Zeit, Puschkinskaja Plostschad, Moskau.

IN KÜRZE



Die turnusmäßigen Wahlen zu den Obersten Sowjets der Unions- und der autonomen Republiken sowie zu den Ortssovjets der Volksdeputierten, die am 24. Februar stattfanden, waren ein neuer Sieg des unerschütterlichen Blocks der Kommunisten und Parteilosen und ein großes sozialpolitisches Ereignis unseres Landes. Für die Kandidaten zu den Obersten Sowjets der Unionsrepubliken stimmten 185 206 952 Wähler oder 99,96 Prozent, für die Kandidaten zu den Obersten Sowjets der autonomen Republiken 14 458 754 oder 99,9 Prozent. In die Ortssovjets sind 2 304 703 Deputierte gewählt worden. Am 28. Februar wurde Konstantin Tschernenko der Ausweis eines Deputierten des Obersten Sowjets der RSFSR [11. Legislaturperiode] überreicht.

Foto: TASS

1. März verhandelte Gromyko mit Außenminister Fernando Moran. (S. 7.)

Am 26. Februar fanden in Rom eine Zusammenkunft Andrej Gromykos mit Ministerpräsident Bettino Craxi sowie Verhandlungen mit Außenminister Giulio Andreotti statt. Sie pflogen einen nützlichen Meinungsaustausch über einige aktuelle internationale Probleme und die Fortentwicklung der sowjetisch-italienischen Beziehungen. Am 27. Februar wurde Gromyko von Präsident Pertini empfangen. Auch hatte er Aussprachen mit Natta, dem Generalsekretär der IKP, und Mitgliedern der IKP-Leitung (S. 7). Am selben Tag besuchte Gromyko den Vatikan und sprach mit Johannes Paul II.

Am 28. Februar traf Andrej Gromyko, nachdem sein Besuch in Italien zu Ende war, in Spanien ein. Er hatte eine Aussprache mit dem Regierungschef Felipe Gonzalez über den jetzigen Stand und die Entwicklungsaussichten der sowjetisch-spanischen Beziehungen sowie über einige Schlüsselprobleme der heutigen Weltlage. Am 28. Februar und

Am 3. März traf eine von Wladimir Stscherbizki geführte Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR zu einem offiziellen Besuch in Washington ein. Zur Delegation gehörten ferner die Deputierten des Obersten Sowjets Wladimir Alchimow, Georgi Arbatow, Nikolai Blochin, Alexander Sacharenko, Wladimir Karpow, Sergej Korenko, Boris Paton und Boris Stukalin. Am 4. März fand das erste Arbeitstreffen der sowjetischen Parlamentarier mit Mitgliedern der amerikanischen Legislative statt.

Am 3. März traf eine von Zhang Chengxian, Mitglied des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses, geführte Delegation zu einem offiziellen Besuch in Moskau ein. In einem Interview für die Presse sagte der Chefdelegierte, das sei seit Jahren die erste Begegnung chinesischer und sowjetischer Parlamentarier. Und weiter: "Wir messen dem jetzigen Besuch große Bedeutung bei und sind befriedigt." Am 4. März suchte die

Delegation den Obersten Sowjet der UdSSR auf. Sie wurde von Lew Tolkunow und August Voss, Vorsitzenden des Unions- und des Nationalitätensovjets, empfangen. Beide Seiten äußerten sich befriedigt über die Wiederaufnahme der Verbindungen zwischen den höchsten Machtorganen beider Länder. Die Gäste besuchten das Museum "Arbeitszimmer und Wohnung Lenins im Kreml", hatten im Exekutivkomitee des Moskauer Stadtsovjets Aussprachen und besichtigten Moskaus Sehenswürdigkeiten.

Am 3.—4. März weilte der stellvertretende Bundeskanzler und Außenminister der BRD Hans-Dietrich Genscher zu einem Arbeitsbesuch in Moskau. Bei einem Gespräch mit Andrej Gromyko am 4. März wurden einige internationale Probleme sowie die bilateralen Beziehungen zwischen der UdSSR und der BRD erörtert. Gromyko gab über die Politik der USA als Ursache der jetzigen Spannungen in der Welt ein grundsätzliches Urteil ab. Sowjetischerseits wurde Besorgnis über die Einstellung der Bundesregierung zu den Weltraumplänen der USA geäußert. Gromyko erklärte, eine Einschaltung der BRD in die "Forschungsarbeiten" zur Entwicklung von Weltraumwaffen würde die BRD zur Mittäterin bei dem Verstoß gegen den Vertrag über die Raketenabwehr und damit beim Torpedieren des Gesamtprozesses der Begrenzung und Reduzierung der Kernwaffen machen.

Am 4. März traf Vitali Worotnikow auf Einladung der serbischen und der montenegrinischen Regierung zu einem offiziellen Besuch in Jugoslawien ein. Noch am selben Tag verhandelte er mit Branislav Ikonic, dem Vorsitzenden des Exekutivrates der Skupschtna Serbiens. Sie erörterten den Stand der Freundschaftsbeziehungen zwischen der RSFSR und Serbien und die Aussichten auf ihre Fortentwicklung im Rahmen der sowjetisch-jugoslawischen Zusammenarbeit.

Die Botschaft der UdSSR in Washington ist beim Außenministerium der USA wegen der Verleumdungskampagne vorstellig geworden, die in den USA zum jüngsten "Bericht" der Regierung an den US-Kongress über angebliche "Verletzungen" der internationalen Verpflichtungen seitens der UdSSR aufgezogen worden ist. Die in dem "Bericht" enthaltenen unbeweisbaren und grundlosen Anschuldigungen sind entschieden zurückgewiesen worden. (S. 5.)

KONSTANTIN TSCHERENKO

BEANTWORTET EINEN BRIEF VON USA-KRIEGSVETERANEN

Konstantin Tscherenko hat einen Brief einer Gruppe US-amerikanischer Veteranen des zweiten Weltkrieges erhalten. In dem Brief hieß es: Wir alle hier im Michiganer Haus der Veteranen sind Teilnehmer des zweiten Weltkrieges. Wir haben stellvertretend für unser Land elanvoll und unter Einsatz des Lebens gekämpft. Niemand kann uns Feiglinge nennen. Und dennoch schreiben wir von Frieden. Wir haben nicht den geringsten Zweifel daran, welche überaus verhängnisvollen Folgen ein Kernwaffenkrieg haben würde, wenn er entfesselt werden sollte. Sie wären fürchterlich für alle.

Die amerikanischen Veteranen erachten es als eine Hauptaufgabe, die Kernwaffen zu beseitigen, und bringen im Namen aller Menschen die Hoffnung zum Ausdruck, daß zwischen der UdSSR und den USA eine dahingehende Vereinbarung erzielt wird. Wir veröffentlichen hier den Wortlaut der Antwort Konstantin Tscherenkos auf den Brief.

Sehr geehrte amerikanische Veteranen des zweiten Weltkrieges!

Ihr Brief wird keinen einzigen Menschen gleichgültig lassen, der sich dessen bewußt ist, welch große Gefahr heute der ganzen Menschheit droht und zu welcher Katastrophe ein Kernwaffenkrieg unausweichlich führen würde. In der Sowjetunion werden die von Ihnen zum Ausdruck gebrachten Gefühle bei jedem Menschen Anklang finden, weil es in unserem Land keine einzige Familie gibt, die nicht vom zweiten Weltkrieg betroffen worden wäre.

Ebendeshalb werden in unserem Land die Veteranen dieses blutigsten aller Kriege in der Geschichte der Menschheit, die Menschen, denen wir Leben und Freiheit zu verdanken haben, so hoch geehrt, geachtet und umsorgt. Die gleiche Hochachtung bringen wir auch den in anderen Ländern lebenden Teilnehmern am Kampf gegen den Faschismus, darunter auch den amerikanischen Veteranen des zweiten Weltkrieges, entgegen.

Heute, vor dem 40. Jahrestag des Sieges über den Faschismus, gedenken wir nicht nur der Gefallenen, jener immensen Opfer, die der Menschheit die Versuche der nazistischen Besessenen gekostet haben, eine Weltherrschaft zu errichten. Das Gedenken an den Krieg, in dem nahezu 50 Millionen Menschen gefallen sind, ist auch eine eindringliche Mahnung, eine Lehre für die Zukunft. Wie menschlich einfach und zugleich treffend haben Sie es doch in Ihrem Brief gesagt: "Die Nachkommen der Soldaten, die sich an der Elbe getroffen und umarmt haben, dürfen nicht länger Feinde sein." Ich stimme Ihnen vollkommen zu. Ich sage noch mehr: Das ist unsere Pflicht gegenüber jenen, die Hand in Hand gegen die Kräfte des Bösen und der Tyrannie gekämpft haben.

Es hat sich in den Kriegsjahren erwiesen: Wenngleich in der UdSSR und den USA unterschiedliche sozialökonomische Systeme bestehen, haben sie es in der

schweren Stunde verstanden, sich zusammenzuschließen gegen einen gemeinsamen Feind und um eines dauerhaften Friedens willen. Unvergessen sind die Februarstage von 1945, da die führenden Repräsentanten der drei Mächte der Antihitlerkoalition — der UdSSR, der USA und Großbritanniens — in Jalta zusammentrafen und wichtige Beschlüsse faßten, die in vieler Hinsicht das Antlitz der Nachkriegswelt prägen sollten. Heute wird leider von mancher Seite im Westen versucht, die Geschichte neu zu schreiben und den wahren Sinn der von den Verbündeten übernommenen Verpflichtungen zu entstellen.

Ich bin jedoch davon überzeugt, daß es niemandem gelingen wird, eine der Hauptlehren des vergangenen Krieges vergessen zu machen. Und diese ist, daß die Sowjetunion und die USA damals gemeinsam jenen eine Abfuhr erteilten, die Anspruch auf Weltherrschaft erhoben hatten. Die Erfahrungen aus dem zweiten Weltkrieg gebieten, die Anstrengungen zu vereinen, um die heute den Menschen drohende Kriegsgefahr zu bannen und dem Wahnsinn des Wettrüstens ein Ende zu bereiten.

Die sowjetisch-amerikanische Zusammenarbeit ist heute, da es um das Sein oder Nichtsein des Lebens auf der Erde geht, von vitaler Notwendigkeit. Ich hatte mehr als einmal Gelegenheit, zu sagen und zu schreiben, daß vieles in der Welt davon abhängt, wie sich die Beziehungen zwischen der UdSSR und den USA gestalten. Und keinerlei Differenzen dürfen, wie Sie richtig schreiben, ein Hindernis für einen Dialog sein.

Die Sowjetunion ist für ein Zusammenwirken mit den Vereinigten Staaten in den Fragen von Krieg und Frieden und bei der Befreiung der Menschheit von der nuklearen Gefahr. Die bevorstehenden neuen Verhandlungen zur Verhinderung eines Wettrüstens im Weltraum und dessen Beendigung auf der Erde, zur Begrenzung und Reduzierung der nuklearen Rüstungen und zur Festigung der strategischen Stabilität bieten unseres Erachtens eine Gelegenheit, einen praktischen Schritt auf dem Wege in eine friedliche und sichere Zukunft zu tun. Natürlich hängt hierbei nicht alles von der Sowjetunion und deren gutem Willen ab. Zu einer Übereinkunft bedarf es der gleichen Bereitschaft auch der anderen Seite.

Die vierzig Nachkriegsjahre haben unwiderlegbar bewiesen, daß die Spekulation auf die Stärke und auf Erlangung militärischer Überlegenheit zu einer Verschärfung von Spannungen und Feindschaft führt. Berge von Waffen haben niemands Sicherheit erhöht, auch nicht die der USA. Aus der entstandenen Situation gibt es nur einen Ausweg, nämlich die Kernwaffen ein für allemal zu vernichten. Zu diesem grundlegenden Ziel, auf das wir alle hinwirken müssen, kann man aber nur durch ehrliche und realistische Verhandlungen gelangen. Wir sind fest überzeugt, daß der Frieden stärker als der Krieg sein kann und muß.

K. TSCHERENKO

"NEUE ZEIT"

11.85

WAS ICH SELBER DENK' UND TU'...

Wladimir LOMEJKO

Die kurze, aber vielsagende Formel, die eigene Schuld auf andere abzuwälzen, liegt dem Denken und Tun der US-Administration zugrunde, wenn es sich um internationale Abkommen handelt. Mit selbstsicherer Beharrlichkeit mixt man im Weißen Haus "Berichte" aus unbeweisbaren und unbegründeten Anschuldigungen gegen die UdSSR zusammen. Diese "Berichte", die dem US-Kongreß mit großem Klamauk und der Weltöffentlichkeit über die Massenmedien zugeleitet werden, haben zweierlei Zielsetzungen. Einerseits sollen sie wieder einmal Moskau anschwärzen und ihm nachsagen, es komme seinen Verpflichtungen nicht nach. Anderseits soll die Öffentlichkeit irregeführt und versucht werden, damit über die eigenen Sünden hinsichtlich der Rüstungsbegrenzung hinwegzutäuschen.

Ende Februar teilte das Außenministerium der UdSSR mit, daß die USA ihre internationalen Verpflichtungen mißachten und versuchen, das mit unhaltbaren Anschuldigungen gegen die UdSSR zu bemühteln. In der Mitteilung hieß es, daß die Botschaft der UdSSR in Washington kürzlich beim US-Außenministerium wegen der von den USA gestarteten Verleumdungskampagne vorstellig geworden ist, dieser Kampagne, mit der ein neuerlicher "Bericht" der Regierung an den Kongreß über angebliche Verletzungen internationaler Verpflichtungen seitens der UdSSR hochgespielt werden sollte.

Washington versucht nicht zum ersten Male, die friedensdienliche Außenpolitik der UdSSR mit raffinierter Flausen in ein schiefes Licht zu setzen und ihr, was die Befolgung der Abkommen über die Rüstungsbegrenzung betrifft, angebliche Übertretungen und Unterlassungen zuzuschreiben, diese Unredlichkeit der USA ist bereits festgenagelt worden, z. B. in der am 30. Januar veröffentlichten sowjetischen Denkschrift und in einer TASS-Erklärung vom 21. Oktober 1984.

Wie in den früheren Fällen hat die UdSSR auch dieses Mal die unbeweisbaren und grundlosen Anwürfe des Weißen Hauses entschieden zurückgewiesen.

Liest man den Washingtoner "Bericht", so kann man sich nicht der Verblüffung über seine Unstichhaltigkeit erwehren. Andauernd stößt man auf Ausdrücke wie diesen: "Die Sowjetunion hat höchstwahrscheinlich einen Punkt aus dem SALT-2-Vertrag verletzt" oder "Wahrscheinlich" ist der Vertrag über die Raketenabwehr mißachtet worden" oder aber: "Er ist möglicherweise verletzt worden".

Wer dächte da nicht an den Ausspruch Andrej Gromykos bei seinem Gespräch mit politischen Kommentatoren vom 13. Januar d. J.: "Was die Andeutungen betrifft, daß die Sowjetunion irgendwelchen Verpflichtungen aus geschlossenen Vereinbarungen nicht nachkomme, so sind sie ausgedacht. Beachten Sie, daß die Denkschriften der amerikanischen Regierung an den Kongreß, die manchmal auch der UNO zur Kenntnis gebracht werden, wonach die Sowjetunion derlei Handlungen begehe, wie ich sie erwähnt habe, Ausdrücke wie diesen enthalten: Es sei zweifelhaft, daß die Sowjetunion solchen Verpflichtungen nachkommt, oder: Es sehe ganz danach aus, daß diese und diese Verpflichtungen nicht restlos erfüllt werden, man müsse nachprüfen, ob die Sowjetunion solche Verpflichtungen erfüllt. Aber nirgends finden sich direkte Erklärungen mit auf Fakten beruhenden Beweisen dafür, daß die Sowjetunion wirklich etwas verletzt. Wir verneinen das kategorisch. Nein, die Sowjetunion ist nicht gewöhnt, ihre Verpflichtungen aus Verträgen und Abkommen, unter denen ihre Unterschrift und die anderer Staaten stehen, zu verletzen, ob das nun bilaterale oder multilaterale sind.

Im Weißen Haus geht aber das verwerfliche Treiben weiter, denn je vehemente man Moskau beschuldigt, desto leichter ist es, von den eigenen Umtrieben abzulenken. Die Tatsachen aber zeigen, daß dieses Treiben darauf abzielt, das mit soviel Mühe geschaffene System zur Waffenbegrenzung und die vereinbarten Maßnahmen zur Erhöhung der internationalen Sicherheit zu torpedieren.

Erstens. Mit dem Klamauk wegen "sowjetischer Verstöße" sucht Washington, die allgemeinbekannte

Wahrheit zu übertönen, daß die USA sich schon lange darauf eingestellt haben, den unbefristeten Vertrag von 1972 über die Begrenzung der Raketenabwehrsysteme zu unterminieren. (Dieser Vertrag hat es möglich gemacht, ein zeitweiliges Abkommen über einige Maßnahmen zur Begrenzung der strategischen Angriffswaffen von 1972 sowie den SALT-2-Vertrag zu paraphieren). Der anschaulichste Beweis dieser Einstellung Washingtons ist das offiziell publik gemachte Programm für "Sternenkriege", laut dem ein großes Raketenabwehrsystem mit auf den Kosmos gestützten Elementen gebaut werden soll, was laut Vertrag von 1972 verboten ist.

Wenn die Sache nur bei Plänen und Absichten ihr Bewenden hätte! Das sowjetische Außenministerium weist darauf hin, daß das in diametalem Gegensatz zum klaren Wortlaut des Vertrags von 1972 steht und daß die USA mit Volldampf an der Entwicklung mobiler Funkmeßstationen für die Raketenabwehr arbeiten; ferner, daß Raketen des Typs "Minuteman" getestet werden, denen man die Eigenschaften von Gegenraketen geben will. Man entwickelt Mehrfachsprengköpfe für die Antiraketen, stationiert Funkmeßstationen für das Antiraketensystem "Pave Paws" als Schild gegen Raketen für einen großen Teil der USA. Doch allem Anschein nach ist das erst der Anfang. Ein riesiges Programm für die Militarisierung des Kosmos steht zu erwarten.

In Washington will man glauben machen, als handle es sich einfach um wissenschaftliche Forschungen. Wer nimmt ihm das ab? Selbst viele Politiker und prominente Persönlichkeiten der USA bestätigen, daß derartige Hinweise nicht überzeugen können. Die "New York Times" schrieb: "Das Programm, das im Ovalen Zimmer mit Nachdruck bekanntgegeben worden ist, nennt man sogar lebenswichtig, und die Etatbewilligungen dafür sind von Anfang an mit 30 Md. Dollar angesetzt, was von den Russen nicht als wissenschaftliche Forschungen aufgefaßt werden wird."

Selbstverständlich nicht. Für den

Militär- und Industriekomplex der USA sind die 30 Md. nur ein Appetithappen — um darauf zu kommen, wie die erste Runde des Wettrüstens in kosmischen Höhen und mit kosmischem Tempo schmeckt. Alles in allem will man für die Entwicklung schlagkräftiger kosmischer Waffen insgesamt eine Summe von astronomischer Höhe — über 1 Billion Dollar — ausgeben!

Diese Pläne haben noch einen besorgniserregenden Aspekt. Die heutigen Militaristen wollen den Marathonlauf im Weltraum antreten können und diejenigen, die noch keinen Begriff von dem nuklearen Orkan und den Laserwaffen haben, zwingen, ihn unter Lebensgefahr mitzumachen. Den künftigen Generationen will man keine Wahl lassen und sie auch zur Konfrontation zwingen.

Zweitens. Die Weltraumwaffen sind irreführend als Verteidigungswaffen bezeichnet worden, weil man so leichtgläubige Laien zu täuschen und unbemerkt kosmische Höhen nehmen zu können glaubt. Zweck der Übung ist es, die militärische Überlegenheit zu gewinnen und sich Möglichkeiten zu einem straflosen Nuklearschlag zu verschaffen.

Es ist alles andere als ein Zufall, daß die US-Bosse versuchen, den Zeitweiligen Vertrag über die Raketenabwehr ins Wanken zu bringen oder — noch besser — zu sprengen. Er liegt ihnen schwer im Magen und hindert sie daran, ihren militaristischen Appetit im Kosmos zu stillen. Washington greift den Vertrag an und hätte nichts dagegen, den ganzen Prozeß der Begrenzung und Reduzierung der Kernwaffen zum Scheitern zu bringen.

Reagan pries sein neues Programm, er sagte, daß die USA nicht auf militärische Überlegenheit und politische Vorteile aus seien und daß es ihnen einzig um Mittel und Wege zur Minderung der Gefahr eines Kernwaffenkriegs zu tun sei. Wie ist es in Wirklichkeit?

"Während das Verteidigungsministerium Forschungen einleitete, die darauf abzielen, die sowjetischen Nuklearraketen zu neutralisieren, erfüllt die US-Luftwaffe ihr eigenes kleines Programm dafür, daß die amerikanischen Nuklearraketen niemals getroffen werden", schreiben die "New York Times" und die "International Herald Tribune".

Das Projekt, das man als Programm

vorgeschobener strategischer Raketen systeme bezeichnet, sieht eine wesentliche Aufstockung der Bewilligungen aus Präsident Reagans Budget vor. Die Mittel will man für noch raffiniertere Entwicklungen und Tests mit Sprengköpfen und anderen Kampfmitteln verwenden, die ihre Flugbahn ändern können und dafür bestimmt sind, in ein beliebiges Verteidigungssystem, das die UdSSR aufbauen mag, einzudringen.

Die Unerfüllbarkeit solcher Pläne ändert nichts an ihrer Aggressivität.

Drittens. Das Geschick des SALT-2-Vertrags ist eine Verurteilung Washingtons für die Mißachtung des Völkerrechts. Es weigert sich, ihn zu ratifizieren. Er trägt ja die Unterschrift eines US-Präsidenten. Heute ist es angebracht, daran zu erinnern, daß Washington 1979 auf die Stationierung amerikanischer Raketen in Westeuropa bestand, — nur dann werde es den Vertrag ratifizieren. Die Raketen stehen schon dort, der SALT-2-Vertrag ist aber faktisch über Bord geworfen worden. Dabei sind die Pershing-2 und die boden gestützten Cruise Missiles strategische und zugleich Erstschlagswaffen. So sehen die Versprechungen und Verpflichtungen aus, die nuklearen Offensivwaffen zu reduzieren.

Viertens. Als über SALT 2 verhandelt wurde, hielten es beide Seiten für notwendig, die Cruise Missiles mit großer Reichweite zu reduzieren. Washington hat sich aber nicht davon abhalten lassen, sie weiter zu produzieren, als es meinte, die massenhafte Aufstellung dieser strategischen Offensivwaffen beginnen zu können, und sich weigerte, die Zahl der Cruise Missiles mit großer Reichweite zu begrenzen.

Fünftens. Washington scheint auf die Erwähnung der Ratifizierung internationaler Verträge allergisch zu reagieren. Wenn es unter dem Druck der Öffentlichkeit — der eigenen oder der seiner Bündnispartner — ausnahmsweise ein Abkommen unterzeichnet, so will das längst noch nicht heißen, daß die USA es ratifizieren werden. Ein Beispiel ist der Vertrag von 1974 über die Einschränkung der unterirdischen Kernwaffentests. Die USA haben ihn unterzeichnet, wollen ihn aber — schon seit 11 Jahren — nicht ratifizieren. Ein Wust von Ausreden, obwohl der Beweggrund ganz klar ist: In Washington will man das im Vertrag vorgesehene präzise und effektive System zur Kontrolle der Stärke

etwaiger Detonationen nicht einführen.

Sie würde ja das Testen immer neuer nuklearer Ladungen, die oft die vereinbarte Stärke überschreiten, behindern.

Man lehnt die Ratifizierung des Vertrags von 1974 nicht nur deshalb ab, weil man sich den festgesetzten Reduzierungen der unterirdischen nuklearen Explosionen entziehen will. Man blockiert die Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein vollständiges und allgemeines Verbot aller Kernwaffentests. Der Vertrag von 1974 verpflichtet aber ausdrücklich zu diesbezüglichen Verhandlungen.

Die Aufzählung der Verstöße Washingtons gegen internationale Verpflichtungen könnte noch lange fortgesetzt werden. Nur die Begleitumstände werden sich ändern, sonst bliebe alles beim alten, alles, was dem Militär-Industrie-Komplex die Hände bindet, oder es wird von Anfang an abgelehnt, oder aber wird die Ratifizierung auf die lange Bank geschoben. Die "Hüter" der völkerrechtlichen Gerechtigkeit wollen ihre eigenen Verstöße nicht sehen, und die Kampagne der Beschuldigungen gegen die andere Seite wird mit viel Brimborium aufgezogen.

Die Weltöffentlichkeit macht sich Sorgen darüber, daß die USA so kurz vor den Genfer Verhandlungen über die Nuklear- und Weltraumwaffen so hartnäckig grundlose Beschuldigungen gegen die UdSSR erheben. Das Geheimnis der endlosen "Berichte" der Regierung ist leicht zu durchschauen. Man will von Anfang an die Atmosphäre bei den Verhandlungen vergiften und die sachliche, konstruktive Debatte über die für die ganze Menschheit lebenswichtigen Probleme erschweren.

Wie es in einem Dokument des Außenministeriums der UdSSR heißt, müßten die USA die Verletzung der selbstübernommenen Verpflichtungen einstellen und sich um die Zügelung des Wettrüstens bemühen. Dazu verpflichtet sie auch die sowjetisch-amerikanische Vereinbarung über die Genfer Verhandlungen, die in allen ihren Teilen strikt befolgt werden muß. Die USA müssen am günstigen Ausgang der Verhandlungen nicht weniger als ihr sowjetischer Verhandlungspartner interessiert sein.

Gromyko-Besuch in Italien und Spanien

IM DIENSTE DES FRIEDENS

Juri KARELOW

Bei der erheblichen Verschlechterung der Weltlage infolge der Politik der USA gewinnt es heute ausnehmende Bedeutung, daß man das positive Potential der Beziehungen der UdSSR zu verschiedenen Staaten effektiv für den Frieden auswertet.

Das bestätigen anschaulich die Ergebnisse der kürzlichen Besuche Andrej Gromykos in Italien und Spanien. Zum Schwerpunkt der Aussprachen und Verhandlungen sowohl in Rom als auch in Madrid wurden die heutigen Schlüsselprobleme gemacht: die Militarisierung des Kosmos zu verhüten, das Wettrüsten, insbesondere das nukleare, aufzuhalten und die Kriegsgefahr zu bannen. Die Äußerungen in beiden Ländern können nicht sämtlich unter einen Hut gebracht werden, weil diese Länder im System der westlichen Bündnisse verschiedene Plätze einnehmen. Doch in der Hauptsache — in dem Bestreben, die für den Frieden ungünstigen Tendenzen zu beheben und auf die Entspannung hinzuarbeiten — waren sich die Gesprächspartner einig.

Der offene Meinungsaustausch mit den Staatschefs Italiens und Spaniens hat nochmals gezeigt, daß alle Länder ungestrichen der Verschiedenheit ihrer sozialen und ihrer Gesellschaftsordnung zusammenwirken können, besonders jetzt, wo die Zukunft der Menschheit selbst in Frage gestellt ist. In diesem Sinne haben die Worte Gromykos, daß eine weitgehende Verständigung zwischen den Ländern Europas wesentlich zur Rückkehr zur Entspannung beitrage, starke Resonanz gefunden. Sehr aufmerksam wurde von der Führung Italiens und Spaniens sowie von der dortigen Öffentlichkeit die Aufforderung des sowjetischen Außenministers an Italien und Spanien aufgenommen, energischer ihre Möglichkeiten zur Lösung der Kardinalfrage von Krieg und Frieden zu benutzen.

Deshalb ist es kein Wunder, daß das Thema der Verhütung einer Militarisierung des Weltraums Vorrang hatte. Es dominierte buchstäblich bei allen Aussprachen und Verhandlungen und wurde am meisten kommentiert. In Italien und

Spanien steht man allem Anschein nach noch immer den Plänen Reagans für "Sternenkriege" argwöhnisch gegenüber. Durchaus nicht alle überzeugt die Tarnung dieser aggressiven, militaristischen Doktrin Washingtons, daß es sich dabei um die Verteidigung handle. Selbst nach den Pressekommentaren zu urteilen, reift in beiden Ländern die Erkenntnis heran, daß eine klare Stellungnahme der Staaten Westeuropas gegen das Wettrüsten im Kosmos, für dessen Benutzung nur zu friedlichen Zwecken die Möglichkeiten zu Übereinkünften über den Abbau der strategischen Rüstungen und der Kernwaffen mittlerer Reichweite objektiv steigen würde. Die Westeuropäer, auch die Italiener und die Spanier, haben wiederholt erklärt, daß sie daran interessiert sind. Nun, jetzt hängt es in vieler Hinsicht auch von ihnen ab, ob es gelingen wird, endlich einer Reduzierung der Kernwaffen und damit auch dem Endziel näherzukommen: ihrer vollständigen Vernichtung überall.

Die Berührungspunkte bei vielen wichtigen Fragen, die sich bei den Verhandlungen in Rom ergeben haben, betrafen leider nicht ein so akutes Problem wie die fortdauernde Aufstellung neuer US-Raketen in manchen Ländern Westeuropas, auch in Italien. In der Führung der beiden Länder hat man noch lange nicht erkannt, daß es sich auf die Lage innerhalb und außerhalb Europas günstig auswirken würde, wenn man sich zu dieser Frage realistischer verhielte. Andernfalls kann der dichte Schatten der US-Raketen die Aussichten der Verhandlungen in vielen Gremien, vor allem bei den am 12. März beginnenden sowjetisch-amerikanischen Genfer Verhandlungen, ernstlich trüben. Das war offen und ganz bestimmt gesagt worden, um so mehr, als für die entstandene Situation, wie Gromyko betonte, sowohl diejenigen Staaten verantwortlich sind, die die Aufstellung der Raketen aufgedrängt, als auch diejenigen, die ihr Land für die Aufstellung zur Verfügung gestellt haben.

Die Angelegenheiten Europas standen auch bei den Madrider Zusammenkünften

im Brennpunkt. Spanien, das eine aktive Politik anstrebt, hat viele Möglichkeiten, zum völligen Gesunden der politischen Lage in Europa und zur Verhütung einer Konfrontation auf diesem Kontinent beizutragen. Auf sowjetischer Seite ist die Erklärung von Gonzalez und Moran, daß Spanien auch künftig seinen Status als kernwaffenfreier Staat beizubehalten gedacht, günstig aufgenommen worden.

Moskau arbeitete rege mit Italien und Spanien bei der Herstellung und Konsolidierung des gesamteuropäischen Prozesses zusammen, dessen wichtiger Abschnitt das Madrider Nachfolgetreffen war. Darum ist es wichtig, daß in Rom und Madrid auch jetzt Einmütigkeit im Hinblick auf die Notwendigkeit gezeigt wird, die Arbeit der Stockholmer Konferenz konstruktiv zu gestalten und sie auf das Suchen nach wichtigen politischen Schritten zum Gewaltverzicht sowie zu den militärtechnischen Maßnahmen einzustellen, die nichts von Spionage an sich haben dürften.

In vielen Dingen haben sich ähnliche Einstellungen der UdSSR, Italiens und Spaniens zu den Spannungsherdern in der Welt ergeben: in Nahost, Mittelamerika, im südlichen Afrika und Fernen Osten. Die italienischen und die spanischen Vertreter haben sich ganz bestimmt dafür ausgesprochen, daß die jetzigen Konflikte mit friedlichen Mitteln beigelegt werden und daß man von der Umrüstungspolitik, die die Spannungen erhöht, Abstand nimmt.

Ein wichtiger Impuls war in Italien wie in Spanien die bilaterale Zusammenarbeit der UdSSR mit diesen Ländern in vielen Bereichen, einschließlich politischer Konversationen.

Eine sowjetisch-italienische Erklärung wurde angenommen, in der die Gemeinsamkeit der Ansichten über eine ganze Anzahl aktueller Weltprobleme niedergelegt ist. Konkrete Maßnahmen zur Ausdehnung des Handels und der Wirtschaftsbeziehungen sind vorgemerkt worden.

Die Beziehungen der UdSSR zu Italien und Spanien entstanden nicht zu gleicher Zeit. Doch von Anfang an haben dabei politische Zusammenkünfte, von denen jede neue Aussichten für die bilaterale Zusammenarbeit bot, eine große Rolle gespielt. In diesem Sinne haben Gromykos Besuche besondere Bedeutung: Sie sollen das Zusammenwirken der UdSSR mit den beiden Ländern bei der Erfüllung der Hauptaufgabe fördern, vor die sich jetzt die ganze Menschheit gestellt sieht: der Erhaltung des Friedens auf der Erde.

Ein Forum für Frieden und Sicherheit in Europa

DIE ZIVILISATION BEWAHREN

An dem Forum beteiligten sich rund 200 Delegierte der Öffentlichkeit von 27 Staaten, deren Regierungschefs die KSZE-Schlüssele unterzeichnet haben, sowie eine von Stepan Schalajew geführte sowjetische Delegation des Zentralrats der Sowjetgewerkschaften.

Es sprachen Leute mit verschiedenen politischen Ansichten und Lebenserfahrungen. Aber so gut wie alle äußerten Besorgnis über das anwachsende Wettrüsten. Die Delegierten sagten, daß die friedliebende Öffentlichkeit über die Pläne für "begrenzte", "langwierige", für "Sternen-" und sonstige Kriege, über die Aufrufe zu Kreuzzügen und die Konfrontationspolitik erschrocken ist. Sie beunruhigt sich über den Verlauf des friedlichen Dialogs, den Washington als Tarnung für die Aufstockung der Raketen- und Kernwaffenarsenale benutzen will, sowie über den Drang nach militärischer Überlegenheit.

Stepan Schalajew sagte, die Ende 1983 begonnene Stationierung amerikanischer Erstschlagsraketen in mehreren Ländern Westeuropas hält das Sowjetvolk

für eine Hauptursache der erschweren Situation. Eine andere Ursache zur Besorgnis seien die Pläne für eine Militarisierung des Weltraums. Schalajew hob hervor, falls die Ausführung dieser Pläne nicht verhindert werde, könnten sich alle Hoffnungen auf eine Reduzierung und restlose Vernichtung der Kernwaffen in Europa und in der ganzen Welt zu Wasser werden. Deshalb sei die UdSSR kategorisch gegen beliebige Maßnahmen, die mit der Erzeugung, Erprobung und Aufstellung kosmischer Waffen zusammenhängen.

Zusammenfassend konstatierte Prof. John Fried (USA) folgendes: Jede neue Runde im Wettrüsten stärke die internationale Sicherheit nicht, sondern untergräbt sie. Die Vernunft sage einem, daß es nur einen Weg zur Sicherheit gibt, der über die Abrüstung führt. Die Gefahr eines Kernwaffenkrieges werde nur bei der Vernichtung aller für einen solchen Krieg bestimmten Waffen schwinden. Fried verurteilte die "Sternenkriegspläne" seiner Regierung. Deren Argumente für solche Kriege seien unhaltbar. Die Schaf-



Der Volksprotest gegen die vom Weißen Haus geplante Aufstellung von Cruise Missiles flaut nicht ab. Unlängst gelangte ein Antikriegsmarsch, der bei dem US-Luftwaffenstützpunkt in Florenne begann, zum Abschluß

Telefoto: Reuter-TASS

fung eines kosmischen "Schirms" werde die Kriegsakalation nur steigen. Der Entwicklung einer großangelegten Raketenabwehr liege nicht die Verteidigungs-, sondern die Angriffskonzeption zugrunde.

Fried schloß seine Ausführungen mit den Worten, daß der Höhlenmensch schon imstande war, alle Menschen mit einem Knüppel auszurotten, daß er es aber nicht

PAKISTAN

WIE IM DREHBUCH FÜR EINEN STUMMFILM

In Pakistan haben Ende Februar Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Konstituenten der Provinzen stattgefunden. Darauf hatte man im Land sehr lange warten müssen. Als die Militärjunta am 5. Juli 1977 die legitim gewählte Regierung Bhutto stürzte, versprach General Zia ul-Haq Wahlen binnen 90 Tagen. Sie haben aber erst nach mehr als 90 Monaten stattgefunden.

Ihnen war im Dezember ein Referendum vorausgegangen, das von der Zeitschrift "Far Eastern Economic Review" (Hongkong) der zweite Umsturz Zias genannt wurde. Das Referendum sollte dem Regime einen Anstrich von Legitimität geben. Und obwohl, wie die Opposition behauptet, kaum ein Zehntel der Stimmberechtigten teilnahm, ist das Ergebnis von der Junta als starker Rückhalt für ihre Politik interpretiert worden, und Zia bekam automatisch

ein fünfjähriges Mandat auf die Präsidentschaft.

Etwas anderes war auch nicht zu erwarten. Die Teilnehmer am Referendum hatten keine Wahl. Sie sollten nur die Frage beantworten, ob sie mit der "Islamisierungspolitik" des Regimes einverstanden sind. In einem Land mit Moslembevölkerung stand die Antwort von vornherein fest.

Auch bei den Wahlen im Februar hatten die Wähler keine Wahl. Sie waren gewissermaßen das letzte Stadium des "zweiten Umsturzes", seine "demokratische" Tarnung.

Bisher festigte die Junta ihre Stellungen mit Hilfe militärischer Gewalt und Repressalien. Das Land befindet sich noch immer im Ausnahmezustand, die Wirkung der Verfassung ist ausgesetzt, jede politische Befähigung verboten, ebenso Streiks und Demonstrationen, und der Presse ist ein Maulkorb umgehängt worden.

Die Militärgerichte haben die Haftanstalten mit Tausenden Pakistanern gefüllt. Mit der Politik der Islamisierung des öffentlichen Lebens versucht die Oberschicht des Militärs, die Geistlichkeit und die Gläubigen aus den nur dürftig gebildeten Schichten — die Bauern, Handwerker und Kleinbürger — zu gewinnen.

Dennoch saß Zias Regime all die Jahre wie auf einem Vulkan. Das Volk hielt mit seinem Mißmut nicht hinter dem Berge. Die in der Bewegung für eine Wiederherstellung der Demokratie vereinigten Oppositionsparteien forderten beharrlich elementare Freiheiten. So mußte sich das Regime denn zu den rein "kosmetischen" Parlamentswahlen verstehen, aber erst, nachdem es die Opposition neutralisiert, nämlich viele hundert ihrer führenden und aktiven Mitglieder eingesperrt oder zu Hausarrest verurteilt hatte. Auf Beschuß der Militärbehörden wurden die Wahlen nicht auf Parteidgründlage abgehalten. Viele Personen durften nicht kandidieren. Dem "Observer" (London) zufolge "ähnelt der Wahlkampf in Pakistan einem Stummfilm".

Die Wahlen wurden von fast allen Parteien boykottiert, und das Volk in seiner Gesamtheit verhielt sich gleichgültig. Nach gewissen Anga-

getan hat. Im 20. Jahrhundert leben, wie zu hoffen ist, zumindest ebenso vernünftige Menschen, die die Zivilisation auf Erden erhalten möchten. Entweder wir machen dem Wettrüsten ein Ende oder es wird uns ein Ende machen."

Im Sinne dieser Warnung und der Stellungnahme der friedliebenden Öffentlichkeit hat das Forum vier gemeinsame Berichte abgefaßt. Sie enthalten eine Aufzählung der Maßnahmen, die nach Ansicht der Delegierten dazu beitragen könnten, das Wettrüsten zu zügeln und in Europa ein Klima der Zusammenarbeit und des Vertrauens herzustellen. Die Forumteilnehmer schlagen vor, die Kernarsenal einzufrieren und mit ihrer Vernichtung zu beginnen; zu vereinbaren, eine Militarisierung des Weltraums zu verhüten; Verträge zu schließen, deren Gegenstand es wäre, Kernwaffen nicht als erste zum Einsatz zu bringen und überhaupt keine Waffengewalt zu üben, die C-Waffen zu verbieten und die bereits vorhandenen zu vernichten; die Kernwaffentests einzustellen und zur Schaffung kernwaffenfreier Zonen beizutragen; Militäranöver zu begrenzen; die politischen, kommerziellen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte auszudehnen.

W. BOIKOW

Brüssel--Hauthalen

ben schritten selbst in der Beamtstadt Islamabad bis zu 80 Prozent der Wahlberechtigten nicht zu den Urnen. Trotz der polizeilichen Absperrungen kam es vor einer Reihe von Wahllokalen zu Protestdemonstrationen. Zusammenstöße zwischen den Demonstranten und der Polizei endeten mit Toten und Verwundeten.

Obwohl die Stimmen vor Gewehrläufen abgegeben wurden, erlitten viele Kandidaten des Regimes eine Niederlage, darunter sieben Minister, z. B. der Verteidigungsminister, die vertrautesten Berater des Präsidenten und über 30 Mitglieder des unter Zia gebildeten Föderativen Konsultationsrats.

Die Parlamentswahlen sind vorüber, die Militärs aber noch immer an der Macht, und allem Anschein nach denken sie nicht daran, sie mit jemandem zu teilen. Präsident Zia wird einen geeigneten Ministerpräsidenten selbst bestimmen und die Regierung bilden. Mehr noch, obwohl das Parlament formal gewählt ist, weiß noch niemand, was seine Befugnisse sein werden. Um es kurz zu sagen, sind die langersehnten Wahlen vorüber, aber die zahlreichen Probleme, die das Volk beschäftigen, geblieben.

J. RUMJANZEW

NZ

STANDPUNKT

IN EINER GESCHENKPACKUNG

Es gibt keine moralischen Werte, keine Gefühle, die im Westen für politische Spekulationen tabu wären. Ein neuer Beweis (wenn es eines solchen bedarf) ist eine Ansprache von US-Vizepräsident Bush im Nationalen Presseklub, die er anlässlich seiner für den März geplanten Afrikareise hielt.

George Bush sprach vom Hunger in Afrika. Im Zeitalter von Computern und Robotern mangelt es den Menschen an einem Brotladen, einer Schale Reis. Grund genug zum Nachdenken, Grund genug auch, sein Gewissen zu befragen. Demnach wäre die Hinwendung des "Manns Nr. 2" der USA zu diesem Thema nur zu begrüßen.

In Wahrheit sind die Leiden für ihn nur ein Vorwand, die amerikanische Hilfe, ja auch die Gesellschaftsordnung, die Lebensweise und die Außenpolitik der USA zu preisen. Überhaupt lobt Bush die, um einmal mit ihm zu sprechen, "Länder der freien Welt" mit ihren milden Gaben für Afrika, die angeblich "aus reinem Herzen" kommen. Wir wollen hier bei diesen Gaben nicht auf den Preiszettel sehen. Bemerkt sei nur, daß man, wenn man es "reinen Herzens" tut, sich nicht damit brüstet. Das wäre das eine. Es geht aber weiter.

Wie alle wissen, gehört Äthiopien zu jenen Ländern, die von der Dürre am stärksten betroffen worden sind. Der US-Vizepräsident hat sich nicht geniert, über dieses leidgeprüfte Land herzufallen. Das genaue Ziel war die sozialistische Orientierung des Landes. Glaubt man George Bush, so haben gerade die fortschrittlichen Umgestaltungen in Äthiopien es den Naturkatastrophen ausgeliefert. Als wäre es nicht unter Haile Selassie von Hunger verheert worden, als wären die benachbarten afrikanischen Länder, in denen die Menschen auch heute nach den überholten sozialen Gesetzen leben, gegen solche Katastrophen gefeit. Daß dem nicht so ist, mußte selbst Bush zugeben. Die Situation in Äthiopien sei, sagte er, "nur Bestandteil einer außerordentlichen Lage, die sich im Großteil Afrikas südlich der Sahara ergeben hat. Von Mali und Mauretanien im Westen bis zu Sudan und Somalia im Osten, in allen Ländern Afrikas grast der Hunger." Wir wollen hinzufügen: Er bedroht auch viele andere Länder. Insgesamt werden in der Welt gegenwärtig 1,5 Milliarden Hungernde gezählt.

Es handelt sich demnach um ein globales Problem, auf jeden Fall ein Problem der gesamten dritten Welt.

Weiß der Vizepräsident des reichsten Landes des Westens tatsächlich nicht, wer in der Wirtschaft der dritten Welt herrscht? Wer da schwindelerregende Profite herauspumpt und die Entwicklungsländer daran hindert, eine neue, gerechte Weltwirtschaftsordnung durchzusetzen? Wenn jemand, dann müßte Bush doch wissen, daß die Entwicklungsländer den Großteil jener Billion Dollar, auf die sich ihre Gesamtschuld beläßt, gerade an die US-Banken zu zahlen haben.

Da nimmt sich Herrn Bushs Mitleid mit den Afrikanern ganz anders, nämlich heuchlerisch, aus. Die "Gaben", auf die die USA und andere westliche Länder so stolz sind, bedeuten ja letztendlich nur die erzwungene Rückgabe eines kleinen Teils jener unbezahlbaren historischen Schuld, in der sie — im direkten und im überfragten Sinne des Wortes — den Entwicklungsländern gegenüber stecken. Aber mit "reinem Herzen" und dem Gewissen hat das herzlich wenig zu tun. Aus Bushs Rede geht eindeutig hervor, was als Gegenleistung gefordert wird: Einschränkung der fortschrittlichen Umgestaltungen, obwohl nur sie, wenn konsequent und gezielt durchgeführt, der gesunden wirtschaftlichen Entwicklung der jungen Staaten einen Impuls geben können; Verzicht auf die Zusammenarbeit mit den sozialistischen Ländern, die zu einer solchen Entwicklung beitragen möchten. Und das letzte, was Washingtons Wunsch am besten belegt, die Heimsuchungen der Afrikaner auszunutzen. George Bush sagte: "Bei meiner Reise will ich mit den führenden Staatsmännern, mit denen ich zusammentreffen werde, erörtern, was sie unternehmen, um die Märkte ihrer Länder zu öffnen." Anders gesagt, um den amerikanischen und sonstigen transnationalen Konzernen Tür und Tor zu öffnen. In seiner Rede berührte der Vizepräsident das Thema der zu öffnenden Märkte zweimal. Das ist kein Zufall, denn heutzutage geht es nicht mehr ohne weiteres, den altbekannten kolonialen Eigennutz einzuschmuggeln, und sei es in einer neuen Geschenkpackung mit Schleifchen.

Dmitri WOLSKI

Vor den Wahlen
zum Abgeordnetenhaus

GEBRECHEN EINER STADT

Vor den Wahlen von 1981 geizten die Christdemokraten nicht mit großen Versprechungen, wobei sie sich lang und breit darüber ausließen, daß das "freie Unternehmertum" und "Festigkeit" eben jene Zauberworte seien, mit deren Hilfe viele lebenswichtige Probleme der Stadt gelöst werden könnten. Die Demagogie war damals erfolgreich — Vertreter der CDU übernahmen die Leitung des Westberliner Senats. Jetzt, kurz vor den Wahlen am 10. März, sprechen sie und der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen in ihren Wahlreden nicht selten von einem "Aufschwung" der Westberliner Wirtschaft unter der CDU/FDP-Koalition. Doch die Westberliner sehen nicht, worin dieser "Aufschwung" konkret zum Ausdruck kam. Die tatsächliche Lage ist bei weitem nicht so erfreulich, wie das im Schöneberger Rathaus dargestellt wird. Man braucht nur einige ungelöste Probleme der Stadt zu nennen, um zu begreifen, daß der versprochene "Aufschwung" auf sich warten läßt.

Die Arbeitslosigkeit ist das schwerste soziale Gebrechen. Es gibt heute in Westberlin über 86 000 Arbeitslose. Die Schlangen auf den Arbeitsmärkten werden immer länger, und die Hoffnungen, eine Stelle zu finden, schwinden immer mehr. Die Christdemokraten hatten 1981 versprochen, die Arbeitsplätze im Wohnungsbau blieben erhalten und 50 000 Wohnungen würden gebaut. Jetzt sehen die Westberliner: All diese Versicherungen von Kandidaten der Partei des Großkapitals sollten nur die Wähler dazu bringen, an die edlen Absichten jener, die nach der Macht griffen, zu glauben. In Wirklichkeit dachten die Herrschenden gar nicht daran, das Wohnungsproblem zu lösen.

Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter stieg bis auf 20 Prozent aller Beschäftigten dieser Branche. Von den versprochenen 50 000 Wohnungen wurden nur 15 000 gebaut. Die

Haus- und Grundeigentümer schrauben schamlos die auch ohnehin horrenden Mieten weiter in die Höhe. Die Durchschnittsmiete liegt jetzt bei 900 DM. Doch auch das ist ihnen nicht genug. Der Westberliner Senat beschloß eine weitere Mieterhöhung für Altbauwohnungen, und seit Januar zahlen 580 000 Mieter 4% mehr für ihre Wohnung.

In der Westberliner Industrie vollziehen sich, wie Wirtschaftssenator Elmar Pieroth betonte, langfristige strukturelle Veränderungen im Hinblick auf den Einsatz neuester Technologien. Das Big Busineß begrüßt natürlich derartige Veränderungen, da sie ihm neue Profite verheißen. In den Wahlkampfreden heißt es hin und wieder, auch die Kleinunternehmer würden nicht zu kurz kommen. Doch die Wirklichkeit korrigiert das: Kleine Firmen, die der harten Konkurrenz nicht standhalten, machen Pleite. Allein 1984 gingen 706 Firmen bankrott — ein absoluter Rekord!

Auch eine andere Richtung der Politik des Big Busineß ruft Besorgnis bei den Werktagen hervor: die kapitalistische "Rationalisierung" der Produktion. Die Zahl der Arbeitsplätze nimmt ab. Kürzlich fand vor den Toren zweier AEG-Werke in Marienfelde eine Demonstration von Arbeitern, genauer gesagt, ehemaligen Arbeitern, statt. Die Aufschriften auf den Spruchbändern erinnerten daran, daß der Konzern seit 1981 sechs seiner Betriebe in Westberlin geschlossen und insgesamt über 500 Arbeitsplätze vernichtet hat.

"Wer braucht uns denn?"

Bescheidene und, wie man meinen könnte, völlig normale Wünsche eines jeden: sich einen Beruf, der einem zusagt, zu wählen, eine Berufsausbildung zu erhalten, eine

Stelle zu finden und eine Wohnung... Die jungen Westberliner müssen für all das kämpfen. 14 000 junge Leute im Alter von 16 bis 25 Jahren haben keine Berufsausbildung erhalten: Die Bosse brauchen sie einfach nicht. Und da dem so ist, wird die Finanzierung der Berufsschulen einfach eingestellt.

"Wer braucht uns denn?" — das fragen die Jugendlichen Westberlins immer häufiger.

Diese Aussichtslosigkeit treibt junge Leute zwielichtigen Elementen aus diversen Sektionen und dubiosen Vereinigungen zu. Davon gibt es in Westberlin jetzt an die 100, und immer neue entstehen. Busineß ist Busineß. Die Oberapostel der rivalisierenden Sektionen, von denen viele sich mit Rauschgiftschmuggel befassen, tönen zuversichtlich, die Konjunktur würde die Jugend in ihre Netze treiben.

In der Westberliner Presse trifft man oft auf Meldungen wie: "Ein 27jähriger Mann starb ... am 20. Dezember in Charlottenburg offenbar infolge einer Überdosis Heroin. Er war das 32. Rauschgiftpfer des Jahres 1984." In Westberlin gibt es heute offiziell ca. 8500 Personen, die regelmäßig starke Rauschgifte nehmen. Die Ärzte meinen, daß die Zahl der Rauschgiftabhängigen in Wirklichkeit viel größer ist.

Hochburg der Kriminalität

Die Angst vor der zunehmenden Kriminalität ist bei den Einwohnern Westberlins nicht geringer als die vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Trotz des hohen Polizeietats Westberlins wird der Durchschnittsbürger etwa alle 12 Jahre oder zumindest 5 bis 6 mal in seinem Leben Opfer eines Verbrechens. Innensenator Lummer diffamiert die demokratischen Bestrebungen der Bürger, z. B. die Demonstrationen, als "Psychoterror" — er selbst aber vernachlässigt völlig seine Pflichten bei der Bekämpfung der Kriminalität. Auf Initiative Lummers wird die Ausrüstung der Westberliner Polizei mit der "chemischen Keule" abgeschlossen. Die Steuerzahler kostete das 114 000 DM. Doch bekanntlich wurde diese "Keule" keineswegs zum Einsatz gegen Kriminelle angeschafft, sondern vor allem gegen Demonstranten.

Über die zahlreichen Verbrechen von Vertretern der High Society, die finanziellen Machenschaften und den offenen Betrug — selbst wenn das bekannt werden sollte — schweigen sich die Behörden lieber aus.

Der Fall des Ex-Chefs der Firma Bautechnik, Garski, der Millionen DM unterschlug, ist schon einige Jahre alt. In dieser Zeit verschwand Garski wiederholt aus der Stadt, tauchte wieder auf, wurde festgenommen und dann gegen eine Riesenkaution freigelassen. Ob er überhaupt vor dem Richter erscheinen muß, ist fraglich. Viele derartige Fälle finden sich in den verstaubten Akten des Justizpalastes von Moabit.

Nur bei Stabilität

Die überwältigende Mehrheit der Westberliner weiß sehr wohl, daß die Stadt nur dann eine Zukunft hat, wenn die Lage in Europa stabil bleibt.



Solche Szenen gehören in Westberlin zum Alltag. Die Polizei stürmt ein leerstehendes Haus, das verzweifelte Menschen besetzt haben...

Foto aus: "Der Spiegel" (BRD)

Einst wurde Westberlin "Vorposten", "Schaufenster des Westens", "billigste Atombombe" und "Pfahl im Fleisch der DDR" genannt. 1971 wurde das Vierseitige Abkommen über Westberlin unterzeichnet, das bedeutend zur Entspannung im Zentrum Europas beitrug. Die vier Mächte erklärten gemeinsam, daß "die Sektoren Westberlins so wie bisher kein Bestandteil der BRD sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden". Doch Bonn betrachtet immer noch hartenkäfig die Stadt als ein "Bundesland" und betreibt deren faktische Integration in das staatsrechtliche System der BRD. Alle, die die positiven Wandlungen im Leben Westberlins

"NEUE ZEIT" 11.85

mit Genugtuung aufnahmen, verfolgen in den letzten Jahren besorgt, wie die wahren Interessen seiner Einwohner aufs Spiel gesetzt werden.

Die Friedenskräfte der Stadt kämpfen gegen das Wettrüsten, verlangen einen Stationierungsstop für die US-Nuklearwaffen in Europa und treten für eine weitere Normalisierung der Beziehungen zwischen den Ländern des Warschauer Vertrages und der NATO ein. Die Friedenskämpfer streben danach, daß ganz Westberlin offiziell zur kernwaffenfreien Zone erklärt wird. Die Vertreter von über 90 politischen, wissenschaftlichen, kulturellen, religiösen und Jugendverbänden führen Unterschriftensammlungen unter den Aufruf durch: "Unsere Stadt muß Teil einer kernwaffenfreien Zone in Mitteleuropa werden. Ich bin gegen die Stationierung der Pershing 2 und der Cruise Missiles. Unsere Stadt braucht Frieden und Entspannung. Ich bin für die vollständige Abrüstung." Bereits über 42 000 Westberliner haben diesen Aufruf unterschrieben.

In diesen Tagen, da die Menschheit sich auf den 40. Jahrestag der Befreiung Europas von der braunen Pest vorbereitet, wird in Westberlin besonders leidenschaftlich über das Thema des Faschismus und der Haltung ihm gegenüber diskutiert. Die Politiker der rechten Parteien und Gruppierungen versteigen sich dazu, daß sie den Tag des Sieges einen "Tag der Niederlage und der Kapitulation", einen "Tag stillen Andenkens" und sogar einen "Tag der nationalen Schande" nennen. Senator Lummer verhehlte in der "Berliner Rundschau" nicht, er rechne damit, daß die westlichen Länder diese Einstellung unterstützen werden. "Schließlich sind wir, die Besiegten von damals, heute ihre Verbündeten", erklärte er.

Die fortschrittliche Öffentlichkeit Westberlins erklärt mit aller Entschiedenheit: Der 8. Mai ist der Tag des Sieges der Freiheit und der Kultur über die faschistische Diktatur und den Versuch, die Menschheit zu versklaven. In einer Wahlrede sagte der Vorsitzende der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins, Horst Schmitt: "Hundertausende Sowjet-soldaten fielen im Kampf für die Befreiung Berlins, der damaligen Reichshauptstadt, und damit auch für die Befreiung Westberlins vom faschistischen Joch. Wir Kommunisten werden diese Heldenaten niemals vergessen und ehren ihr Andenken durch unseren aktiven Kampf für Frieden und Fortschritt."

L. JELISSEJEW
NZ-Korrespondent

Westberlin

AUCH EINE ANTWORT!

Die Versuche der Regierung Reagan, den Eindruck zu erwecken, als sei sie für eine politische Regelung in Mittelamerika, gegen die sich Nicaragua sperre, sind nichts als Heuchelei.

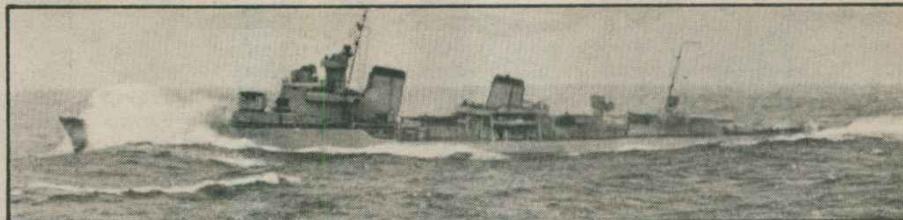
Hier das jüngste Beispiel. Ende Februar gab der Präsident Nicaraguas, Daniel Ortega, neue Friedensinitiativen seiner Regierung bekannt. Er forderte zur Abberufung aller Militärberater aus Mittelamerika auf und erklärte, Nicaragua verzichte auf die Hilfe von 100 kubanischen Militär-instrukturen. Außerdem wolle seine Regierung ein Moratorium für den Ankauf neuer Waffen, einschließlich von Abschlagsjägern für die Luftabwehr, auf unbestimmte Zeit festsetzen. Um dem Kongress und der Öffentlichkeit der USA die Politik Nicaraguas plausibler zu machen, will dessen Regierung die führenden Mitglieder des US-Kongresses nach Nicaragua einladen, damit sie sich überzeugen können, daß dessen Streitkräfte und Waffen auf die Verteidigung eingestellt sind.

Jeder halbwegs objektive Beobachter mußte das Konstruktive dieser Vorschläge Nicaraguas und seine ehrliche Absicht erkennen, die immer gefährlichere Eskalation der Spannung in dieser Region aufzuhalten. Und Washington! Vizepräsident Bush gab zu verstehen, daß der nikaraguanische Akt eine Frucht der "Politik der Reagan-Administration", d. h. des imperialistischen Drucks, sei, der weiter ausgeübt werden müsse. Am 2. März traf sich Außenminister Shultz, der vorher gesagt hatte, daß die Vorschläge der Regierung Nicaraguas "nichts bedeuten", in Montevideo mit Daniel Ortega, wo sich beide anlässlich des Amtsantritts Präsident Sanguinetts aufhielten. Wieder stellte Shultz Nicaragua unannehbare, imperialistische Forderungen: Es solle seine Innen- und Außenpolitik ändern, das Freundschaftsverhältnis mit Kuba und den anderen sozialistischen Ländern abbrechen und sich mit Vertretern des konterrevolutionären Gesindels an den Handlungstisch setzen.

Bedarf es weiterer Beweise dafür, daß man in Washington gar nicht an eine politische Regelung denkt? Dessen Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten Nicaraguas einzumischen, werden immer frecher.

A. BARYSCHEW

Gegen Ende des Jahres 1940 tauchte auf dem Schwarzen Meer ein ungewöhnliches Schiff auf. Es wurde fast gleichzeitig in verschiedenen Häfen gesehen, und das war kein Wunder: Bei einer Geschwindigkeit von über 80 km/h war der Großzerstörer



GROSSZERSTÖRER „TASCHKENT“

„Taschkent“, wegen seines ungewöhnlichen Anstriches der „hellblaue Kreuzer“ genannt, eines der schnellsten Schiffe der Welt.

... 1942 hatten die Hitlerfaschisten die Krim besetzt. Sewastopol, eingeschlossen und vom Meer her blockiert, kämpfte mutig, und Hauptaufgabe der Schwarzmeerflotte waren Fahrten von Kriegsschiff-

fen zwischen Sewastopol und dem Großen Land, wie der Kaukasus genannt wurde. Der „Taschkent“ wurde Noworossisk als Hauptstützpunkt zugewiesen. Hier nahm das Schiff Treibstoff, Munition und ganze Kompanien an Bord und lief dann Sewastopol an. Der Chef des Artillerielagers von Noworossisk wunderte sich:

“Was macht ihr eigentlich mit

der Munition? Das Schiff liegt den ganzen Tag im Hafen, warum aber fordert ihr jeden Morgen neue Geschosse an?”

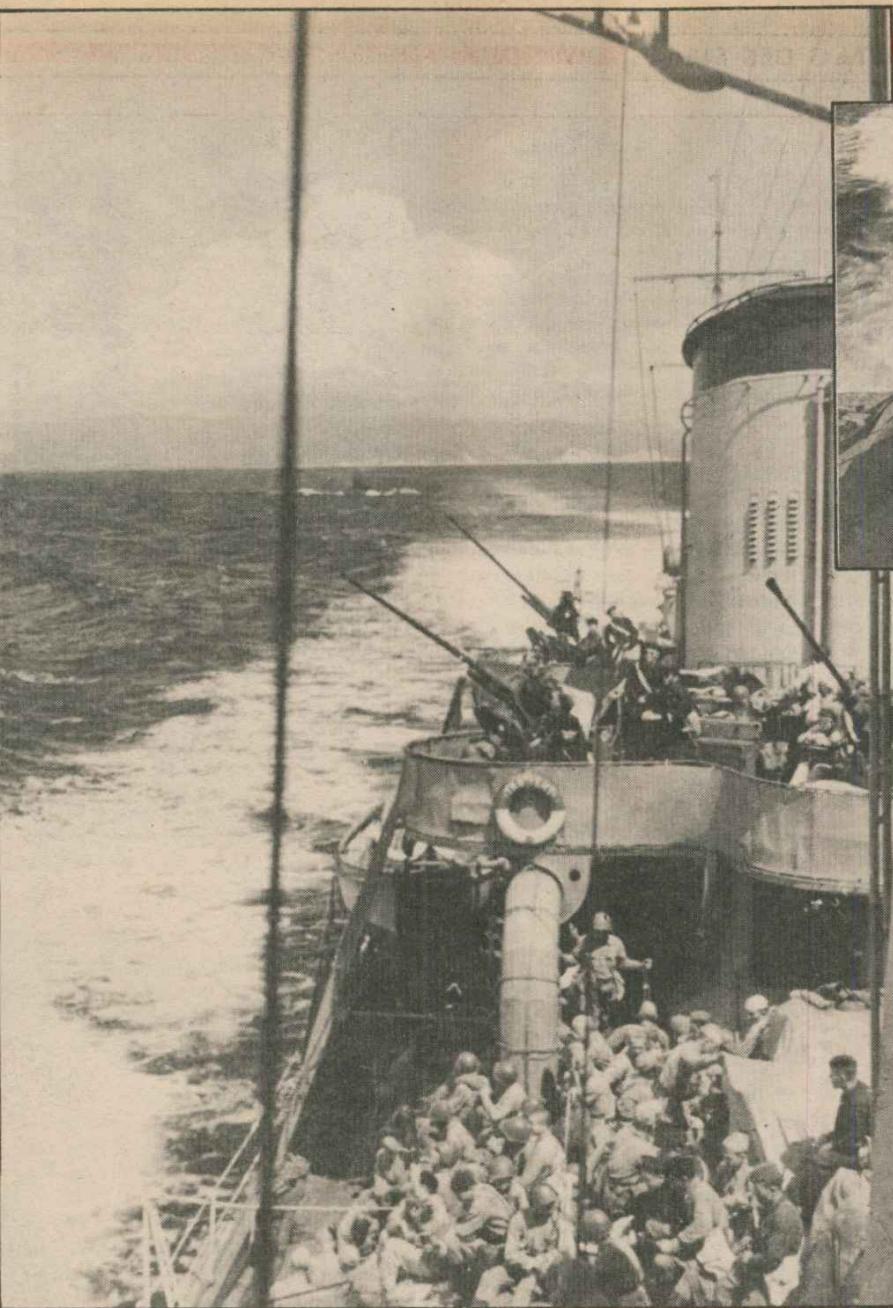
“Verstehe doch”, erklärte man ihm, “während du schlafst, verschießt das Schiff vor der Krim all deine Geschosse gegen den Feind!”.

Dreimal wöchentlich mit Feindberührung hin und zurück. So vergingen die Tage.

Am 26. Juni hatte die „Taschkent“ in Noworossisk über 1000 Soldaten der 142. sibirischen Brigade mit ihren Geschützen, mit Hunderten Tonnen Munition und Treibstoff an Bord genommen und war auf Kurs Sewastopol. Einige Stun-

Halbversenkt erreichte die „Taschkent“ noch die Zemsebucht, und die Matrosen begannen, die geretteten Kinder von Bord zu holen.





Mit MGs gegen
Torpedoschnellboote

"Taschkent", die fast ihre gesamte Munition verfeuert hatte, auf offener See von Bombern angegriffen. Die Angriffe erfolgten pausenlos. 336 Bomben fielen in vier Stunden auf das Schiff. Und um das Schiff herum explodierten anderthalb Mal so viele Bomben. Doch die "Taschkent" kämpfte sich durch. Halb unter Wasser erreichte sie mit letzter Kraft Noworossisk, machte noch selbst am Kai fest, und die Matrosen begannen, die Kinder von Bord zu holen.

Am 2. Juli, genau um 12 Uhr, drangen hitlerfaschistische Flugzeuge überraschend vom Festland her in die Bucht von Noworossisk ein: Unsere Luftabwehr hatte sie für eigene Flugzeuge gehalten. Zwei Volltreffer in das ruhig daliende Schiff besiegelten dessen Schicksal. Es sank etwa 40 Sekunden nach der Explosion. Doch die Turbinen-, Kessel- und Maschinengäste, die gerade eben noch an Deck gewesen waren, erlebten die letzten Augenblicke auf ihrer Gefechtsstation, im Schiffsinnenren.

Am 26. Juni 1942 lief die "Taschkent" aus Noworossisk aus...

den zuvor war das Torpedo-boot "Besupretschny" mit 400 Soldaten an Bord ausgelaufen.

Es dämmerte schon, als die "Taschkent" querab vom Kap Ai-Todor war. Vor ihr sollte jeden Augenblick die "Besupretschny" auftauchen. Doch plötzlich schoß eben dort eine Wasser- und Rauchsäule empor... Die Männer am Entfernungsmesser sahen als erste die Flugzeuge. Sie kreisten tief

über dem Meer und schossen mit MGs über die Wasseroberfläche. In dem ausgelaufenen Masut, unter Schiffsteilen schwammen, schrien Hunderte von Menschen. Nein, nicht um Hilfe, sondern sie riefen der "Taschkent" zu: "Geht nach Sewastopol!"

"Nachts hatten wir bereits die Kamyschowaja-Bucht erreicht", erinnert sich Alexej Meshujew. "Am Ufer waren über 2000 Verwundete, Kinder, Frauen. Haften sie ja mit zwei Schiffen gerechnet! Sie ver-

stopften alle Wohndecks und Durchgänge. Sie hatten auch die riesige Leinwand des berühmten "Panoramas von Sewastopol" mitgenommen.

Gegen fünf Uhr morgens wurde die überladene



Der Autor der Fotos, Alexej Meshujew, Veteran der sowjetischen Seekriegsflotte, nahm als TASS-Fotokorrespondent an der Verteidigung Leningrads und Sewastopols teil. Seine Aufnahmen gehören zum goldenen Fonds der Bildchronik

REVOLUTIONÄRE FRAUEN

Früher stand die Nikaraguanerin abseits vom gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Leben. Die Revolution hat der Frau ihre Würde als Mensch und Mitglied der Gesellschaft gegeben, aus der engen Welt der Familie herausgeführt und fördert ihre Arbeit an der Entwicklung des Landes. Gegenwärtig entscheiden die Nikaraguanerinnen über staatswichtige Fragen mit und verabschieden gemeinsam mit den Männern Gesetze, darunter über die Arbeit und den Schutz der Interessen von Mutter und Kind. In der gesellschaftlichen Produktion sind über 183 000 Frauen beschäftigt. Viele Frauen kämpfen Schulter an Schulter mit den Männern in der Sandinistischen Volksarmee und in der Sandinistischen Volksmiliz und beweisen Mut und Heldenmut.

JUNGE AUFKLÄRERIN

Marieluz Serrano Guillen ist erst 23, hat aber schon eine Heldentat vollbracht. Als ganz junges Mädchen kämpfte sie 1979 in einem sandinistischen Trupp an der Südfront. Sie war Funkerin. Die Kameraden nannten sie zärtlich Nancy.

In den Kämpfen gegen die Somozistas fielen einer ihrer Brüder und ihr Mann. Im Jahre 1982 betrauten die Sicherheitsorgane Marieluz mit einem gefährlichen und schwierigen Auftrag. Sie sollte sich bei den konterrevolutionären Banden des Verräters Pastora in Kostarika einschleichen. Ein einziger falscher Schritt könnte die Operation scheitern lassen und die Aufklärerin das Leben kosten. Aber "Nancy" zauderte nicht.

Ihr kam der Umstand zugute, daß Pastora die Familie von Marieluz kannte und früher in ihrem Haus verkehrt hatte. Aber er wußte zugleich, daß "Nancys" beide Brüder und ihr Gatte überzeugte Sandinisten waren. Ein politisch kurzsichtiger, von seinen Prätentionen beherrschter Mann, hatte sich Pastora verrechnet: Er glaubte nicht, daß diese Frau ihrer revolutionären Pflicht treu blieb. Unter allerlei Vorwänden nahm er selbst Kontakt zu Marieluz auf und suchte sie zum Überwechseln zu den Contras zu überreden. Gemäß ihrer Weisung ließ Marieluz sich "umstimmen" und ging scheinbar auf Pastoras Vorschlag ein. An einem regnerischen Junitag 1982 erschien sie in seiner Bande. Wie sie sich jetzt erinnert, waren die ersten Tage für sie am schwierigsten und gefährlichsten. Pastora war gerade aus Panama zurückgekehrt, als er die Besucherin bei sich vorfand. Er unterzog sie einem langen, aufreibenden Verhör. Später schickte er Provokateure zu ihr. Sie gaben Marieluz "Geheimnisse" preis, in der Hoffnung, später die Übermittlung dieser Information nach Managua fixieren zu können. Aber keine Finten halfen, und Pastora war nun sicher, daß diese Frau von der Führung der

Revolution enttäuscht und bereit sei, gegen sie zu kämpfen.

Die junge Marieluz gab sich viel Mühe, um sich genau an ihre Legende zu halten. Der Argwohn der Rädeführer der Contras ließ allmählich nach, und bald gehörte Marieluz bereits zu den Personen, die das größte Vertrauen genossen. Erst dann begann sie wertvolle Angaben über die Tätigkeit der Konterrevolutionäre, ihre Pläne, die Lieferungen von Waffen und Munition aus CIA-Arsenal an sie nach Managua zu übermitteln. Sie kannte genau den Standort der wichtigsten Lager von Pastoras Organisation und war mit CIA-Agenten bekannt, die den Verrätern berieteten. So teilte die Aufklärerin z. B. mit, daß der US-Bürger John Hull den Konterrevolutionären sein Gut in Kostarika zur Verfügung stellte. Ein CIA-Mitarbeiter, genannt Armando, gehörte Ende 1982 zu den Leitern von Operationen der "Revolutionären Demokratischen Allianz" (so heißt Pastoras Gruppe). 1983 tauchte dort ein gewisser Carlos auf, der ein stark amerikanisch gefärbtes Spanisch sprach, und im April 1984 kam ein blonder, blauäugiger Mann dazu, der sich Jorge nennen ließ. Gerade er leitete einen Überfall der Banditen auf die nikaraguanische Stadt San Juan del Norte. Ein gewisser Ivanovich stand einer Gruppe von US-Beratern vor und war Verbindungsmann zwischen der CIA und Pastora. Dank der von Marieluz gelieferten Information wurden viele Pläne der CIA und ihres gedungenen Agenten Pastora entlarvt und verhindert.

Marieluz hat ihren Sonderauftrag erfüllt.
W. DOLGOW
 NZ-Korrespondent
 Managua



Marieluz Serrano Guillen

lebensfrohes, hübsches junges Mädchen in der FSLN-Uniform an. Von ihren 29 Lebensjahren kämpfte sie 10 Jahre gegen die Somoza-Diktatur, für die Bahnung der Volksmacht in Nikaragua. Sie gehört zur Führung der Sandinistischen Front, seit dem Sieg der Revolution ist sie Vizepräsidentin des Staatsrates und hat einen hohen Posten in der Partei inne. Dora Maria Tellez — das ganze Land kennt und liebt sie. Das Volk nennt sie "hermana", d. h. "Schwester".

Wir hatten uns vor 4 Jahren in Moskau kennengelernt, während des XXVI. Parteitags der KPdSU, zu dem Dora Maria als Mitglied der nikaraguanischen Delegation gekommen war. Damals traf sie sich viel mit Sowjetbürgern und erzählte dabei stets voller Begeisterung vom Aufschwung in ihrem Land und vom revolutionären Arbeitseifer ihrer Landsleute. Traurig und zugleich voller Stolz gedachte sie der harten Jahre des illegalen Kampfes, der gefallenen Genossen, denen es nicht beschieden war, ihr Heimatland frei zu sehen.

Unser nächstes Treffen fand in Nikaragua statt. Das Leben dieser jungen Frau verkörpert in gewisser Hinsicht das Schicksal Nikaraguas, dem die Revolution die wahre Befreiung gebracht hat.

Dora Maria Tellez gehörte bereits der ersten Regierung der Nationalen Erneuer-

HERMANA

HEISST SCHWESTER

Von einem Foto in der nikaraguanischen Zeitung "Barricada" sieht uns ein

nung an. Damals entstanden sandinistische Massenorganisationen, und im Auftrag der FSLN trat Monica Baltodano, Partisanenkommandeurin und aktive Teilnehmerin der Widerstandsbewegung gegen Somoza, an die Spitze dieses Prozesses. 1980 wurde zum Jahr der Überwindung des Analphabetentums verkündet. In neu eröffneten Schulen und in Zirkeln lernten Tausende Menschen lesen und schreiben. Auf je 100 Analphabeten entfielen 80 Frauen. Beharrlich lernten sie selbst und bezogen auch ihre Angehörigen, Verwandten und Bekannten in den Unterricht ein. Die Hauptkraft der Bewegung für die Überwindung des Analphabetentums war der Nikaraguanische Frauenbund. Fast 7000 seiner Aktivistinnen begaben sich in Industriebetriebe, Dörfer und Gebirgsiedlungen, um dort Analphabetisierungszirkel zu bilden und Aufklärungsarbeit zu leisten.

Leticia Herrera steht den sandinistischen Schutzkomitees (Organe der gesellschaftlichen Selbstverwaltung in Stadt und Land) vor. Heute zählen diese Komitees rund eine halbe Million Mitglieder. Leticia erzählte: "Unter den Aktivisten der sandinistischen Schutzkomitees machen die Frauen 60% aus. Sie befassen sich mit Bildung, Gesundheitsschutz und Wohnverhältnissen. Ob es sich darum handelt, ein Haus zu renovieren oder einen Kindergarten zu bauen, eine Straße zu reinigen oder die Einwohner eines Bezirks zur Durchführung einer Woche der Gesundheit zu mobilisieren, unsere Frauen packen mit an."

Brenda Isabel Rocha

Foto aus: "Barricada"



"NEUE ZEIT" 11.85

In den Jahren 1982/83 begann der Nikaraguanische Frauenbund — neben der Überwindung des Analphabetentums — Wochen der Gesundheit durchzuführen. Es galt, Bedingungen zu beseitigen, die Seuchen, Kinderkrankheiten und eine hohe Sterblichkeit der Bevölkerung verursachten. Allein 1982 wurden 3,5 Millionen Personen gegen die Poliomyelitis, die Tbc, die Diphtherie und andere Infektionskrankheiten geimpft. Die Kindersterblichkeit ging merklich zurück. Vor der Revolution starben von je 1000 Neugeborenen 200, jetzt beträgt diese Kennziffer etwa 80 und ist eine der niedrigsten in ganz Lateinamerika. Magda Enriquez, Vertreterin des Führungsrates des Nikaraguanischen Frauenbundes, sagte: "Die aktive Teilnahme der Frauen an den volksümspannenden Wochen der Gesundheit ist von großer Bedeutung. Wenn sich die Frauen in diese wichtige Arbeit einschalten, gehen sie nicht nur über die vier Wände ihrer früher so engen Existenz hinaus, sondern arbeiten auch zum Wohl ihres Volkes, für seine Zukunft."

Unter denen, die ihr Leben für die Revolution einsetzen und ihr Blut vergießen, ist auch Brenda Isabel Rocha. Sie kämpft in der Sandinistischen Volksmiliz. In einem Gefecht gegen die Banditen fielen acht ihrer Kameraden, Brenda selbst war schwer verwundet, wich aber keinen Schritt zurück. Dieses junge Mädchen ist auch den Sowjetbürgern bekannt. Im Namen von Millionen sowjetischen Frauen sandte Valentina Tereschkowa, Vorsitzende des Sowjetischen Frauenkomitees, der jungen Helden einen offenen Brief. Darin hieß es: "Der Begründer unseres Staates Lenin sagte, daß nur eine Revolution etwas wert ist, die sich zu schützen weiß... Wir sind überzeugt: Solange Nikaragua Kämpfer wie Dich, Brenda, hat, liegt die Sache Sandinos und Fonsecas in guten Händen."

Auf die erste Seite eines Buches, das mir Dora Maria Tellez geschenkt hat, schrieb sie: "Am Beispiel unserer Revolution kannst Du klar sehen: Bücher an sich existieren nicht. Die Literatur, die Sagen und alles, was uns umgibt, wird vom Volk geschaffen. Es gibt Menschen, die viel wissen. Das ist gut so, doch vermögen sie es nicht immer, die ganze Größe des revolutionären Werktags richtig zu verstehen. Von großer Bedeutung für die Erringung des Sieges ist die revolutionäre Bescheidenheit. Man muß sie sich aneignen." Dora Maria hat diese Wissenschaft — bescheidene, geduldige, aber so notwendige revolutionäre Arbeit zu leisten — gemeistert, gleich Tausenden anderer Nikaraguinerinnen.

N. SMIRNOWA

BEKANNTES UND GEHEIMES

Rund 100 Panzer und Panzerwagen schickten die israelischen Interventen am 2. März gegen das südlibanesische Dörfchen Maarak vor. Wieder Schüsse, Massendurchsuchungen, Razzien und Massenverhaftungen. Das war eine der vielen Strafoperationen der Okkupanten in Südalbanon seit Mitte Februar, mit denen sie den Widerstand der Patrioten brechen wollen. Die Okkupanten haben bei ihrer Politik der eisernen Faust den Terror in Südalbanon verschärft. Sie dringen in Krankenhäuser, Moscheen, Schulen und Bauernhütten ein und demolieren sie.

Die Patrioten lassen sich aber nicht einschüchtern, der Partisanenkampf flaut nicht ab. Der Feind hat nicht wenig Verluste. Übrigens scheint gerade das Tel Aviv zu dem Beschuß vom 3. März genötigt zu haben, das zweite Stadium des Abzugs seiner Truppen zu beschleunigen.

Die Missetaten der Besatzer werden von der Weltöffentlichkeit entschieden verurteilt. Nur von Washington nicht. Am 28. Februar deuteten die USA in der auf Antrag der libanesischen Regierung anberaumten dringenden Sitzung des Sicherheitsrates unmissverständlich an, daß sie bei einem beliebigen Resolutionsentwurf, in dem Israel verurteilt wird, ihr Vetorecht einlegen werden. Die Beiruter Zeitungen schreiben in diesem Zusammenhang, daß sich die USA wieder einmal als Mittäter und Förderer der Verbrechen Tel Avivs entpuppt hätten.

Gerade während des Terrors der israelischen Interventen in Südalbanon und im besetzten Westjordanland sind die Verfechter von Separatarmachungen wieder aktiver geworden. Erneut wird versucht, den Reagan-Plan wiederzubeleben. In diesem Licht sehen ausländische Kommentatoren den Vorschlag des ägyptischen Präsidenten Mubarak von Ende Februar, daß zwischen Israel und einer jordanisch-palästinensischen Delegation, der nicht unbedingt Vertreter der PLO anzugehören brauchten, Direktverhandlungen stattfinden sollen. Washington und Tel Aviv scheinen dafür zu sein. Damit wollen sie ihr Ziel erreichen, den Nahen Osten unter amerikanisch-israelische Herrschaft zu bringen.

A. USWATOW

ZUNDEL ALLEIN SCHULDIG?

In Kanada läuft ein Prozeß gegen Ernst Zundel, den Verfasser eines Buches mit dem Titel "Hitler, wie wir ihn liebten und warum", bekannt auch als Inhaber des größten Vertriebs antisemitischer Schriften. Die Anklage lauft auf Haß und Feindschaft stiftende Desinformations. So z. B. behauptet er, "die Zionisten, Kommunisten und Freimaurer" hätten sich verschworen, eine Weltregierung einzusetzen. Auch leugnet Zundel die massenhafte Ver-

nichtung von Juden während des zweiten Weltkriegs. Laut kanadischem Gesetz hat er zwei Jahre Freiheitsentzug und eine Geldstrafe zu gewärtigen — aber nur, wenn es dem Staatsanwalt gelingt, die tiefgestaffelte Stellung der Verteidigung zu durchbrechen.

Zundels Anwälte wollen nachweisen: erstens, daß keinerlei Massenmorde verübt worden seien; zweitens, daß seine Behauptung durchaus glaubwürdig sei,

und drittens habe Zundel selbst keinen Augenblick an seinen Angaben gezweifelt. Der Staatsanwalt muß allen Ernstes unter Beweis stellen, was alle wissen müßten: die Wahrheit über den zweiten Weltkrieg, darunter auch über die Bestialitäten der Nazis, die Hunderttausende vergasten.

Es geht auf der Welt doch merkwürdig zu, wenn in den einen Ländern die Befreiung des KZ Auschwitz zum 40. Male feierlich begangen und in anderen das

bloße Bestehen dieses KZ in Frage gestellt wird; wenn überlebende Häftlinge dieses KZ mit Tränen in den Augen der Foltern und Krematorien gedenken, während kanadische Zeitungen in ihrer Polemik zur Schuld oder Unschuld Zundels über Nazikrematorien eher rein theoretisch denn als über ein Faktum schreiben. Mehr noch, in Nordamerika wissen viele nicht einmal, daß die UdSSR, die USA und Kanada im Kampf gegen Hitlerdeutschland Alliierte waren. Und daran ist offenbar nicht Zundel allein schuld.

M. TARATUTA

GEGEN ALLE

Schon dur die US-Sen Kompromiß, eine Erhöhung an ruinierte Stellen, den tenberater E Amt des Just gen. Das S 2:1.

Das Weiße Jahr gebra im Senat e Senatori si aber als ihne Mann ange finanzielle Korruption zauderten a der eine suchung"

zwar, daß Mr. Meese g sei, lehnte e ab, es vom S kommentiere fragen sich, werden kann

— der ver in denen fan niert werde befreien;

— der si gegen ein B Rechtsbeistand sperrte;

— der d Bürgerfreiheit lobby nannte

Aber gerad Weißen Haftaft vorzügl die sozial wirtschaftlich Präsidenten. Liam Smith h stes Verdien Einstellung c Zivil- und Str ligion aufred gesagt, das C des Weißen haben. Mee weiter steuer Posten erst in er sich in R Gerichte Be müßten, die gesetzwidrig bracht werden

Und so kommt es denn, daß Artikel 10 des Grundgesetzes, der das Briefgeheimnis garantiert, von 2000 BND-Beamten ständig verletzt wird. Drei von ihnen sind in München, Hopfenstraße 10, Bahnhofpostamt um 7 Uhr morgens "bei der Arbeit" anzutreffen. Täglich außer Sonnabend und Sonntag.

G. GENOW

AUSSER SONNABEND UND SONNTAG

Aus dem Münchner Bahnhofspostamt kamen drei Männer mit schweren Aktenkoffern und Reisetaschen. Auffällig unauffällig blickten sie umher und gingen auf einen unweit parkenden VW Derby mit dem Kennzeichen M-ZT 4338 zu. Nach 20 Minuten erreichten sie Pullach, einen Münchner Vorort, und hielten vor der Zentrale des Bundesnachrichtendienstes (BND). Nachdem das geheimnisvolle Kleeblatt sieben Kontrollstellen passiert hatte, verschwand es mitsamt dem Gepäck hinter der vier Meter hohen Mauer. Bald darauf lief der Betrieb in der Unterabteilung 1D Referat 2 — für Informationen über die sozialistischen Länder — auf Hochtouren. Da mußten Tausende von Briefen und Telegrammen an Bürger der sozialistischen Länder und solche aus der UdSSR, der DDR und anderen Ländern Osteuropas an Bundesbürger aufgebrochen werden.

Wozu schnüffeln Geheimdienstler in Privatbriefen herum? Einem Regierungssprecher zufolge gewannen die BND-Experten aus den Briefen "verteidigungspolitisch relevante Tatsachen". Noch ein Anwalt des BND, das Bundesverfassungsgericht, sagt allen Ernstes, man müsse die Post durchsehen, um die Gefahr eines "bewaffneten Angriffs" rechtzeitig zu erkennen. Deshalb wäre es widersinnig, den Schnüfflern die Durchsicht solcher Privatbriefe zu verbieten. Als ob die "Feinde" ihre Pläne zuerst Bekannten in der BRD mitteilen. Dabei ist es doch ganz klar, daß



Beamte des Bundesnachrichtendienstes bei ihrer verfassungswidrigen Schnüffelei
Foto aus dem "Stern" (BRD)

der BND regelrechte politische Spionage treibt und fortschrittliche Persönlichkeiten der BRD bespitzelt.

Und so kommt es denn, daß Artikel 10 des Grundgesetzes, der das Briefgeheimnis garantiert, von 2000 BND-Beamten ständig verletzt wird. Drei von ihnen sind in München, Hopfenstraße 10, Bahnhofpostamt um 7 Uhr morgens "bei der Arbeit" anzutreffen. Täglich außer Sonnabend und Sonntag.

IN „BESTEN HÄNDEN“

Als Langhorne Motley, Assistent des US-Außenministers für interamerikanische Angelegenheiten, im Februar Chile besuchte, brachte die US-Presse die Nachricht mit anerkennenden Schlagzeilen wie: "Weißes Haus fordert von Pinochet Rückkehr zur Demokratie". Das war unglaublich, schon deshalb, weil die Taten des chilenischen Diktators schwerer als alle schönen Worte von Demokratie wiegen.

Seit General Pinochet 1973 putschte, wurden über 30 000 Chilenen getötet: die einen auf der Straße niedergeschossen, andere zu Tode gefoltert. Vergessen wir nicht: Die US-Regierung verhalf Pinochet zur Macht, und die CIA mischte bei den Vorbereitungen zum Putsch eifrig mit. Das wurde bei speziellen Hearings im US-Kongreß bekanntgegeben, und es wurde erwähnt, daß das Weiße Haus nach vorsichtigsten

Schätzungen 8 Mio Dollar für den Putsch ausgegeben hat.

Hat Washington etwa einen Schreck bekommen, als es sah, wen es ins politische Rampenlicht lanciert hat? Oder beschlossen, bei Reagans Amtsantritt durchzusetzen, daß an die Stelle der faschistischen Diktatur in Chile eine demokratische Regierung treten soll? Weit gefehlt! Die Verbindungen der USA mit dem Pinochetregime sind immer enger geworden, und 10 Jahre nach dem Putsch ist in Washington eine Militärvertretung Chiles, die größte im Ausland, eröffnet worden. Der Leiter einer Abteilung ist General Ackernach, früher Boss der "Zentrale für Verhöre" politischer Häftlinge. James Theberge, der im Frühjahr 1982 neuer US-Botschafter in Chile wurde, hat erklärt, die beiden Länder hätten gemeinsame Ideale und ähnliche Aufgaben.

M. OSSOKIN

THEMENVORSCHLAG VON ...

...der Zeitung "Al Ahram" (Ägypten), die diese Zeichnung so beschriftet: "Warum soll ich weichen, wo ich doch gesiegt habe?" Die "Sieger" müssen es aber, denn der Widerstand in Südlibanon wächst mit jeder Stunde an. Ein großer Partisanenkrieg läuft.



Ende Februar erklärte Verteidigungsminister Rabin: Falls jemand gehofft haben sollte, daß der Widerstand im Libanon allein durch den Krieg gebrochen werden könne, so habe er sich geirrt. Ein bißchen spät ist dem Kriegsminister ein Seufzender aufgegangen. Hatte er etwa erwartet, daß die Libanesen die Okkupanten mit offenen Armen aufnehmen werden? Die israelische Viktoria ist am ganzen Körper bandagiert. Hier ein paar Angaben der Zeitschrift "Middle East International" (London): Die Besetzung des Südlibanon hat über 600 israelischen Soldaten das Leben gekostet. Tausende sind verwundet worden, und die Staatskasse Tel Avivs mußte für die Aggression täglich 1 Mio Dollar herausrücken. Man kann also die jetzige Situation im besetzten Teil des Libanon einen Pyrrhussieg der Israelis und ihren "freiwilligen" Abzug eine gewöhnliche Flucht nennen.

„UNTERWASSERSPORT“

Fischer aus der Siedlung Karlskrona (Schweden) haben von der Regierung Ersatz für den ihnen bei der vorjährigen "Jagd nach U-Booten" zugefügten Schaden gefordert. Zwei Monate konnten sie nicht fischen, weil die schwedische Marine in den Küstengewässern ihrem "Unterwassersport" nachging.

Das hat sie gründlich getan: Sie hat so manches Dutzend Wasserbomben gezündet, und Fische kamen tonnenweise, die Bäuche nach oben, an die Oberfläche. Wurden die Fischer durch die Operation der Marine schwer geschädigt, so hatte sich die Sache für das Militär gelohnt. Man fand das Gerippe eines alten Autos, das es für ein feindliches U-Boot gehalten hatte. Noch mehr, Noch ein paar Wasserbomben...



...und die "abgeschossenen" Fische werden reichen, die ganze schwedische Marine zu versorgen

Foto aus: "Dagens Nyheter" (Schweden)

beim Donnern der Bombenexplosionen setzte die Marine mühelos zusätzliche Etaubewilligungen durch.

Gelitten haben nicht nur die Fischer aus Karlskrona, sondern alle, die Geld nicht für Bomben, sondern für Kindergärten, Schulen und Beihilfen wollen. Die Sozialleistungen wurden automatisch gekürzt. Es wäre durchaus logisch, die Marine auf Schadenersatz zu klagen.

Allerdings besteht dabei eine Gefahr. Wenn angedeutet wird, daß die Militärs weniger Geld bekommen werden, können sie gekränt wieder unter Wasser verschwinden, bis überhöhte Bewilligungen bereitgestellt werden.

O. JURJEW

ACHTUNG! UMWELTTERROR

Die Tragödie von Bhopal ist noch nicht zu Ende. Bis heute leiden etwa 70 000 Menschen in der Stadt an den Folgen der Katastrophe. Nach Ansicht der Ärzte sind die Kinder von Müttern, die mitvergiftet worden waren, zu langsamem Sterben verurteilt. Die Betroffenen verlangen, daß die Union Carbide ihnen wenigstens eine Entschädigung zahlt. Aber vorläufig hat sie den Menschen, die durch die Schuld der Firma schweren gesundheitlichen Schaden erlitten haben, eine lachhafte Summe — ein Dollar pro Person — bereitgestellt. An den Betriebsmauern liest man die Lösungen: "Nieder mit

dem US-Imperialismus!", "Schande über die Vergiften!" Die Asche der in Bhopal Ermordeten pocht an die Herzen von Millionen Menschen.

140 nichtgouvernementale Organisationen aus 63 Entwicklungsländern sind mit der Initiative hervorgetreten, am 12. März einen Bhopal-Tag durchzuführen. In ihrem diesbezüglichen Schreiben an die UNO fordern sie die Länder der Welt auf, Gesetze zu erlassen, die es ermöglichen würden, westliche Monopole für die Vergiftung von Mensch und Natur zur Verantwortung zu ziehen.

Viktor GUSTSCHIN

Nach der von der Union Carbide verursachten Katastrophe in Bhopal wird diese indische Stadt "Gaswagen" oder "Mini-Hiroshima" genannt. Somit werden die tragischen Ereignisse, in deren Folge Zehntausende Menschen Schaden erlitten haben, in die Reihe der schwersten Verbrechen des Imperialismus an der Menschheit eingestuft: nicht nur deshalb, weil die Tragödie überall in der Welt großen Schmerz auslöst, sondern auch, weil das Verbrechen der Union Carbide in Indien nur ein Teil des gigantischen und überaus grausamen Verbrechens ist, das der gegenwärtige Imperialismus täglich, ständig, ununterbrochen begeht.

Niemand soll sich über die heuchlerischen Sprüche der an der Katastrophe Schuldigen täuschen lassen, der Unfall sei Ergebnis eines "unglücklichen Zusammentreffens von Umständen", einer "Unterlassungssünde des Personals" oder eines anderen, von den Inhabern des Konzerns nicht abhängenden Grundes. Die Katastrophe hat ihre Logik. Genau so rauben die US-Konzerne Arbeitern und Angestellten das Leben, die in ihren Betrieben bei Vergiftungen, Unfällen oder Berufskrankheiten umkommen. In nur einer Nacht wurden in Bhopal 2500 Personen getötet. Aber so groß diese Verluste auch sind, bilden sie nur einen Bruchteil jener Opfer, die die Völker alljährlich dem kapitalistischen Moloch bringen müssen. In den Entwicklungsländern allein erkranken oder sterben infolge der lebens- und gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen 25 Millionen Menschen jährlich.

Noch bevor die Ursachen der Tragödie von Bhopal festgestellt wurden, erinnerte die indische und internationale Presse daran, daß schon 1977 in der französischen Filiale der Union Carbide in Beziers tödliches Methylisozyanat entwich. Nach der Untersuchung in Bhopal 1982 wiesen indische Fachleute den Konzerninhabern mindestens 10 Ausrüstungsdefekte nach, von denen jeder hätte einen Unfall verursachen können. Die Mahnungen wurden in den Wind geschlagen. Bei einem Jahresumsatz von 10 Md. Dollar hielt es der Konzern für zu aufwendig, noch Geld für Sicherheitsmaßnahmen auszugeben.

Wie außerdem S. Vardarajan, Leiter des indischen Rats für industrielle und wissenschaftliche Forschungen, mitteilte, geschah die Tragödie deshalb, weil die Union Carbide in verbrecherischer Weise gegen die Normen der Produktion und Lagerung von Methylisozyanat verstößen hatte. Wie sich herausstellte, produzierte der Konzern entgegen den geltenden Regeln nicht relativ harmloses handelsübliches, sondern reines, konzentriertes Methylisozyanat, um die vorhandenen Gasbehälter wirksamer nutzen zu können. In diesem Fall wird hochgiftiges Phosgen beigemischt, das die Polymerisation des reinen Methylisozyanats verhindert. Das Fassungsvermögen der Behälter konnte tatsächlich erhöht werden, aber auch die Gefährlichkeit eines Ausbruchs stieg auf das 3000fache. Wenn die Behälter gewöhnliches, nicht mit Phosgen vermischt Gas enthalten hätten, wäre für seine

Aktivierung das Eindringen von etwa 1,5 t Wasser erforderlich gewesen. Zur katastrophalen Reaktion genügten durch das Phosgen 500 Gramm.

S. Vardarajan verwies auch darauf, daß das Kontrollsysteem für den Flüssigkeitsstand im Behälter mit der tödbringenden Mischung außer Betrieb und das Kühlssystem beschädigt war. Das sind bei weitem noch nicht alle Störungen, die den Unfall auslösten. T. Khoshoo, Direktor des indischen Amtes für Umweltschutz, ergänzt die Ausführungen seines Landsmanns: "Der Umgang mit einem dermaßen gefährlichen Gas ist in der ganzen Welt automatisiert und computerkontrolliert, und nur in Indien geschah das manuell, denn die Konzerne finden bei uns zahlreiche billige Arbeitskräfte."

Gewisse Leute reagieren darauf mit hilflosem Achselzucken: Da könne man eben nichts tun, Indien begleiche seine Rechnung für die Zivilisation. Das war z. B. die Meinung der amerikanischen "Baltimore Sun" zu den Ereignissen in Bhopal. Welche Zivilisation und welche Rechnung? Jene Zivilisation, der die Menschen keinen Groschen wert sind, wenn sie nicht zwei Groschen hergeben? Oder jene Rechnung, nach der man nicht nur am Leben, sondern auch am Tod von Menschen verdient und sich dreht und wendet, nur um nicht die gebührenden Entschädigungen für verursachte Körperschädigungen und vernichtete Leben zu zahlen? Das führt die Union Carbide vor Augen. Ein Dollar je Geschädigten — das ist der Preis eines Menschenlebens in

jener Zivilisation, in deren Namen die US-Monopole agieren.

In den USA dürfen Betriebe für die Produktion von Methylisozyanat nicht in unmittelbarer Nähe von Ortschaften gebaut werden. In Großbritannien wurde das Verbot, diesen Giftstoff in großen Mengen herzustellen und zu lagern, schon vor zehn Jahren erlassen. Aber wenn etwas in den "Mutterländern" verboten ist, muß das noch nicht unbedingt für alle Länder gelten.

Die amerikanische Massenorganisation "Public Advocates", die die Interessen der Konsumenten vertritt, veröffentlichte 1981 einen Bericht mit konkreten Beispielen dafür, daß US-Gesellschaften jahraus, jahrein Tausende Tonnen Chemikalien, Pharmaka und Agrarzeugnisse, die in den USA selbst nicht verkauft und benutzt werden dürfen, nach Asien, Afrika und Lateinamerika exportieren. Der Bericht zählt 350 solche Erzeugnisse im Gesamtwert von einer Milliarde Dollar auf. Aber die Entlarvung der Operationen beim "Export des Todes" macht den US-Gesellschaften nichts aus. Sie stellen ihr verbrecherisches Geschäft nicht etwa ein, sie erweitern es. Unter Hinweis darauf schrieb die italienische Zeitschrift "Panorama" nach der Tragödie in Bhopal: "In den vergangenen Jahren haben transnationale US-Konzerns Tonnen von Erzeugnissen (darunter viele für landwirtschaftliche Anwendung), die von den amerikanischen Behörden verboten sind, in die dritte Welt exportiert. Als der US-Kongress die-

sen Export verboten hatte, verlegten sich die Multis darauf, entsprechende Betriebe im Ausland, vor allem in Asien, zu bauen."

So auch die Union Carbide. Vor 4 Jahren verlegte sie die Produktion von Schädlingsbekämpfungsmitteln auf der Basis einer gefährlichen Technologie nach Indien. Ein Jahr später teilte die amerikanische "Newsday" mit, in dem vom Konzern in Cimanggis (Indonesien) gebauten Chemiebetrieb hätten 420 von 750 Arbeitern eine Nierendysfunktion als Folge der giftigen Dämpfe, die im Produktionsprozeß auftraten

Kurz vor der Tragödie in Bhopal hörte die Welt voller Empörung von einem weiteren Massenmord, diesmal einem vom US-Konzern Dow Chemical verursachten. Jahrelang hatte er im Amazonasbecken mit chemischen Giftstoffen experimentiert. Das Ergebnis: 2228 Menschen tot, Vernichtung der Tier- und der Pflanzenwelt auf einem Areal von 9000 Quadratkilometern.

Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation nehmen die Unfallhäufigkeit und die Sterblichkeit als Folge von Betriebsunfällen in den Entwicklungsländern um 5% im Jahr und darüber zu. Der Grund ist, daß die aus den kapitalistischen Ländern importierten Ausrüstungen und Technologien in der Regel keine Kontrolle über Schutzmaßnahmen vorsehen.

Dadurch zeichnen sich nicht nur aus den westlichen Ländern importierte Werkzeugmaschinen und Anla-

gen für die Industrieproduktion, sondern auch Chemikalien für die Landwirtschaft aus. Wie es im IAO-Bericht heißt, kommen in den Entwicklungsländern bei landwirtschaftlichen Arbeiten alljährlich 33 000 Menschen um, weitere 8 Millionen ziehen sich eine Vergiftung oder eine Körperschädigung zu.

Der Dollar hat keine Heimat

Nach den Ereignissen in Bhopal beeilten sich Vertreter der Union Carbide, den Amerikanern zu versichern, so etwas sei in Amerika unmöglich, sie würden die Sicherheit ihrer Mitbürger wie ihren Augapfel hüten. Das hat kaum jemanden überzeugt. Mit einem mußten die Amerikaner daran denken, daß Chemiekonzerne nicht nur in der dritten Welt, sondern auch unmittelbar in den USA über 100 000 Stoffe herstellen, die nicht minder giftig sind als das Gas in Bhopal, und Millionen US-Bürger fühlten sich als potentielle Opfer eines ebensolchen oder noch größeren Unglücks.

"Vergiftete Stadt": So betitelte die Zeitschrift "India Today" dieses Foto. Die Toten sind tot, aber auch die Überlebenden von Bhopal haben eine traurige Zukunft. Nach Meinung von Dr. med. R. H. Bisarya, Oberbürgermeister von Bhopal, werden sie bis zu ihrem Lebensende an Komplikationen der Vergiftung leiden



Ein hochgestellter Mitarbeiter des amerikanischen Amtes für Umweltschutz, der seinen Namen nicht genannt haben wollte, sagte kurz und bündig: "Was in Indien geschehen ist, kann in den USA jeden Augenblick eintreten. Jedenfalls ist es uns noch nie gelungen, wirklich effektive Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten und der Einwohner der Gebiete unmittelbar um große Chemiewerke treffen zu lassen. Wer etwas anderes behauptet, muß lügen."

Vor 10 Jahren sah sich die Regierung gezwungen, unter dem Druck der Öffentlichkeit gewisse Maßnahmen zur Kontrolle der Sicherheitstechnik zu treffen. Aber seit die Republikaner unter Reagan an der Macht sind, gibt die Administration

In seiner jüngsten "Botschaft über die Lage der Nation" verkündete der US-Präsident feierlich: "Wir werden auch künftig unsere Naturreichtümer schützen und erneut Bereitstellungen sowie höhere Summen für das Superfund-Programm erwirken, um auch weiter die gefährlichen Mülldeponien zu beseitigen, die die Gesundheit des Menschen und die Umwelt bedrohen." Worte, Worte... In Wirklichkeit sieht die Sache anders aus. Im Haushaltsentwurf für 1986, den die Washingtoner Regierung dem Kongreß zur Bestätigung unterbreitet hat, sind die Bewilligungen für den Schutz von Umwelt und Naturreichtümern gegenüber dem Vorjahr um weitere 7% verkürzt worden.

Wie die "New York Times" meldete, sind in den USA heute über

Erzeugnisse, von denen man nie im voraus weiß, wie sie auf die Gesundheit der Menschen einwirken werden. Außerdem sind nicht nur Industriebetriebe eine Vergiftungsquelle, sondern auch ganze Berge chemischer Abfälle, die sich nach wie vor überall ansammeln. Gegenwärtig haben die USA bereits 1700 Depots von Industriegiften. Die Menge der chemischen Abfälle nimmt um rd. 400 Mio t im Jahr zu. Wir wissen nicht mehr, wie wir sie loswerden sollen."

Es ist deshalb nicht überraschend, wenn die Gefahr, in der die Amerikaner leben, sich immer häufiger bemerkbar macht: durch Gasauströmen, Explosionen, Brände und steigenden Strahlungsgrad. Noch werden solche "Zwischenfälle" als begrenzt abgetan. Ja, noch können sie sich nicht mit Katastrophen vergleichen, von denen Tausende Menschen in den Entwicklungsländern hinweggerafft werden. Wer weiß aber, wie lange sich das Todesgeschäft in Grenzen hält, die seine Handlungsfreiheit auf eigenem Territorium einengen?

West Virginia, USA. Hier haben sich mehr als 10 transnationale Chemiekonzerne etabliert. Schon seit langem heißt diese Gegend "Todesatal". Zum Ausströmen von Gas und anderen Giftstoffen kommt es so oft, daß die Presse das gar nicht mehr meldet, so gewohnt ist es. Zur Routine wird allmählich auch die Evakuierung der Einwohner bei Gefahr der Vergiftung durch Gas oder andere Gifte.

Das Todesatal ist bei weitem nicht der einzige Ort in den USA, wo die Menschen systematisch umkommen oder eine Vergiftung erleiden. So mußten die Bewohner der Siedlung Times Beach, Missouri, ihre Häuser verlassen, nachdem die Wasserversorgungsquellen mit Dioxin verseucht worden waren, das in einem der dortigen Chemiewerke produziert wird (ganz richtig, jenes Dioxin, das im Amazonasbecken getestet wurde). Die Einwohner von Los Paseos, einer anderen amerikanischen Siedlung, in Kalifornien, dem heimatlichen Bundesstaat des derzeitigen Präsidenten, zogen sich akute Vergiftungen zu, nachdem ein Betrieb der Fairchild Camera and Instrument chemische Lösungen einfachheitshalber in einen Brunnen mit Trinkwasser abfließen ließ. Wie Ärzte feststellten, haben viele Kinder in der Siedlung schwere angeborene Le-



dem Druck der Konzerne nach und hebt eine Beschränkung nach der anderen auf.

In den letzten 4 Jahren mußte der Stellenplan des Amtes für Umweltschutz um ein Drittel abgebaut werden, 3 Direktoren wurden abgelöst, dafür konnten viele derjenigen, die auf ihren Posten geblieben waren, des Empfangs von Bezeichnungsgeldern und sonstigen "Gaben" überführt werden. Diese wurden ihnen zuteil, weil sie "elastischere" Normen für die Wasser- und Luftreinigung und für die Lagerung von Produktionsabfällen festzusetzen wußten. Die Bewilligungen für Maßnahmen zum Umweltschutz gehen ebenfalls zurück. Allein im laufenden Jahr haben sie sich gegenüber 1980 um 40% vermindert.

Auch Vögel kommen um. Diese Möwen sind Opfer der Umweltverschmutzung des Raums um die Ostfriesischen Inseln durch westdeutsche Erdölgesellschaften
Foto: DPA-TASS

600 000 Behälter mit giftigen Chemikalien gelagert. Fast in jedem vierten davon kommt es zu einem Entweichen. Außerdem bestehen ausgedehnte, durch gefährliche Abfälle, die ohne jede Kontrolle auf 50 000 Mülldeponien landen, vergiftete oder verseuchte Gebiete.

Michael Brown, der Autor des Buches "Die Vergiftung Amerikas", schreibt: "Es fällt immer schwerer, die Vergiftung zu kontrollieren, da das ohnehin breite Spektrum von Giften im Durchschnitt um 1000 Arten im Jahr zunimmt. All das sind

den als Folge dessen, daß ihre Eltern eine Vergiftung hatten.

Nach Expertengutachten haben Massenvergiftungen im Produktionsprozeß in den US-Betrieben heute wirklich katastrophale Ausmaße angenommen. In einem Bericht über die Lage in Chemiewerken, den eine Forschungsgruppe von US-Gewerkschaften im Rahmen des Programms "Arbeiterpolitik" vorbereitet, sind folgende Angaben enthalten: An Vergiftungen und Berufskrankheiten sterben in den USA im Durchschnitt bis zu 100 000 Arbeiter und Techniker im Jahr. Der Direktor des Programms, Tony Mazzocchi, sagt: "Diese endlose Katastrophe könnte ihren Ausmaßen nach selbst die größten Tragödien in den Schatten stellen." Ja, auch die in Bhopal und am Amazonas.

Am 24. Januar wurde ein Archivdokument der Union Carbide publik gemacht. Wie sich herausstellt, kam es in den Betrieben des Konzerns, darunter in den USA, ständig zum Ausströmen von Gas. Die Öffentlichkeit wurde nur deshalb nicht informiert, weil Rettungstruppen jedesmal große Katastrophen abwenden konnten. Einer solcher Fälle, der viele Rettungsmannschaften alarmierte, ereignete sich in einem Chemiebetrieb in West Virginia nur 3 Monate vor der Katastrophe in Bhopal. Fachleute setzten die Führung des Konzerns davon in Kenntnis, daß die unterirdischen Behälter im Werk seit langem nicht mehr überprüft worden und Behälter mit Giftstoffen beschädigt waren; wäre Nässe eingedrungen, käme es sofort zu einer stürmischen chemischen Reaktion. Als Sprecher des Konzerns versprach Mr. Browning die notwendigen Maßnahmen. Hat der Konzern sein Versprechen eingelöst? Sieht nicht so aus. Sonst hätte er wohl kaum die Arbeit in seinem Betrieb in West Virginia gleich nach Bhopal eingestellt.

Die Vergifter des Planeten

Schon im vorigen Jahrhundert schrieb Friedrich Engels: "... schließlich sind Natur und Geschichte die beiden Komponenten, durch die wir leben, weben und sind." Deshalb ist es besonders alarmierend, daß heute diese beiden Komponenten unserer Lebenswelt durch die Schuld des Imperialismus in Todesgefahr schweben. Die nukleare Hochrüstung, die die USA auch noch auf den Weltraum ausdehnen wollen,

könnte mit der Geschichte der Menschheit Schluß machen. Das gleiche erwartet die Menschen, wenn sie es nicht vermögen, die katastrophale Umweltverschmutzung aufzuhalten. Auch bei diesem Amoklauf zur Schwelle der ökologischen Katastrophe stehen die USA an der Spitze.

Wissenschaftler haben errechnet, daß bis zum Jahr 2000 der Auswurf von Abgasen in die Atmosphäre bei mehr als 50 Md. t im Jahr liegen wird; bei festen Stoffen werden es 721 Mio t, bei festen anorganischen Abfällen, die den Boden verseuchen, 15 Md. t und bei den Abprodukten der Erdölindustrie 244 Mio t sein. Der Gesamtumfang des durch industrielle und häusliche Abwässer verschmutzten Wassers soll den unvorstellbaren Wert von 9500 Md. t erreichen. Hinzugefügt sei, daß die Menschheit infolge ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit alljährlich 50 000–70 000 Quadratkilometer fruchtbare landwirtschaftliche Nutzflächen verliert und daß die Wälder von der Erde mit einer Geschwindigkeit von 6 Mio ha im Jahr verschwinden. Die Menge des freien Luftsauerstoffes vermindert sich alljährlich um 10–12 Md. t, und diese Verluste sind unumkehrbar.

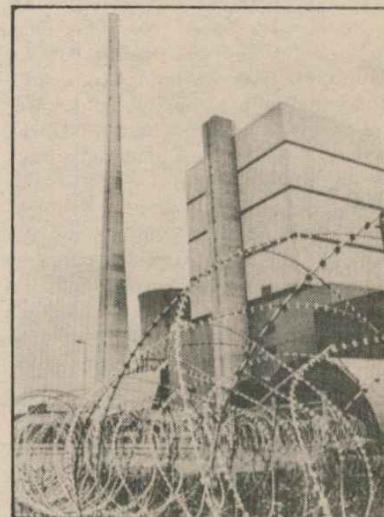
Wenn die Vergiftung unseres Planeten in diesem Tempo weiter geht, wird die Menschheit sehr bald keinen Platz zum Leben, keine Luft zum Atmen, keine Nahrungsmittel und kein Trinkwasser haben. Gewiß, die Umweltverschmutzung wird leider nicht nur von jedem Land, sondern auch im Grunde von jedem Menschen verursacht. Aber schon heute ist es weit bekannt, daß der Kapitalismus die Hauptschuld an dem Schaden, der der Erde zugefügt wird, trägt. Auf der Profitjagd ist er bereit, selbst die Lebensumwelt zu vernichten.

Doch können die Völker einem solchen Selbstmord nicht tatenlos zusehen. Staatsgrenzen bedeuten für das Umweltmilieu nichts. Die Erde ist das gemeinsame Heim aller Völker, und nur mit gemeinsamen Anstrengungen können wir es sauberhalten. Wie ist das jedoch zu erreichen, wenn sich die kapitalistischen Länder, vor allem die reichsten und höchstentwickelten, sehr wenig um die Erhaltung der Natur, die Sauberkeit von Boden, Meeren, Ozeanen, Flüssen und Seen kümmern, alles ringsum zugrunde richten, das Weltmeer in einen Abflußgraben und das Luftbecken in eine giftige Gas-

kammer verwandeln? Hier Angaben des "Klubs von Rom", einer internationalen nichtgouvernementalen Organisation, die sich zu den Normen und Prinzipien des kapitalistischen Seins alles in allem kulant verhält: 63% des Gesamtumfanges der Umweltverschmutzung entfallen auf die führenden kapitalistischen Länder, davon die Hälfte auf die USA.

Unlängst wurde nach einer in mehr als 100 Städten der USA durchgeführten Untersuchung nur die Atmosphäre in Honolulu, Bundesstaat Hawaii, als "hundertprozentig für das Atmen geeignet" befunden. Amerika war entgeistert, nicht minder als bei der Meldung, daß der von brennbaren Abfällen übersättigte amerikanische Fluß Cuyahoga entflammt war.

Die amerikanischen Konzerne tragen die Verantwortung nicht nur für das Entflammen von Flüssen, sondern auch für die Vergiftung der Großen Seen. Die Chemiekonzerne der USA leiten täglich über 1500 kg Giftstoffe in den Niagara allein ab. Von dort



Das Kraftwerk in Buschhaus (BRD), das ohne Reinigungsanlagen in Betrieb genommen wurde, bekommt nun einen Stacheldrahtverhau, damit keine protestierenden Manifestanten auf das Gelände eindringen. So sieht heute eine neue Front im Kampf zwischen Mensch und Kapital aus

Foto: UPI-TASS

werden sie in den Ontariosee geschwemmt, der schon außerhalb der USA, im benachbarten Kanada, liegt. Eine in Kanada gegründete Ad-hoc-Kommission, die die Folgen der Verschmutzung des Ontariosees und der anderen Seen durch chemische Abfälle aus amerikanischen Betrieben

erforscht, kam zu dem Schluß, daß gegenwärtig 6 Millionen Kanadier in der Gefahr schweben, sich eine Vergiftung durch das Trink- und Brauchwasser, das sie aus den Großen Seen schöpfen, zuzuziehen.

Zu den oberirdischen Verschmutzungen, die die USA in letzter Zeit so freigiebig verbreiten, sind in den letzten Jahren die sogenannten sauren Regen gekommen. Sie entstehen über dem US-Territorium, werden aber vom Wind in andere Länder getragen. Die kanadische Regierung sah sich gezwungen, warnend zu erklären: Falls amerikanischerseits die weitere Zuspitzung des "ernsten ökologischen Problems" nicht verhindert wird, könne das die zwischenstaatlichen Beziehungen negativ beeinflussen.

Kanada ist bei weitem nicht das einzige Land, das den ökologischen Druck des übermächtigen Vergifters zu spüren bekommt. Mit Grauen erinnert man sich in Frankreich bis heute an die "größte Umweltkatastrophe Europas", als 1978 vor seiner Küste der amerikanische Tanker "Amoco Cadiz" versunken war. Etwa 220 000 t Erdöl ergossen sich ins Meer, auf einem breiten Küstenstreifen wurde alles Leben vernichtet. (Ins Meer ausgegossen, bilden 100 l Erdöl einen ein Quadratkilometer großen verderblichen Ölteppich.) Wie Wissenschaftler errechneten, genügen 10–12 solche Katastrophen, um das Leben der Hydrosphäre unseres Planeten völlig zu vernichten. Und das ist durchaus möglich, bedenkt man, daß alljährlich 150–160 Schiffe auf See Schiffbruch erleiden bzw. eine Leckage haben und daß viele dabei Behälter mit Chemikalien bzw. Erdöl an Bord haben.

Einmal schlägt das Unwetter ein

Man sollte meinen, an Fakten, die den Imperialismus als einen böswilligen Vergifter entlarven, mangelt es nicht. Dennoch nimmt ihre Zahl täglich zu. Berichtet wird aus verschiedenen Weltteilen. Die "Washington Post" meldet, die Union Carbide wolle in Bhopal eine neue Chemiefabrik bauen. Ob diese Pläne realisiert werden, weiß man noch nicht, jedenfalls bestehen die Inhaber auf der Wiederaufnahme der "normalen" Arbeit in dem nach dem Unfall geschlossenen Betrieb. Nach Ansicht von Experten ist die Möglichkeit einer erneuten Ka-

tastrophe nicht ausgeschlossen. Doch der Konzern will nicht warten.

Indische Ärzte teilen mit, daß die Union Carbide ihnen die Behandlungsmethoden für die Vergiftung mit dem hochgiftigen Gas von Bhopal vorenthalte. Nach Meinung der indischen Presse erklärt sich eine dermaßen unmenschliche Haltung daraus, daß das Pentagon für Gasvergiftungen besonderes Interesse zeigt. In der indischen Zeitung "Patriot" lesen wir, gewisse US-Ämter seien daran interessiert, die Folgen der Methylisozyanat-Vergiftung zu erforschen. Das Unglück in Bhopal gebe den US-Experten für chemische Waffen ein "ideales Versuchsgelände", um sich die Folgen von Gasangriffen zu vergegenwärtigen.

In der schwedischen Stadt Karlskoga, 240 km westlich von Stockholm, kam es am 12. Januar in einem Betrieb des gigantischen Rüstungskonzerns Bofors zum Ausströmen von 30 t Giftgas. Es wurde für die Produktion von Sprengstoffen verwendet. Als das Gas in die Häuser zu sickern begann, wurden Hunderte Einwohner evakuiert. Einigen, mit Verbrennungen der Augen und der Atemorgane, mußte ärztliche Soforthilfe erwiesen werden. Viele der in Mitleidenschaft Gezogenen erinnerten sich daran, daß sich die Firma Bofors nur einige Monate früher als "die in bezug auf Technologie, Arbeits- und Umweltschutz modernste Sprengstoffgesellschaft der Welt" gepriesen hatte.

In London wurden Geheimdokumente bekannt, die von dem Vorhaben der Toryregierung zeugen, die Produktion chemischer Waffen wieder aufzunehmen. Die Entscheidung wurde selbst vor den nächsten Verbündeten geheimgehalten. Vor allem aber vor den Engländern selbst. Man wollte sie nicht mit der Nachricht belästigen, daß sie von nun an in unmittelbarer Nähe eines tödbringenden Giftstoffes leben würden.

Proteste wogten über mehrere Länder Südostasiens, als die Absicht Japans bekannt wurde, im Ozean, möglichst weit von der eigenen und möglichst nah an eine fremde Küste Behälter mit radioaktivem Müll, der sich in den letzten 20 Jahren angehäuft hat, "endzulagern". Die Aktion mußte vorläufig aufgeschoben werden. Ob für lange?

Hier sind Ereignisse nur einiger der letzten Wochen aufgezählt. Wie viele

ähnliche Ereignisse stehen noch bevor, zieht man die Profitsucht der Anbeter des Goldenen Kalbes in Betracht! Wie schon Karl Marx im "Kapital" von ihrer Psyche schrieb, "weiß jeder, daß das Unwetter einmal einschlagen muß, aber jeder hofft, daß es das Haupt seines Nächsten trifft, nachdem er selber den Goldregen aufgefangen und in Sicherheit gebracht hat".

Nein, an jene, bei denen die Profitsucht stärker ausgeprägt ist als der Selbsterhaltungstrieb, sind keine Hoffnungen auf die Rettung zu knüpfen. Allmählich kommen viele zu dieser Einsicht. Schon nicht einmal Hunderttausende, sondern Millionen Menschen sehen, daß die Ausbreitung von Krankheiten, die Verknappung an Wasser und Lebensmitteln, das katastrophale Anwachsen von Vergiftungen und Betriebsunfällen kein einfaches Übel sind. Sie sind ein soziales Übel.

Nach und nach entdecken die Massen für sich, daß die antagonistische Gesellschaft, in der sie leben, einen völlig neuartigen Raub erfunden hat: Ihnen werden die reine Luft und klares Wasser, die helle Sonne und das grüne Gras, die Gesundheit und die Möglichkeiten zur körperlichen und geistigen Entwicklung genommen. Die Umweltkrise wirft ein neues Licht auf die alten ökonomischen, sozialen und politischen Probleme des Kapitalismus. Dieses Licht hat eine Masse Menschen unterschiedlicher sozialer Zugehörigkeit und mit verschiedenen ideologischen Überzeugungen auf den Weg aktiven Kampfes gegen die Geschwüre der Ausbeuterordnung geführt. Seinen Niederschlag findet das in einer breiten, wenn auch noch nicht voll entfalteten Protestbewegung gegen die Politik und Praxis des kapitalistischen Umweltterrors. Der französische Wissenschaftler Philippe Saint Marc sagte aus diesem Anlaß: "Es wäre ein sonderbarer Irrtum zu glauben, daß man die Natur erhalten und zugleich das Wirtschaftssystem, das sie zerstört, unverändert lassen kann."

Will die Welt überleben, so muß sie ein Gewitter über sich ergehen lassen. Aber nicht jenes Unwetter, dem der Goldregen mit Einsprengseln von Blut und Schweiß vorausgeht. Die Welt braucht ein reinigendes Gewitter, das sich über unserem Planeten in lebenspendenden Strömen der sozialen Erneuerung ergießt.

Nach dem XXV. Parteitag der Französischen Kommunistischen Partei

KONTINUIERLICHER KURS

Vitali GUSSENKOW

Dieser Parteitag war einer der schwierigsten in der Geschichte der FKP. In den letzten Jahren hatte sie manche politische Niederlage hinnehmen müssen. Ihr Einfluß hat etwas abgenommen. Auf dem Parteitag waren die Antworten auf die Fragen zu geben, die die meisten Kommunisten bewegen, sollten Lehren aus der vergangenen Periode gezogen und der Partei eine Perspektive des Handelns aufgezeigt werden.

Die Klassenfeinde der Kommunisten hatten sich gleichfalls auf den Parteitag vorbereitet. In der Diskussion vor dem Parteikongreß und besonders an dessen Vorabend entfesselten die bürgerlichen Massenmedien, darunter die von der Regierung kontrollierten, eine verstärkte antikommunistische Kampagne. Die Zeitungen "Le Monde", "Le Matin", "Libération", "Figaro" und andere schrieben von einem "historischen Untergang" der FKP, von deren "Agonie", davon, daß die Partei schon keine bedeutende politische Kraft mehr sei. Ihren Beitrag zu der unwürdigen Kampagne leisteten auch die führenden Politiker der Sozialistischen Partei (FSP).

Tiefe Analyse

Im Mittelpunkt der Reden — und die Zahl der Redner schlug alle Rekorde — standen die Probleme der französischen Gesellschaft. Es wurde konstatiert, daß das Land eine tiefe Krise durchmacht, die alle Bereiche des Lebens und auch die staatlichen Einrichtungen erfaßt hat. Diese Krise ist international, von ihr ist das gesamte kapitalistische System betroffen. Konkrete Tatsachen wurden angeführt: Mehr als 2,5 Millionen Franzosen sind arbeitslos. Teuerung und Inflation nehmen zu. Ganze Industriezweige werden ruiniert. Viele Probleme gibt es im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie bei der Kaderausbildung. Die Auslandsschulden wachsen, was das Land in Abhängigkeit von mächtigeren Staaten — USA, BRD, Japan — bringt.

Im Rechenschaftsbericht von FKP-Generalsekretär George Marchais und in anderen Reden wurde betont, daß sich die Krise seit 1981, als die Regierung von der FSP übernommen wurde, noch weiter verschärft hat. Die Delegierten äußerten besondere Besorgnis über die vom Kabinett Fabius verfolgte "Modernisie-

rung" der Industrie. Der Vertreter des Départements Seine-Maritime, Didier Caillard, unterstrich, daß unter dem Vorwand der Modernisierung Hunderte von Arbeitern des Renault-Automobilwerkes entlassen wurden. Zugleich verstärken die Konzernbosse bei der Jagd nach Superprofiten weiterhin ihre Investitionen — doch nicht in Frankreich, sondern im Ausland, insbesondere in den USA.

Von der schweren Lage in Heraut berichtete der Kommunist Michel Passet. In diesem kleinen südlichen Département gibt es 50 000 Arbeitslose, Davon fast die Hälfte Jugendliche unter 20. Ein Delegierter aus der Bretagne, Patrick Le Hyaric, berührte Probleme der Bauern. Jedes Jahr müssen allein in dieser Region 20 000 bis 30 000 bäuerliche Betriebe aufgeben. Heute gibt es nur noch halb so viele Bauernhöfe wie vor 30 Jahren. Das ist der Preis, den die Bauern für die EG-Politik zahlen.

Die Redner kritisierten scharf die Austeritätspolitik der Regierung Fabius.

Einheit und Kampf. Die Lösungen des Parteitages der Kommunisten sind die Lösungen der Werktagen, die ihre Rechte verteidigen: "Gebt uns Arbeit!" fordern die Beschäftigten des CAKM-Konzerns

Foto aus: "La Vie Ouvrière" (Frankreich)

Nach Meinung der Kommunisten illustriert sie die sozialdemokratische Herrschaft im Interesse des Großkapitals.

Der Parteitag erarbeitete ein umfassendes Programm von Antikrisemaßnahmen. Sie sollen ein stabiles Wirtschaftswachstum, eine Modernisierung der Industrie unter Berücksichtigung vor allem der Interessen Frankreichs und den Ausbau des Binnenmarktes ermöglichen. Die FKP schlägt eine progressive Steuerreform vor, die die Allmacht der Großunternehmer beschränken und die Verschleuderung der nationalen Ressourcen beenden würde. Konkrete Maßnahmen für den Schutz der Interessen der Werktagen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Demokratisierung der staatlichen Einrichtungen wurden vorgeschlagen. Diese Vorschläge der FKP beruhen auf der realen Einschätzung der Lage im Lande.

Eine andere Schlüsselfrage ist, wie man die Werktagen für die Lösung dieser Aufgaben mobilisieren kann. Die Delegierten sprachen sich für die Schaffung einer "neuen Sammlung der Mehrheit des Volkes" aus, für eine breite Koalition der Kräfte, die für eine tiefgreifende antikapitalistische Umwandlung, für den "Sozialismus französischer Art" eintreten, den die FKP als ihr Endziel bezeichnet. Hauptteilnehmer der "neuen Sammlung" sollen die Volksmassen sein. Das wurde auf dem Parteitag besonders betont.

"Von nun an ist die Bewegung der Volksmassen für uns das entscheidende Element, das Hauptglied, das durch nichts ersetzt werden darf", sagte das Mitglied des Politbüros der FKP, Henri Krasucki.

Einer Revision unterzogen wurde die frühere FKP-Konzeption eines Bündnisses der Linkskräfte, d. h. mit den Sozialisten. Die Kommunisten kamen zu dem Schluß, daß diese Konzeption falsch ist, da sie faktisch auf eine Abstimmung nur auf der Führungsebene beider Parteien hinauslief. Infolgedessen tauchte in den Massen die



Illusion auf, die FSP könne von ihrem Reformismus abgehen. Nicht selten identifizierten Werktätige, darunter auch FKP-Mitglieder, die Ziele der Sozialisten und der Kommunisten, und das führte zu nicht geringen politischen Verlusten der FKP.

Die bürgerliche Presse und die Sozialisten behaupten, die FKP wolle sich jetzt isolieren. Das stimmt natürlich absolut nicht. Der auf dem XXV. Parteitag eingeschlagene Kurs widerlegt diese Behauptungen. Die FKP strebt nach der Einheit aller demokratischen Kräfte. Die Formen dieser Einheit hängen von den Bedingungen des Kampfes, von dem bestehenden Kräfteverhältnis ab. Die FKP sucht nach Wegen für eine solche Einigung. Noch nicht alles ist den Kommunisten hier klar. Davon sprachen viele Delegierte. Die Lösung der "Sammlung der Mehrheit des Volkes" wird eine Konkretisierung bei künftigen Klassenschlachten verlangen. Die FKP-Führung unterstreicht, daß die Partei keineswegs die Möglichkeit eines Zusammensegehens mit den Sozialisten ablehnt. In konkreten Fragen ist es möglich.

Noch eine Frage, die die Kommunisten bewegt, ist Rolle und Platz der FKP im politischen Leben Frankreichs. Die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung, die Erfahrungen der letzten Jahre zeugen deutlich davon, daß eine starke, einflußreiche kommunistische Partei, die auf revolutionären Positionen steht, eine Gewähr der Erfolge des gesamten demokratischen Lagers ist. Wenn aber der Einfluß der FKP nachläßt, führt das zu Mißerfolgen und Niederlagen aller Linkskräfte, schwächt den Widerstand der Werktätigen gegen die Offensive des Großkapitals und bürgerlicher Kreise. Dieses Axiom sollten auch jene Politiker nicht vergessen, die sich bisweilen in der Wahl des Gegners irren und die FKP zu ihrer Hauptzielscheibe machen.

Die Delegierten unterstrichen die Notwendigkeit, die Positionen der FKP, besonders unter den Arbeitern, zu festigen. Sind ja gerade die Industriebetriebe Haupptschauplatz des Kampfes zwischen Arbeit und Kapital. Die Kommunisten müssen noch viel tun, um ihre Bande mit den Massen zu festigen und die Aktivität der Parteizellen zu erhöhen. Alle Voraussetzungen dafür sind gegeben. Wie die soziale Zusammensetzung der Parteidelegierten zeigte, waren über zwei Drittel Arbeiter und Angestellte, d. h. unmittelbar mit der Produktion verbunden. Der Anteil der ingenieurtechnischen Fachkräfte und der Jugend hat zugenommen. Das Durchschnittsalter der Delegierten lag bei 38 Jahren. Das FKP-Programm zieht also die Jugend an.

Auf dem Parteitag wurde zur Einheit der FKP und zur Treue zu den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufgerufen.

In der Debatte wurden bisweilen Stimmen für eine gewisse "Erneuerung" der Partei laut. Die Anhänger dieser absichtlich unklar formulierten These — eine verschwindend kleine Minderheit —

forderten im Grunde einen Verzicht auf die revolutionären Traditionen der FKP und deren internationale Verbindungen, auf die Teilnahme an der antiimperialistischen Befreiungsbewegung. In seiner Schlußrede erklärte Georges Marchais eindeutig: Der XXV. Parteitag habe sich nicht für eine sozialdemokratische Politik entschieden, von einer Sozialdemokratisierung der FKP dürfe nicht die Rede sein.

Noch ein wichtiger Aspekt: Der XXV. Parteitag wurde ein wichtiges Forum der internationalen Solidarität, des Kampfes für den Frieden, gegen das Wettrüsten. Die FKP hat nie ihre nationalen Aufgaben von den internationalen getrennt. Die Delegierten sprachen von der Notwendigkeit, das vom Imperialismus entfesselte Wettrüsten zu stoppen und die Kriegsgefahr, u. a. die Militarisierung des Weltraums, die Washington plant, abzuwenden.

Die Anwesenheit der mehr als hundert Delegationen von kommunistischen und Arbeitsparteien sowie nationalen Befreiungsbewegungen demonstrierte ein weiteres Mal die Breite und Vielfalt der internationalen Verbindungen der FKP, ihr großes Ansehen. Herzlich wurde die Delegation der KPdSU unter dem Mitglied des Polbüros des ZK der KPdSU und Vorsitzenden des Komitees für Parteikontrolle beim ZK der KPdSU, Michail Solomenzew, begrüßt.

Solidarität und Optimismus

Von der Untrennbarkeit der nationalen und der internationalen Elemente in der Politik der französischen Kommunisten sprach leidenschaftlich das Mitglied des ZK der FKP, Partieveteran Etienne Fajon, der an der Vorbereitung von 19 Parteitagen teilgenommen hat. Früher, erinnerte er, war es die Solidarität der FKP mit der Oktoberrevolution in Rußland, die Solidarität mit der Sowjetunion als der Hauptkraft in der Antihitlerkoalition, die mutige Unterstützung Vietnams und Algeriens. Heute ist die FKP solidarisch mit Nikaragua und El Salvador, Kuba und dem arabischen Volk von Palästina, mit dem Volk von Südafrika, mit allen Opfern imperialistischer Aggression und Willkür.

Der XXV. Parteitag ging mit der Annahme eines "Appells an das Volk Frankreichs" zu Ende, in dem zu einer Verstärkung des Kampfes für Demokratie und Sozialismus aufgerufen wird. Die bürgerliche Presse, die noch kurz zuvor düstere Prognosen über den Zustand der französischen Kommunisten verbreitet hatte, sah sich gezwungen, zum Rückzug zu blasen. Die politischen Beobachter mußten eingestehen, daß sich die Kommunisten optimistisch auf die Offensive vorbereiten. Der den Sozialisten nahestehende "Matin" konstatierte betrübt: "FKP bleibt FKP".

Ja, die FKP war und bleibt eine bedeutende, einflußreiche politische Kraft in Frankreich. Damit werden ihre Gegner rechnen müssen.

Paris—Moskau

Meine Bekanntschaft mit Makedonien, der südlichsten jugoslawischen Bundesrepublik, begann in deren politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Zentrum Skopje, das sich viele Kilometer am malerischen Vardar entlang zieht. Wohl nur wenige Städte haben ein so kompliziertes und zugleich tragisches Schicksal. Die Stadt wurde wiederholt von Eindringlingen dem Erdboden gleichgemacht. Dreimal — in den Jahren 515, 1535 und 1963 — wurde sie durch Erdbeben zerstört. Und jedesmal wurde die Stadt wiederaufgebaut.

Neuerstanden aus Ruinen

Skopje hat in seiner fast 2000jährigen Geschichte vieles in sich aufgenommen. In sein Panorama fügen sich die Ruinen des antiken Scupi, die Minarette alter Moscheen, neue Werksgebäude und Neubauviertel. Besonderes Kolorit erhält die Stadt durch die Festung Kale aus dem 6. Jh., die sich auf einem Hügel links des Vardar erhebt.

Biegen wir von der breiten Straße ab, fahren wir über eine Brücke und durch eine holprige Gasse zur Festung empor. Von dort aus ist die ganze Stadt zu sehen. Am Fuße der Festung liegt das orientalisch farbenprächtige, lärmende Handels- und Handwerkszentrum Carsija, ein überaus interessantes Freilichtmuseum der Architektur und der Ethnographie. Hier entstehen in den geschickten Händen der Töpfer hübsche Vasen, Tonkrüge und -töpfe, imposante Weingefäße. In den winzigen Werkstätten sind Kupferziseler, Holzschnitzer und Sattler tätig. Ein herber Geruch von gebratenem Fleisch, starkem Kaffee und orientalischen Süßigkeiten schlägt einem entgegen... Neben Carsija aber liegt das helle Gebäude des Museums für zeitgenössische Kunst, errichtet nach einem Projekt polnischer Architekten.

Der alte Bahnhof in Skopjes Stadtzentrum... Seine linke Hälfte ist gleichsam von einem Riesenschwert abgetrennt. Aus dem roten Ziegelstein schauen nackte Stahlkonstruktionen und Verstrebungen heraus. An der erhalten gebliebenen Vorderseite hängt eine große Uhr, die stets 5.17 zeigt.

"Zu dieser Zeit ereignete sich am 26. Juli 1963 das katastrophale Erdbeben", erläuterte mein Begleiter Zoran Jolevski, Vertreter des hiesigen Touristenbüros. "Skopje befand sich direkt im Epizentrum des Bebens. Nach den ersten starken Stößen war

DORT, WO DER VARDAR FLIESST

Unser Korrespondent berichtete in seinen Reportagen von der SR Serbien und dem Sozialistischen Gebiet Vojvodina. Diese Notizen sind der SR Makedonien gewidmet.



Skopje, die faszinierende Hauptstadt Makedoniens, hat viele Gesichter

die Verbindung zur Außenwelt unterbrochen. Die Geräte der hiesigen seismischen Station funktionierten nicht mehr.

Das Erdbeben Stärke zehn vernichtete in wenigen Minuten 80% der Wohnhäuser und Betriebe. Über tausend Menschen kamen dabei um. In der Erde bildeten sich tiefe Risse, aus denen kochendes Mineralwasser emporschlug.

Alle jugoslawischen Bundesrepubliken und 82 Länder, darunter die Sowjetunion, die Skopje ein Wohnungsbaubaukombinat mit einer Leistung von 1200 Wohnungen jährlich schenkte, kamen der Stadt zu Hilfe. Seitdem gibt es in Skopje ein Russisches Viertel und eine Moskauer Straße. Die UdSSR gewährte Jugoslawien einen Sonderkredit für sowjetische Lieferungen von kompletten Anlagen, Baumaterialien und -maschinen für den Wiederaufbau und die Errichtung einiger Industrieobjekte in Makedonien.

"Unsere Stadt ist ein Symbol der internationalen Solidarität", sagte der Vorsitzende des Stadtrates, Dusan Popovski. "Die Hilfe jugoslawischer Bürger und unserer ausländischen

Freunde hat unsere Hauptstadt wiedererstehen lassen. Sofort nach der Naturkatastrophe", fährt Popovski fort, "wurde die Frage gestellt, die Stadt an einen anderen Ort zu verlegen. Doch wir beschlossen, Skopje ebendorf zu lassen — gibt es ja in Makedonien keine erdbebensicheren Zonen. Doch jetzt sorgen Architekten und Bauleute unbedingt dafür, daß die Häuser auch einem Erdbeben Stärke 10 standhalten. Das verteutet natürlich das Bauen, doch das ist die einzige Möglichkeit."

Vor der Katastrophe lebten in der Stadt 198 000 Menschen. Heute hat die wiedererstandene Hauptstadt Makedoniens über eine halbe Million Einwohner. Skopje wurde die drittgrößte Stadt Jugoslawiens mit entwickelter Chemie-, Hütten-, Textil- und holzverarbeitender Industrie. Einer der größten Betriebe der Schwerindustrie der SFRJ ist das mit Hilfe der Sowjetunion errichtete Hüttenkombinat.

Die Hauptrichtung

Makedonien hat unter der Volksmacht einen großen Weg zurückgelegt. Heute liegt das gesellschaftliche Gesamtprodukt der

Republik fast 8mal so hoch wie 1947. Die makedonische Industrie erzeugt Gußeisen, Walzblech, Stahl, Maschinen, Elektrogeräte, Kühlschränke und Bereifung. Möbel, Trikotagen, Schuhe und Weine aus der Republik sind im In- und Ausland geschätzt.

Meine Gesprächspartner sagten voller Stolz, daß es in der Republik an die 500 Industriebetriebe gibt. Das bereits erwähnte Hüttenkombinat und der Erdölverarbeitungsbetrieb in Skopje, einige Wärmekraftwerke, die Grube Tasmiste, das Autobuswerk "11. Oktober", das Werk für Gipserzeugnisse in Debar wurden mit sowjetischer Hilfe errichtet. Der Anteil der Industrieproduktion an der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung der Republik beträgt ca. 43%.

Die Natur- und Klimabedingungen Makedoniens begünstigen die Landwirtschaft. Ich fuhr durch die fruchtbaren zentralen und südöstlichen Gebiete Makedoniens. Dort wird das ganze Jahr über Gemüse geerntet. Große Flächen sind mit solchen Kulturen wie Tabak, Reis und Baumwolle bestellt. In Makedonien sind Wein- und Gartenbau traditionell hochentwickelt. Doch die häufige Dürre erschwert es, stabile hohe Ernten von den fruchtbaren Böden einzubringen.

... Mit dem Bauleiter des Hydromeliorationssystems Strezevo, Tome Delov, passieren wir den Damm über die Semnica. Aus 80 Meter Höhe aus ist der Gesamtkomplex der hier errichteten hydrotechnischen Anlagen gut erkennbar.

"Das Wasser bewirkt in unserer Trockenregion wahre Wunder", sagte Tome Delov. "Deshalb widmen wir der Irrigation ganz besondere Aufmerksamkeit. Tausende Hektar werden hier bewässert. Pelagonia, die Kornkammer Makedoniens, wo zwei Ernten jährlich eingebracht werden können, wird bewässert. Viele Böden müssen melioriert wer-

Brücken über den Vardar
Fotos: TASS



den. All das wird eine starke Steigerung der Agrarproduktion ermöglichen."

Die makedonischen Genossen verhehlen aber bei allen ihren Erfolgen nicht, daß die Wirtschaft der Republik wie die Volkswirtschaft des ganzen Landes ernsthafte Schwierigkeiten durchmacht.

Wie der Vorsitzende des Exekutivrates der Versammlung Makedoniens, Dragoljub Stovrev, sagte, sind die Wirtschaftsprobleme des Landes besonders spürbar in den noch unzureichend entwickelten Regionen Jugoslawiens, zu denen auch Makedonien gehört. Der Mangel an importierten Rohstoffen, deren Einfuhr wegen Deviseneinsparung verringert wurde, verlangsamt das Entwicklungstempo der Produktion. Kompliziertestes Problem bleibt nach wie vor die Teuerung bei Konsumgütern und Dienstleistungen. Ernstes Besorgnis ruft die Lage in der Energiewirtschaft hervor. Die Arbeitslosigkeit verschärft sich.

Eine dynamische Wirtschaftsentwicklung der Republik wird durch die Verschuldung an den Westen erschwert. Allein 1984 mußte Makedonien ca. 250 Mio. Dollar an ausländische Kreditgeber zahlen. Wie der stellvertretende Vorsitzende des Exekutivrates der Versammlung Makedoniens, Stojan Andov, erklärte, kann die Republik nicht aus eigener Kraft, ohne Hilfe der Bundesorgane die finanziellen Verpflichtungen an das Ausland erfüllen.

"Wir unternehmen außerordentliche Anstrengungen, um die negativen sozialökonomischen Prozesse zu stoppen", betonte Dragoljub Stavrev. "Die Regierung hat einen konkreten wirtschaftlichen Stabilisierungsplan erarbeitet. Vorgesehen ist ein gewisses Wachstum der Industrieproduktion. Jährlich sollen für 35 000 bis 40 000 Menschen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Auch eine Verbesserung der Energieversorgung wird in Angriff ge-

nommen. Bis 1990 soll das Energiepotential um 600 MW steigen. Fernheizkraftwerke, zwei Wasserkraftwerke und eine Hydroakkumulationsstation sollen errichtet werden. Einige kleinere Wasserkraftwerke am Crni Drin werden entstehen, die nicht nur billigen Strom erzeugen, sondern auch diesen ungestümen Fluß zähmen, die umliegenden Dörfer und Felder vor den häufigen Überschwemmungen schützen sollen.

In Makedonien hofft man, daß sich die Bemühungen um die allmähliche Lösung der sozialökonomischen Probleme in nächster Zeit bemerkbar machen werden. Die Verwirklichung des Plans zur Stabilisierung der Volkswirtschaft ist die Hauptrichtung der Tätigkeit der Partei- und Staatsorgane, der Arbeitskollektive, aller makedonischen Werktäglichen.

L. CHARKOW
NZ-Korrespondent

Belgrad

DIE GNADE DES LEBENS

Der Metropolit Paulos Mar Gregorios (Indien) nannte die bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf einen "wunderbaren Strahl der Hoffnung". Seine Worte wurden von über 60 Vertretern religiöser Kreise aus 27 Ländern, den Teilnehmern einer internationalen Konferenz religiöser Würdenträger und Experten, mit Beifall aufgenommen. Die Konferenz "Neue Gefahren für die heilige Gabe des Lebens und unsere Aufgaben" fand Mitte Februar in Moskau statt.

Von Jahr zu Jahr reihen sich immer mehr Gläubige in die weltweite Antikriegsbewegung ein. Ihre Protestaktionen gegen die Politik des Wettrüsts wurden ein einflußreicher Faktor des internationalen Lebens. "Wir müssen die Nuklearwaffen von der Erde verbannen", erklärten auch die Teilnehmer des Moskauer Treffens. "Die Menschheit muß einen Frieden ohne Nuklearwaffen noch vor dem Ende des Jahrhunderts errichten."

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit standen drei Hauptthemen: die wissenschaftliche Bewertung der katastrophalen Folgen eines Nuklearkrieges; Wege, um diese Gefahr abzuwenden; die aktuellen friedensstiftenden Aufgaben religiöser Kreise und anderer gesellschaftlicher Kräfte.

"Wie das nukleare Szenario auch aussehen mag", meinte Metropolit Paulos Mar Gregorios, "ob als 'begrenzter Krieg' oder als 'Strategische Verteidigungsinitiative' — die Überlebenden werden die Toten beneiden..."

Und das ist nicht die biblische Apokalypse. Das von den USA entfesselte

hemmungslose Wettrüsten und die Entwicklung neuer Waffensysteme drängen die Menschheit an den Rand des Abgrunds. Die Konferenzexperten für politische, militärische und technische Fragen stimmten in diesem Urteil überein. Jeder Nuklearkrieg würde katastrophale ökologische, klimatische und biologische Folgen haben. Dabei ist zu sagen, daß sich die Ergebnisse entsprechender sowjetischer und amerikanischer Untersuchungen, obgleich diese unabhängig voneinander durchgeführt wurden, im Grunde voll decken.

Im Bericht der Experten tauchte z. B. folgende Tatsache auf: Der Einsatz von weniger als 1% der auf der Erde angehäuften Nuklearwaffen (etwa durch den Abschuß der Raketen von ein bis zwei nuklearen U-Booten) kann eine Katastrophe herbeiführen.

Kann die verhindert werden? Die Öffentlichkeit hofft, daß die bevorstehenden sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen in Genf über den Komplex der Fragen der Weltraum- und der Nuklearwaffen Aussichten für eine Vereinbarung eröffnen werden.

Viele Teilnehmer des Moskauer Treffens konstatierten, daß die US-Administration die Friedensbewegung zu diskreditieren sucht. Oberdies will sie mit allen Mitteln die Völkergemeinschaft von der Notwendigkeit des Wettrüsts als eines Mittels zur Erhaltung des Weltfriedens überzeugen. Doch dabei findet sie immer weniger Anhänger. Sogar in den USA selbst verlangen Millionen Menschen, darunter weite Kreise von Gläubigen, beharrlich einen Dialog mit dem Osten.

Der religiöse Würdenträger Bruce Ridgon (USA) erklärte in seiner Rede:

"Wie alle sowjetischen Menschen hoffen auch wir auf einen Erfolg der bevorstehenden Verhandlungen. Die Kirchen in meinem Lande treten für die Abrüstung ein und versuchen in diesem Sinne die Öffentlichkeit zu beeinflussen."

Während der Konferenz sprach ich mit Gästen Moskaus, u. a. mit Richard Andriamanjato, einer namhaften Persönlichkeit des religiösen und öffentlichen Lebens aus der DR Madagaskar, dem Vizepräsidenten der Christlichen Friedenskonferenz. Ebenso wie viele andere Konferenzteilnehmer ist er davon überzeugt, daß die Nuklearwaffenbünden noch entschiedener für die Beseitigung der Nuklearkriegsgefahr kämpfen müssen, insbesondere dafür, daß der Indik zu einer Zone des Friedens wird, und für die Schaffung kernwaffenfreier Zonen in Afrika.

"Eine neue Gefahr für den Frieden in Afrika", sagte R. Andriamanjato, "stellen die Rassisten der RSA dar, die nach Nuklearwaffen greifen. Die religiösen Organisationen werden zusammen mit anderen gesellschaftlichen Kräften eine Festigung der Sicherheit anstreben und den Menschen die entsetzlichen Ausmaße der Nuklearkriegsgefahr erklären."

Mit neuen Kräften kehrten die Konferenzteilnehmer in ihre Heimatländer zurück. Vor ihnen stehen große Aufgaben, um die Beschlüsse und Empfehlungen der Konferenz zur Intensivierung des Kampfes für Frieden und Abrüstung, für die Bewahrung der heiligen Gabe des Lebens zu erfüllen.

J. BOBROW

ARMEE DER REVANCHE

In diesem Jahr wird in der BRD erstmals der "Tag der Bundeswehr" begangen. Er fällt mit dem 30. Jahrestag des Eintritts des Landes in die NATO, der den Beginn der offenen Aufstellung der westdeutschen Armee einleitete, zusammen. Obriens wurde der Begriff "Bundeswehr" durch das am 6. März 1956 vom Bundestag verabschiedete "Soldatengesetz" in Umlauf gebracht.

Gleich ein Vorbehalt: Die allgemein übliche Gleichsetzung der Bundeswehr mit den Streitkräften der BRD ist ungenau. Der Begriff "Bundeswehr" ist weiter gefaßt. Gemeint sind die eigentlichen Streitkräfte sowie die Armeeverwaltung im Rahmen eines Militärsystems. Die eigentlichen Streitkräfte aber (Land-, Luft- und Seestreitkräfte) sind zwar der wichtigste Bestandteil, aber doch nur ein Teil der Bundeswehr. Im weiteren sind der Einfachheit halber mit dem Begriff "Bundeswehr" vor allem die Streitkräfte gemeint.

Die erste strategische Staffel

Heute, 30. Jahre nach Beginn der offiziellen Aufstellung der Bundeswehr am 9. Mai 1955, ist sie die größte, am besten ausgerüstete und ausgebildete Armee Westeuropas. Das sagen offizielle Vertreter der BRD stolz und offen. Verteidigungsminister Manfred Wörner: Die Bundeswehr ist "gut ausgebildet und in höchster Bereitschaft". Ihm pflichtet Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher bei: Die Streitkräfte der BRD "sind bereits das Fundament der westlichen Verteidigung in Mitteleuropa geworden". Und schließlich erklärt Kanzler Helmut Kohl: Die Bundeswehr ist "eine der modernsten und am besten ausgerüsteten Armeen der Welt".

Derartige Urteile hört man nicht nur von BRD-Politikern, sondern auch in NATO-Stäben.

Sie sind nicht unberechtigt. Die Bundeswehr zählt 495 000 Mann. Sie wurde die Hauptstößkraft der atlantischen Allianz. Jeder zweite NATO-Soldat in Mitteleuropa ist Soldat der Bundeswehr. Die Landstreitkräfte der BRD bilden die Hälfte der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa. 30% der Gesamtzahl der Flugzeuge der NATO-Luftstreitkräfte sowie 50% des Personalbestandes und der Bewaffnung der Luftverteidigung entfallen auf die

BRD. Drei Viertel der Kriegsschiffe und alle Marinefliegerkräfte der NATO-Seestreitkräfte im Raum der Ostseeausgänge gehören zur Bundesmarine.

Keine geringere, sondern eine eher noch größere Rolle spielt die Bundeswehr in der Militärstrategie des Blocks. In den NATO-Plänen ist der Bundeswehr die Rolle einer ersten strategischen Staffel im Kampf gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten Europas zugewie-

bilateralen Beziehungen, die dazu führten, daß man von einer Achse Washington-Bonn zu sprechen begann.

In den drei Jahrzehnten der NATO-Mitgliedschaft des Landes und der Entwicklung seiner Streitkräfte wurden die Militärdoktrin der BRD und die auf ihrer Grundlage entwickelten militärstrategischen Konzeptionen wiederholt revidiert und verändert. Doch das wurde bestimmt durch die Veränderung des weltweiten Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus, durch die Herstellung militärstrategischer Parität zwischen der UdSSR und den USA, dem Warschauer Vertrag und der NATO sowie durch die Entwicklung des Militärwesens und neuer



Mitte der 50er Jahre: Bundeskanzler Konrad Adenauer vor Bundeswehrsoldaten. Die Wiederaufrüstung der BRD begann.

Foto aus dem Buch: "So werden Kanzler gemacht" (DDR)

sen. Das aber bestimmt weitgehend die Zusammensetzung der Bundeswehr, ihre Struktur, Bewaffnung, operativ-taktische Ausbildung sowie die ideologische Bearbeitung der Armeeangehörigen und der BRD-Bevölkerung.

Die herrschenden Kreise Bonns ließen in den ersten Nachkriegsjahren Streitkräfte wiedererstehen, die ein zuverlässiges Instrument des Revanchekurses, der offiziellen Staatspolitik Bonns unter Konrad Adenauer, wurden.

Doch bei all ihrem Abenteuerum waren sich die reaktionären Kreise der Begrenztheit ihrer eigenen Möglichkeiten bewußt. Deshalb ging die BRD das enge militärpolitische Bündnis mit den USA ein. Diese Allianz fand ihren Ausdruck nicht nur in der NATO-Mitgliedschaft, sondern auch in den besonders vertraulichen

Waffenarten. Bonn und die Bundeswehrführung meinten aber stets, daß die BRD ein treues Mitglied des Blocks sei und ihre Kriegsmaschine in die militärische Organisation der NATO integriert werden müsse. Hierbei verbanden sich solche Faktoren wie die Verwandlung der BRD in ein Instrument der aggressiven Politik der USA und das Streben der BRD, selbst im Block den Ton anzugeben und ihn seinen Interessen unterzuordnen.

"Schild" oder "Schwert"

Der Begriff "Militärdoktrin" ist in der BRD nicht gebräuchlich. Dort spricht man vom "möglichen Kriegsbild" und von den Anforderungen, die dieses "Bild" stellt. Doch dadurch ändert sich im Grunde nichts. Unabhängig von der Terminologie geht es um die Ansichten der politischen und militärischen Führung über den Charakter, die Ziele und Methoden der Kriegsführung. Die freue Unterstützung des aggressiven Kurses der USA und der NATO insgesamt sowie die eigenen Bestrebungen des BRD-Imperialismus ru-

fen Widersprüche hervor, aus denen man sich nur mit Demagogie und Betrug herauswinden kann.

Doch Bonn versteht, daß ein Nuklearkonflikt für das Land tödlich ist. Die Einbeziehung der BRD in einen solchen Konflikt würde für sie die vollständige Zerstörung, die Vernichtung der gesamten Bevölkerung bedeuten. Nichtsdestoweniger erfolgte in den 50er Jahren und Anfang der 60er Jahre der militärische Aufbau auf der Grundlage der Konzeption der USA und der NATO von einem totalen Nuklearkrieg gegen den Sozialismus, die ihren Niederschlag in der Strategie der "massiven Vergeltung", einer "Schwert- und-Schild"strategie fand. Das "Schwert" sollten die strategischen Nuklearkräfte der USA sein, damals vor allem die strategischen Bomber. Die Rolle des "Schildes" wurde den NATO-Streitkräften, darunter der Bundeswehr, auf dem "europäischen Kriegsschauplatz" zugewiesen. Ihnen wurde die Aufgabe übertragen, einen angenommenen "Angriff" der Truppen des Warschauer Vertrages abzuwehren, wobei ein zeitweiliger Rückzug von einem Großteil des BRD-Territoriums vorgesehen war.

Diese Strategie sagte Bonn wenig zu, obgleich es sich zunächst von ihr leiten lassen mußte. Die Bundeswehrgenerale kritisierten immer offener die NATO-Strategie. Das heißt, "dem Schild war etwas überlassen, was bestenfalls als untergeordnete Aufgabe bezeichnet werden konnte", sagte General Hans Speidel. Doch "man mußte immer damit rechnen", fuhr er fort, "daß die entscheidende Schlacht im Abschnitt Europa Mitte erst am Rhein beginnen könnte, und man hoffe, daß der Krieg durch den Einsatz der strategischen Luftstreitkräfte beendet werden würde".

Infolgedessen versuchte die Bundeswehrführung, die NATO-Strategie den eigenen Zielen anzupassen. Bereits 1959 hatte sie eine neue Konzeption vorgelegt — die "kontinentale Offensivstrategie". Sie sah eine wesentliche Verstärkung der Rolle des "Schildes" vor. Dieser Konzeption zufolge sollte gerade die Bundeswehr vom ersten Kriegstag an Offensivoperationen gegen die Armeen der sozialistischen Länder entfalten und zur Hauptstoßkraft bei der Verwirklichung der NATO-Pläne in Mitteleuropa werden. Das Bundeswehrkommando beanspruchte ferner das Recht, über taktische Nuklearwaffen zu verfügen. Damals wurde diese Konzeption nicht völlig entwickelt, doch wurde sie der später in der Bundeswehr und der NATO angenommenen "Vorwärtsstrategie" zugrunde gelegt.

Anfang der 60er Jahre scheiterte die Strategie der "massiven Vergeltung", die

davon ausging, daß die NATO an den Nuklearwaffenträgern bei gleichzeitiger strategischer Unverwundbarkeit der USA überlegen ist. An ihre Stelle trat die Strategie der "flexiblen Antwort". Sie sollte durch das Wettrüsten erst einmal den Status quo mittels "begrenzter", "flexibler" militärischer Maßnahmen konzentrieren, dann den Sozialismus und die nationalen Befreiungsbewegungen verdrängen und schließlich allmählich das Kräfteverhältnis zugunsten des Kapitalismus verändern. Gleichzeitig verzichteten die USA nicht auf die Führung eines massiven nuklearen Erstschlages.

Die neue Strategie löste lebhafte und langwierige Diskussionen aus. Letztlich gelang es den USA, die widerspenstigen Verbündeten zu zähmen — die "flexible Antwort" wurde als offizielle strategische Konzeption der NATO angenommen. Auch in der BRD mußte man damit rechnen. Doch erneut versuchte man, sie den eigenen revanchistischen Zielen anzupassen. Diese waren insbesondere in einer Übersicht dargelegt, die die Bundeswehrführung im Frühjahr 1963 vorgelegt hatte. Dort hieß es: Die historische Aufgabe unseres Volkes besteht in der Wiedervereinigung mit der Sowjetischen Besatzungszone und in dem Streben nach der Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937... Die Bundesregierung wird dann, gestützt auf ihr militärisches Potential, einschließlich der modernsten Waffen, mit den Sowjets sprechen.

Die militaristischen Ambitionen erhielten ihre materielle Basis. 1963 begann man mit der Verwirklichung eines neuen Programms in der Militärpolitik und dem Ausbau der Bundeswehr. Bonn stellte sich die Aufgabe, die eigenen strategischen Konzeptionen auf die NATO auszuweiten, dominierende Positionen in deren Kommandostruktur in Mitteleuropa zu erlangen, Zugang zu Nuklearwaffen zu erhalten, die Kriegsbereitschaft der Bundeswehr zu verstärken, das gesamte Leben des Landes zu militarisieren und eine Militärgerichtsbarkeit für Kriegszeiten vorzubereiten.

Parallel gelang es der BRD-Führung, die Annahme der bundesdeutschen "Vorwärtsstrategie" durch die NATO durchzusetzen. Im Fall von Kriegshandlungen in Mitteleuropa sah diese Strategie militärische Operationen unmittelbar an den Grenzen der Warschauer Vertragsstaaten vor, mit anschließendem Angriff gegen deren Territorium. Entsprechend wurde die Umdislozierung eines Teils der auf BRD-Territorium stationierten Truppen geplant und später verwirklicht, wurden andere Maßnahmen zur Vorbereitung des Kriegsschauplatzes realisiert.

Nukleare Rampe

Die Strategie der "flexiblen Antwort" und die "Vorwärtsstrategie" sind bis heute die offiziellen militärstrategischen Konzeptionen der Bundeswehr und der NATO geblieben. Natürlich wurden sie in den vergangenen Jahren wesentlich verändert, vor allem in militärtechnischer Hinsicht. Andererseits mußte die BRD-Führung Veränderungen in der Welt berücksichtigen. Sie mußte das Scheitern der "Politik der Stärke" sowie die entschiedenen Schritte der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Vertrages zur Festigung der militärstrategischen Parität zur Kenntnis nehmen. Nichtsdestoweniger beteiligt sich die BRD aktiv an der friedensgefährdenden Politik.

Deshalb beteiligt sich Bonn sehr intensiv an den Kriegsvorbereitungen und an der militärischen Planung im Rahmen der NATO, ja spielt bisweilen sogar die führende Rolle bei der Verwirklichung dieser Pläne. Besonders deutlich wurde das bei der "Nachrüstung".

Die BRD ist heute zur Nuklearraketenrampe der NATO, genauer gesagt der USA, geworden. Auf BRD-Territorium lagern der westlichen Presse zufolge bis zu 4000 US-Nuklearladungen. Die amerikanischen Pershing-2-Raketen in der BRD sind einsatzbereit und in nächster Zukunft werden auch bodengestützte Cruise Missiles großer Reichweite stationiert. Doch die Sicherheit der BRD, um die sich Bonn verbal so sorgt, wurde dadurch nicht gefestigt. Im Gegenteil wurde die Bundesrepublik zu einer Geisel der US-Politik.

Diese Nibelungentreue zur gefährlichen US-Politik kam auch darin zum Ausdruck, daß Bonn aktiv den "Rogers-Plan", eine neue militärstrategische Konzeption, unterstützte. In ihr verkörperten sich die aggressiven Pläne der NATO-Führung wie auch die Entwicklung der Waffentechnik.

Sie sieht vor, gleich mit Beginn von Kriegshandlungen in Europa die Schläge gegen die Streitkräfte der Warschauer Vertragsstaaten in der Tiefe von Hunderten Kilometern auf ihrem Territorium zu führen.

* * *

Die militärische Macht der BRD wächst unaufhaltsam. Planung und Aufbau basieren auf den aggressiven NATO-Doktrinen. Die Unterstützung der militaristischen Ambitionen Bonns durch die NATO-Partner provoziert revanchistische Tendenzen in der Außenpolitik der BRD, was in der Tätigkeit der jetzigen Bundesregierung und der Bundeswehrführung sichtbaren Ausdruck findet. All das bedroht real Frieden und Sicherheit in Europa.

Oberst M. PONOMARJOW
"NEUE ZEIT" 11.85

In einem Heft der "Neuen Zeit" von 1980 las ich erneut A. Medwedenkos interessanten Artikel über Picasso und sein "Guernica". Dort hieß es, bald würden die USA das Gemälde an Spanien zurückgeben. Wie ging das weiter?

N. KOLOMIJZEW

Syktwykar, ASSR der Komi



LEHREN VON „GUERNICA“

Die fast 40jährige Nacht des Franquismus in Spanien gehört nun der Vergangenheit an. Wie ein sichtliches Zeichen der augenscheinlichen politischen und sozialen Veränderungen im Lande empfindet man einen Würfel aus rotem Granit auf einem Platz im Zentrum der Hauptstadt.

Die Aufschrift lautet: "Die Einwohner Madrids zum Gedenken an Pablo Ruiz y Picasso, ein Genie der spanischen und der Weltkunst. Mai 1980." In den Granit ist das Faksimile des Vor- und Nachnamen des Künstlers eingemeißelt, Schriftzüge, die man von seinen Gemälden her so gut kennt.

Man mag sich in Picassos "Blauer Periode" und "Rosa Periode" nicht auskennen und zu seinen Arbeiten unterschiedlich stehen. Doch alle kennen die von ihm 1947 gezeichnete berühmte Friedenstabe, die die ganze Erde erobert hat. Außerdem vergessen wir nicht, daß Picasso Kommunist war, den Faschismus haßte und ihn bis zum letzten Tag seines langen und bewegten Lebens bekämpfte. Spanien zahlt seinem großen Sohn und Patrioten Tribut.

Er hat "Guernica" seinem Volk vermacht. Aber es war die Bedingung des Malers, daß sein Werk erst dann in das leidgeprüfte Spanien zurückkehren darf, wenn dort die Gerechtigkeit triumphiere. Und dieser Tag kam!

Am 25. Oktober 1981, zum 100. Geburtstag Picassos, wurde das sieben Meter lange Gemälde in Madrid für das Publikum freigegeben. Das Werk war aus den USA gebracht, wo es lange Jahre im Metropolitanmuseum ausgestellt worden war.

Die Eintrittskarte für das Nationalmuseum Prado, das die umfangreichste Sammlung der Meisterwerke von Velázquez, El Greco, Rubens und Goya aufbewahrt, hat noch einen Abreibstreifen.



Madrid. Picasso-Denkmal
Foto des Verfassers

fen, der zum Besuch im benachbarten Palais, "Cason del Buen Retiro", betrachtigt. Hier sind gegenwärtig "Guernica" und die Skizzen dazu ausgestellt.

Ich trete unter das hohe Gewölbe des Palais und verlangsame absichtlich meinen Schritt. Kaum zu fassen: Gleich werde ich das berühmte Werk sehen, dessen Anliegen heute aktuell wie noch nie ist! Es ist auch kein Zufall, daß das Riesengemälde, das Picasso 1937 in phantastisch kurzer Zeit — in nur einem Monat! — beendete, hinter kugelsicherem Glas hängt und rund um die Uhr bewacht wird: Wie, wenn sich Fanatiker, die der Vergangenheit nachtrauern, an "Guernica" vergreifen? Ausgeschlossen ist das nicht. Im Stadtpark "Retiro" neben dem Palais schneiden sie Hakenkreuze in die Baumrinde ein.

Es erübrigt sich wohl, das berühmte Werk zu schildern. Nur soviel: Das Gemälde ist zutiefst symbolisch, der Meister vollbrachte etwas beinahe Unmögliches, hat Agonie, Zorn, Verzweiflung nach einer Katastrophe gemalt. Die Mutter mit dem toten Kind im Arm (in der

linken Ecke des Gemäldes) assoziiert sich bei mir mit einem wie dokumentarisch wirkenden Bild aus Eisensteins "Panzerkreuzer Potemkin", in dem eine andere Mutter Soldaten den von ihnen getöteten Sohn entgegenhält. Die grauenhaft gefletschten Zähne eines Pferdes, die Leuchte in der Hand des Mannes mit dem Gesicht eines klassischen Gottes, die niedergestürzten Körper, alles ist zu einer komplizierten und zugleich perfekten Komposition aufgebaut. Der Eindruck ist enorm. Schicksalhafte Unabwendbarkeit. Eine Apotheose des menschlichen Leidens und des Hasses gegen jene, die daran schuld sind.

Das Thema des Gemäldes hat eine reale Grundlage. Guernica ist eine kleine Stadt im Baskenland, die am 26. April 1937 durch die faschistische deutsche Luftwaffe vernichtet wurde. Das Gemälde wurde auf der Spur der Ereignisse geschaffen. Als wahrer Künstler sah Picasso seine Pflicht darin, mit aller Stimmewalt die Menschheit vor der heraufziehenden Gefahr eines zweiten Weltkrieges zu warnen.

Beim Anblick des Gemäldes muß ich an Andrej Platonows Erzählung "Am mitternächtlichen Himmel" denken. Darin handelt es sich um einen deutschen Flieger, der mit seiner Staffel einen Bombeneinsatz gegen spanische Städte fliegt — gerade zu der Zeit, als Guernica barbarisch zerstört wurde. Der Pilot Erich Summer, der Held der Erzählung, bringt die Kraft auf, nicht am Gemetzel teilzunehmen, und schießt Maschinen seiner Kameraden von vorhin ab. Daß gerade ein russisch-sowjetischer Schriftsteller als einer der ersten in der Weltliteratur die Gefahr des nahenden Faschismus entlarvt, macht mir "Guernica" noch näher und verständlicher. Der Held der Erzählung will kein blindes Werkzeug eines Verbrechens sein, er trifft seine Wahl. Andrej Platonow und Pablo Picasso gelangen auf unterschiedlichen Wegen zum selben Schluß: Das Obel, das der Faschismus

bringt, kann nicht durch den Protest einzelner edler Persönlichkeiten besiegt werden. Nur gemeinsam müssen alle freiheitliebenden Menschen dem Faschismus entgegentreten, nur so können sie ihm Einhalt gebieten und ihn vernichten.

Im Jahre 1937 wußte die Welt noch nichts über Lidice und Chatyń. Noch rauchten die Öfen von Auschwitz nicht. Noch hatten sich die Atompilze über Hiroshima und Nagasaki nicht erhoben. Noch lagen jene in Windeln, die die Bewohner des kleinen vietnamesischen Dorfes Song My vernichten und die palästinensischen Flüchtlinge in den Lagern Sabra und Shatila erschießen sollten. Aber die Tragödie Guernicas hatte sich schon vollzogen, und Pablo Picasso warnte die Welt mit der Sprache seiner prophetischen Kunst vor der Gefahr.

Auch heute steht "Guernica" in der Vorhut der kämpfenden Kunst. Das Gemälde fordert alle Menschen der Welt auf, ein nukleares Inferno zu verhüten, und brandmarkt jene, die ein neues, weltweites Guernica anstreben.

Von einer etwas verwirrten Lehrerin begleitet, stürmen Kinder lärmend in den Saal hinein. Aber vor "Guernica" verstummen sie und stehen lange wie erstarrt da. Für sie ist das nicht so sehr eine Stunde im Zeichnen wie vielmehr der Unterricht in Geschichte. Die Kinder denken nach. Deutlich unterscheide ich mit einemmal in ihrem aufgeregten Gespräch die weltbekannten Worte "No pasaran!". Seinerzeit wurden sie von den Verteidigern des brennenden Madrid und dann von den Soldaten der kubanischen Revolution gesprochen. Heute werden sie von den Nicaraguanern wiederholt. Nein, die Feinde des Friedens werden nicht durchkommen! "No pasaran!" erklären die Einwohner des heutigen Madrid auf ihren Massenmanifestationen gegen den NATO-Beitritt Spaniens. Sein Volk schleudert den Brandstiftern eines neuen Krieges sein entschiedenes Nein entgegen. Die Lehren von Guernica und "Guernica" sind nicht vergessen.

L. KRUGLOW

Madrid--Moskau

WAS JIM KNOX MEINT

Das Gespräch von Jim Knox, dem Vorsitzenden des Gewerkschaftsverbandes Neuseelands, mit sowjetischen Journalisten reichte weit über die vorgesehene Zeit hinaus. Knox war von der Reise durch die UdSSR, die ihm der Zentralrat der Sowjetgewerkschaften ermöglicht hatte, sehr beeindruckt. Er erzählte:

"Ich bin nach Moskau gekommen, um zu erfahren, wie die Sowjetbürger denken und was sie glauben. In den Betrieben, die ich besuchte, hatte ich ausgezeichnete Gelegenheit, mit den Arbeitern direkt an den Arbeitsplätzen zu sprechen. Besonders interessierte ich mich für die Jugend. Ich möchte folgendes sagen: Die Aufrichtigkeit, der Optimismus, die bewußte Einstellung zur Arbeit, das Friedensstreben und die Bereitschaft zum Friedenkampf haben auf mich einen unauslöschlichen Eindruck gemacht.

Mir war angenehm, daß sich die sowjetischen Menschen so lebhaft für mein Land interessieren. Unser kleines Land hat damit, daß es die mächtigen USA herausforderte, das allgemeine Augenmerk auf sich gelenkt, und es hat sich gezeigt, daß wir viele gute Freunde haben. Teilnehmer, der Antikriegsbewegung in verschiedenen Ländern sagen, daß der Beschuß Neuseelands, Kernwaffenträgerschiffen seine Häfen zu

sperren, ein anspornendes Beispiel für alle ist, die gegen die militaristische Politik der US-Regierung Front machen."

Der Gewerkschaftsverband Neuseelands, dem Jim Knox vorsteht, hat 450 000 Mitglieder. Das ist viel für ein Land mit 3,5 Millionen Einwohnern.

"Unser Verband hat alles getan, damit die proamerikanische Regierung Muldoon bei den vorjährigen Parlamentswahlen durchfällt", fuhr Jim Knox fort. "Die Gewerkschaften stellten sich auf die Seite der Labour Party, weil wir entschieden für ihr antinukleares Programm sind. Der Südpazifik muß eine kernwaffenfreie Zone werden. Das sage ich als Neuseeländer und als Vorsitzender des Südpazifischen Gewerkschaftsforums, das Vertreter von Werktagen vieler Staaten dieser Region erfaßt: von Australien, Japan, Fidschi, Papua-Neuguinea, Kiribati usw. Neuseeland wird jetzt ganz gemein erpreßt. Washington droht mit Sanktionen. Mit welchem Recht versucht die Führung der USA, sich in unsere inneren Angelegenheiten einzumischen? Wir lassen unsere nationale Souveränität nicht schmälen. Der Regierungsbeschuß Neuseelands gilt nicht nur zeitweilig. Diese Politik liegt im Interesse des Landes und wird vom Volk rückhaltlos unterstützt."

L. MICHAILOW



Berichten Sie bitte über die sowjetische UNO-Gesellschaft.

N. Poljakowa

Mineralnyje Wody, RSFSR

Die sowjetische Gesellschaft für die Vereinten Nationen wurde am 28. März 1956 gegründet. Laut Satzung ist es Aufgabe der Organisation, die Ziele und Prinzipien der UNO zu propagieren, die zur Bewahrung und Festigung des Friedens, zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit und der Verständigung, zur Festigung des Vertrauens und der Freundschaft, zum sozialökonomischen Fortschritt aller Völker beitragen. Mitglieder der Gesellschaft können sowohl Organisationen als auch einzelne Bürger der UdSSR sein. Zu ihren Kollektivmitgliedern zählen die Akademie der Wissenschaften der UdSSR, das Sowjetische Friedenskomitee, die Presseagentur Nowosti, das Komitee der Jugendorganisationen, das Komitee der Sowjetfrauen, die Unionsgesellschaft Snamje, der Zentralrat der Sowjetischen Gewerkschaften, die Moskauer Staatliche Universität sowie einige andere Organisationen. Die Gesellschaft gehört dem Weltverband der Gewerkschaften für die Vereinten Nationen an, arbeitet mit internationalem und nationalen Organisationen, die die gleichen Ziele verfolgen, zusammen und legt die Haltung der sowjetischen Öffentlichkeit zu aktuellen internationalen Fragen dar.

Die Gesellschaft informiert die sowjetischen Menschen über Fragen der Arbeit der UNO, führt Versammlungen, Vorlesungen und Ausstellungen durch, gibt Bücher und Broschüren heraus. In der UdSSR werden alljährlich Tage der Vereinten Nationen sowie die von der UNO verkündeten Wochen für die Abrüstung, zum Kampf gegen Rassismus und Rassendiskriminierung u. a. veranstaltet, an deren Vorbereitung und Ausgestaltung sich die Öffentlichkeit aller Unionsrepubliken beteiligt.

Höchstes Organ der Gesellschaft ist der Vorstand. Ihm gehören bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Wissenschaftler, Journalisten, Künstler und Schriftsteller an.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Ich lese seit langem Ihre Artikel über Japan und bin da ganz Ihrer Meinung: Die Beziehungen zwischen unseren Ländern könnten besser sein. Doch hängt das auch von Ihnen ab. Unsere Regierung hat klipp und klar erklärt: Falls die UdSSR ihren Willen zu einem Dialog demonstriert, werden wir sofort ansprechen. Worauf wartet Moskau noch?

Naoko FUTAMI
Sendai, Japan



Es diskutiert

NZ-Kommentator

Leonid

MLETSCHIN

Ihren Brief, sehr geehrte Frau Futami, las ich in der Redaktion gerade nach meiner Rückkehr aus Japan, wo ich wiederholt ähnliches gehört hatte. Unter Berufung auf Erklärungen des Ministerpräsidenten und des Außenministers fragten meine Gesprächspartner erstaunt, warum die UdSSR zögere und Japan nicht entgegenkomme.

Merkwürdig, aber wahr: Auch die Sowjetbürger fragen sich, warum die japanische Regierung nicht einen Dialog mit unserem Land beginnt und alle sowjetischen Initiativen zur Verbesserung des bilateralen Verhältnisses ablehnt.

Wer hat also recht? Etwa beide Seiten? Das gegenseitige Interesse unserer Völker liegt ja vor, unsere Länder sind Nachbarn und haben alle objektiven Voraussetzungen für nützliche politische, kommerzielle, wirtschaftliche, wissenschaftliche, kulturelle und andere Beziehungen. Dabei sind diese auf ein Minimum reduziert.

Ich könnte auf Ihre Frage ganz kurz antworten, d. h. die sowjetischen Vorschläge aufzählen, die auf die Überwindung dieser Situation abzielen. Doch verdient das Thema eine eingehendere Behandlung, da diplomatische Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern seit 60 Jahren bestehen. Am 26. Februar 1925 wurde die Konvention über die Grundprinzipien der gegenseitigen Beziehungen zwischen der UdSSR und Japan unterzeichnet. Sie brachte den Wunsch beider Länder zum Ausdruck, "miteinander in Frieden und Freundschaft zu leben". Die UdSSR unternahm alles, um dieses Ziel zu erreichen. Aber in Vorkriegsjapan gewann die Politik der Konfrontation mit dem nördlichen Nachbar die Oberhand. Es folgten bewaffnete Provokationen, Angriffe auf die UdSSR und ihren Bündnispartner Mongolei, das militärische Paktieren mit

Nazideutschland und dem faschistischen Italien, die Vorbereitung eines Einfalls in die UdSSR. Bekanntlich endete die abenteuerliche Politik der Militaristen mit der Zerschlagung Japans.

Die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen unseren Ländern 1956 ebnete der guten Nachbarschaft und Zusammenarbeit den Weg. Die Erfahrungen lehren, welchen Nutzen die stabilen diplomatischen und Geschäftsbeziehungen unserer beiden Völkern bringen können. Sind denn die Möglichkeiten bilateraler Zusammenarbeit erschöpft? Keineswegs. Und doch begann Tokio Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre die Entwicklung der Beziehungen zur UdSSR absichtlich zu bremsen. Im Bereich des Handels waren es die sogenannten Sanktionen, im politischen die Aktivierung der Propaganda über die "sowjetische militärische Bedrohung" und die unbegründeten Gebietsansprüche. Das Ergebnis ließ nicht lange auf sich warten. Die politischen Kontakte wurden stark eingeschränkt. Der Warenumsatz ging zurück, die Projekte großangelegter Geschäfte blieben in der Schwebe. Die Unterstützung für den aggressiven US-Kurs, die zahlreiche Verstärkung der auf den japanischen Inseln stationierten US-Truppen und die unaufhörliche Modernisierung der "Selbstverteidigungskräfte" beschwören eine unmittelbare Gefahr für die fernöstliche Grenze der UdSSR herauf.

In Tokio bringt man den Ausbau der Kontakte zur UdSSR in Abhängigkeit vom Stand der sowjetisch-amerikanischen Kontakte. Sicherlich haben Sie, Frau Futami, die entsprechenden amtlichen Erklärungen gelesen. Daß in außenpolitischen Fragen keine Selbständigkeit an den Tag gelegt wird, bringt die derzeitige japanische Führung um die Manövriertfähigkeit und untergräbt auch den Glauben an ihr Vermögen, reale Schritte zur Verbesserung der Beziehungen zur UdSSR zu tun.

Washingtons Wille beherrscht die japanische Politik. Bekanntlich suchten die Amerikaner eine Herstellung von Kontakt zwischen Tokio und Moskau zu behindern. Trotzdem bemüht sich die UdSSR nach wie vor um eine gute Nachbarschaft zu ihrem fernöstlichen Nachbarn. Kann man Moskau eine "ungenügende Aktivität" vorwerfen, wenn es seine Bereitschaft zu einem fruchtbaren Dialog durch praktische Taten bestärkt?

Ich möchte hier nur an einige sowjetische Initiativen aus den letzten Jahren erinnern: an den Entwurf eines Vertrages über gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit, der das Fundament für feste gegenseitige Beziehungen und die Vorstufe zum Friedensvertrag werden könnte; an den Vorschlag, über vertrauensbildende Maßnahmen im Fernen Osten zu handeln, was die Spannungen in ganz Asien abbauen würde; an den Vorschlag über ein langfristiges Handels- und Wirtschaftsabkommen.

Unter dem einen oder anderen Vorwand lehnte Japan alle diese Initiativen ab. Auch der Vorschlag der UdSSR, die Nichtanwendung von Kernwaffen gegen Ihr Land zu garantieren, wenn Japan sich verpflichtet, die drei nichtnuklearen Prinzipien strikt zu befolgen, fand keinen Anklang. Die japanische Führung hat diese Möglichkeit versäumt, von einem Volk, das die Hölle von Hiroshima und Nagasaki erlebt hat, die Angst vor einer nuklearen Katastrophe zu nehmen.

Ich glaube, Moskau hat sich nichts vorzuwerfen. Es tut alles, was von ihm abhängt, um den bilateralen Beziehungen einen positiven Impuls zu geben. Und Tokio?

Keinen einzigen praktischen Vorschlag! Die vorsichtigen (immer mit einem Seitenblick auf Washington abgegebenen) Erklärungen, man wünsche ja einen Fortschritt in den bilateralen Beziehungen, werden durch politische Forderungen an die UdSSR und durch unbegründete Ansprüche auf ein unabdingbares Teil unseres Territoriums blockiert.

Während meines Besuchs in Japan war ich über die hohen Summen, die aus dem Budget für das Schüren der Leidenschaften um die "Nordgebiete" bereitgestellt werden, unangenehm überrascht. Auch erstaunt über Äußerungen einiger bekannter Politiker, die Sowjetbürger könnten die Japaner nur schwer verstehen, sobald sie sie aber verstanden hätten, würde die UdSSR Japan sofort die Inseln "zurückgeben", auf die Tokio Anspruch erhebt.

In den letzten Monaten gibt es Anzeichen für eine allgemeine Verbesserung des sowjetisch-japanischen Verhältnisses. Es ist sehr wichtig, diesen Prozeß unumkehrbar zu machen. Konstantin Tscherenko schrieb im Vorwort zur japanischen Ausgabe seines Buches "Volk und Partei sind eins", daß es "um der Lebensinteressen des sowjetischen und des japanischen Volkes, um des Friedens in Asien und in der ganzen Welt willen notwendig ist", wirklich gutnachbarliche, umfassende Beziehungen zwischen der UdSSR und Japan herzustellen. Gerade jetzt könnte Tokio seine verbale Bereitschaft zum Dialog durch Taten bekräftigen.

PS

Und zu Hause?

Die obersten katholischen Kirchenvertreter im Vatikan propagieren lautstark in aller Welt "sozialen Frieden" und verdammen die "Theologie der Befreiung", d. h. die Unterstützung des Kampfes der Völker für Freiheit und Unabhängigkeit durch viele Geistliche. Bei sich zu Hause aber, im Kirchenstaat, beuteten sie die Arbeiter und Angestellten skrupellos aus. Wie die französische Fernsehgesellschaft Antenne 2 am 22. Februar meldete, wurde der Vatikan von einem Generalstreik erfaßt. Stromnetz und Heizung wurden abgeschaltet. Radio Vatikan stellte seine Sendungen ein, und der "Osservatore Romano" erscheint nicht mehr. Die Streikenden verlangen Lohnerhöhungen.

Medaille oder Herzattacke



Etwas sechs von zehn englischen Sportlern dönen sich. Zu diesem Schluß kam der früher bekannte Hammerwerfer und Olympionike Paul Dickenson, jetzt Präsident des Internationalen Athletenklubs. Die Sportler greifen schon nicht mehr zu Sportpublikationen, sondern ziehen Ärzte- und Apothekerzeitschriften vor, die auch Arzneimittelwerbung veröffentlichen, be-

tonte er. Die Anabolsteroide, an die sich viele Sportler gewöhnt haben, können Herzattacken auslösen und sogar zum Tode führen, schrieb die Londoner "Sunday Times".

Vorsicht, Videokassetten!



In Hannover erschien die Broschüre "Gewalt im Video". Ihre Verfasser schlagen Alarm: Von den 6000 Kassettenfilmen, die in der BRD verkauft werden, gefährdet ca. die Hälfte Minderjährige durch Verherrlichung von Gewalt.

Gleiche Brüder...

Aus Kalifornien war ein Flugzeug nach El Salvador gestartet, das dann in Texas eine Zwischenlandung machte. Zollbeamte entdeckten beim Betreten der Maschine Schmuggelgut, 6 Mio Dollar Bargeld. Einer der Festgenommenen präsentierte einen Diplomatenpass auf den Namen Francisco Guirolla. In El Salvador gilt Guirolla der Fernsehgesellschaft NBC zufolge als Financier, der eng mit den Todeschwadronen, insbesondere mit D'Aubuisson, liiert ist. Der tat alles für seinen sauberen Freund und flehte den US-Botschafter in El Salvador um Hilfe an.

Pornopop

Eine Popgruppe mit dem ebenso anspruchsvollen wie sinnlosen Namen "Cicero, Homer und jener, der durchsichtig ist" wurde der Zeitung "El País" zufolge durch Beschluß der Jury eines Wettbewerbs in Cadiz (Spanien) disqualifiziert. Waren ja die Texte der Songs, die die Gruppe darbot, voller Zoten, und der Auftritt war von Schweinereien begleitet.

Aus dem Nachtklub in den Tempel

Kumien Okada aus Kyoto (Japan) ist eine geschäftstüchtige Frau. Sie vereint der spanischen Nachrichtenagentur EFE zufolge die Pflichten der Wirtin eines Nachtklubs und die einer ... Nonne. Tagsüber, bis tief in die Nacht, schenkt die kimonogewandete Kumien Reiswein und andere geistige Getränke an die Besucher ihres Etablissements aus. Morgens aber, die Haare sittsam hochgesteckt (sie braucht sich ausnahmsweise nicht wie die anderen buddhistischen Mönche den Kopf kahlscheren zu lassen), eilt sie zum Gebet in einen buddhistischen Tempel.

Lieber was reelles...



Die Inflation in Israel, die jetzt bei 400% liegt, hat Reuter zufolge die einheimische Währung, den Shekel, so weit entwertet, daß der jetzt weniger gilt als die kleinste US-Münze, der Cent. Der Shekel wird sogar von den Dieben verschmäht, die Polizeiangaben zufolge Wertsachen, Devisen und Elektrogeräte vorziehen.

Und 1986?



1984, nach dem östlichen Kalender das Jahr der Ratte, hat sich laut Reuter die Zahl der Ratten in Taiwans Hauptstadt Taipeh verdoppelt. Heute gibt es dort viermal soviel Ratten wie die 2,3 Millionen Einwohner von Taipeh. Manche denken schon mit Graus daran, daß 1986 das Jahr des Tigers kommt...

Schuldige gefunden

Wenn Sie einen Fluggast sehen, der mit hängender Zunge noch seine Maschine zu erreichen sucht, dann ist das mit größter Wahrscheinlichkeit ein Amerikaner, schrieb die Londoner "Times". Eine von der Zeitschrift "Executive Travel" durchgeführte Untersuchung zeigte, daß amerikanische Passagiere meist die Schuldigen bei Verzögerungen im Flugverkehr in England sind; oft macht ihnen die Zeitdifferenz die größten Schwierigkeiten.

Glück im Unglück

Die 25jährige Australierin Marie Heffernan konnte laut Reuter plötzlich nach zwölfjährigem erzwungenem Schweigen wieder sprechen. Bei einem starken Hustenanfall löste sich eine 3-Penny-Silbermünze, die sich zwischen ihren Stimmbändern festgesetzt hatte. Diese Münze hatte die Mutter einst als "Glücksbringer" in den Weihnachtspudding gelegt, und Marie verschluckte gerade den "Glückspenny".

Zeichnungen: V. Rosanow

NEUE ZEIT

на немецком языке

"Aeroflot" bringt die "Neue Zeit" prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
Soviet Airlines

SOZIALISMUS:

**THEORIE und
PRAXIS**



**Grundsatzprobleme des Marxismus-Leninismus
und des Aufbaus der neuen Gesellschaft in der UdSSR
sowie in den anderen sozialistischen Ländern
behandelt die Zeitschrift**

SOZIALISMUS: THEORIE UND PRAXIS (STP)

DIESE 144 SEITEN STARKE ILLUSTRIERTE MONATSSCHAU DER SOWJETISCHEN PRESSE ERSCHEINT IM TASCHENFORMAT DEUTSCH, ENGLISCH, FRANZÖSISCH UND SPANISCH.

SIE UNTERSUCHT ENTWICKLUNGSFRAGEN DES MARXISMUS-LENINISMUS, BERICHTET ÜBER DIE AUFBAUETAPPEN DER SOZIALISTISCHEN GESELLSCHAFT IN DER SOWJETUNION UND IN ANDEREN LÄNDERN SOWIE ÜBER DEN IDEOLOGISCHEN KAMPF IN DER WELT.

BREITEN RAUM GIBT DIE ZEITSCHRIFT DEN FRAGEN KRIEG UND FRIEDEN, ABRÜSTUNG UND SOZIALER FORTSCHRITT, TENDENZEN IM WELTWEITEN REVOLUTIONÄREN PROZESS, PROBLEMEN DES KAMPFES GEGEN IMPERIALISMUS, NEOKOLONIALISMUS UND HEGEMONISMUS.

DIE ZEITSCHRIFT STP IST ZU BEZIEHEN:
IN DER UDSSR ÜBER DIE AGENTUREN VON „SOJUSPETSCHATJ“ UND DIE POSTÄMTER;

IM AUSLAND ÜBER ALLE SOWJETISCHE PUBLIKATIONEN FÜHREN-DEN BUCHLÄDEN.



Als erster Europäer landete Kolumbus Ende des 15. Jahrhunderts im jetzigen Guyana. Er suchte ein märchenhaft reiches Land, in dem, wie man sich erzählte, Gold und Edelsteine auf der Erde lägen. Was er fand, waren nur endlose Sumpfe und Moskitoschwärme.

Das legendäre Eldorado ließ auch späteren Schatzsuchern keine Ruhe. Mehrmals kreuzten Holländer, Franzosen und Engländer hier ihre Degen. Die märchenhafte Stadt Manoa fanden sie zwar nicht, aber der Boden des Landes barg reiche Schätze. Um sie zu heben, roteten die Fremden die streitbaren und freiheitlichen Indianer fast vollständig aus und holten sich dafür Sklaven aus Afrika und Arbeiter aus Indien. Diese waren es, die Zuckerrohr und Kokospalmen pflanzten und Minen anlegten, in denen



Im Objektiv: GUYANA

Gold, Diamanten und Bauxit gefördert wurden. Auch bauten sie Chausseen und Städte.

Nach einem langjährigen harten Kampf gegen die Fremdherrschaft erhielt die Überseekolonie Englands Britisch-Guyana 1966 die Unabhängigkeit, und am 23. Februar 1970 wurde die unabhängige Republik Guyana proklamiert. Jetzt hat das Land mit seinen etwa 215 000 Quadratkilometern 880 000 Einwohner. Die Grundlage der Wirtschaft bilden die Landwirtschaft und die Förderung mineralischer Rohstoffe.

Hier wohnt man traditionsgemäß in kleinen Pfahlhäusern — das Wort Guyana bedeutet „Land des großen Wassers“. Der Küstenstreifen liegt unter dem Meeresspiegel, und an der Küste zieht

sich viele Kilometer weit ein Betondamm hin. Doch in der Regenzeit treten die Flüsse über ihre Ufer. Keine Seltenheit sind Überschwemmungen, vor denen weder Deiche noch Entwässerungskanäle schützen.

Ein typisches Haus



Das Haus
des General-
gouverneurs
in Georgetown,
der Hauptstadt

Straßenszene

Fotos: J. Koroljow

Im Nationalpark



Im Hafen von Georgetown



Ozeanforscher aus Guyana und Suriname,
die an Bord des sowjetischen Schiffs
„Akademik Wernadski“ an der Erforschung
des Küstenschelfs teilnehmen